Wagner: Revoluzzer nach Noten S.4

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 20 – 18. Mai 2013
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Überschaubar: Schon für den heimischen Bedarf ist die deutsche Einlagensicherung mit wenig Barreserven ausgestattet Bild: alimdi

In den Rücken gefallen

SPD unterstützt EZB beim Griff auf deutsche Einlagensicherung

Noch wehrt sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gegen eine zu umfassende Haftung bei der geplanten Bankenunion. Doch handelt es sich hier um echten Widerstand?

Die Bundestagswahl im September vor Augen sperrt sich Schäuble gegen den nächsten Anschlag auf die finanzielle Basis Deutschlands durch die Euro-Partnerstaaten. Die Europäische Zentralbank (EZB) fordert ein einheitliches System zur Abwicklung maroder Banken, das darauf hinausliefe, dass deutsche Banken und Sparer für die Schulden bankrotter Banken in der gesamten Euro-Zone aufkommen müssten.

Dem stellt sich Schäuble entgegen. Er befürwortet stattdessen ein Netzwerk nationaler Rettungstöpfe. Innerhalb dieser solle dann die sogenannte „Haftungskaskade“ greifen. Geht eine Bank pleite, werden erst die Aktionäre und Anleihebesitzer herangezogen. Reicht dies nicht, müssen auch die Kontoinhaber bluten wie zuletzt in Zypern. Ist auch dies nicht genug, würde auf einen nationalen Hilfsfonds zurückgegriffen.

Das deutsche EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen attackiert den deutschen Minister dafür und besteht darauf, dass die Deutschen auch für ausländische Banken geradestehen. Ebenso die SPD: Deren Finanzexperte Carsten Schneider schimpft, Kanzlerin Merkel und Schäuble blockierten mit ihrer Haltung eine Lösung der europäischen Bankenprobleme.

Derzeit ist nicht mit Sicherheit zu sagen, ob die Haltung der Bundesregierung allein der Furcht vor den kommenden Wahlen geschuldet ist, oder ob sie im Falle der Wiederwahl auch nach dem 22. September hart zu bleiben gedenkt. Ein gemeinsamer europäischer Topf zur Abwicklung maroder Banken würde den Deutschen weitere Lasten in ungeahnter Höhe aufbürden. Schlimmer noch: Bislang führte gemeinsame europäische Haftung für nationale Versäumnisse dazu, dass etliche Euro-Länder ihren eigenen Reformbedarf ignorierten im Vertrauen darauf, dass andere die teuren Folgen zu tragen hätten.

Gemeinsamer Haftungstopf lähmt Reformwillen

Die Kritik von SPD und Grünen an der vermeintlichen Hartleibigkeit der Bundesregierung gründet auf der sozialistischen Umverteilungsidee. Danach hat jeder, der mehr besitzt, grundsätzlich demjenigen abzugeben, der weniger hat. Dass die vergleichsweise gute Verfassung Deutschlands das Ergebnis von Sparsamkeit, harter Arbeit und ebenso harten Reformen ist, bleibt dabei ohne Belang. Zudem pochen Rot und Grün noch mehr als Schwarz und Gelb auf die „besondere Verpflichtung Deutschlands“, die aus der Geschichte herrühre. Die Euro-Krisenländer verfolgen indes vor allem nationale Interessen, indem sie ihre Lasten an andere, vor allem an Deutschland, loszuwerden trachten.

Die Regierungsparteien wiederum sehen sich den ausufernden Zumutungen eines Systems ausgesetzt, in welches sie Deutschland selbst hineingeführt haben. Die Zeit nach der Wahl wird erweisen, ob sie sich zumindest der neuesten Zumutung wirklich entgegenstemmen wollen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Erbärmlich

Mit dem Berliner Sozialstaatssekretär Michael Büge (CDU) haben die linken politischen Gesinnungswächter ein prominentes Opfer zur Strecke gebracht. Das war nicht schwer, denn ausgerechnet Büges eigene Partei ist ihnen dabei hilfreich zur Hand gegangen. Büges einziges Vergehen: die Mitgliedschaft in der Berliner Burschenschaft Gothia. Die ist nicht als verfassungsfeindlich eingestuft, gilt wegen angeblich „rechtsnationaler Verbindungen“ aber als umstritten. Büge hat sich nie verdächtig gemacht, rechtes Gedankengut zu pflegen, sondern sich vielmehr eindeutig davon distanziert. Noch vor wenigen Wochen hatte Sozialsenator Mario Czaja, ebenfalls CDU, Bügels Mitgliedschaft in der Burschenschaft noch als das bezeichnet, was sie tatsächlich ist, nämlich als Privatsache. Nun hält er ihn plötzlich für „nicht mehr tragbar“.

Das Verhalten der Berliner CDU in dieser Sache ist erbärmlich. Statt zu ihrem persönlich integren und fachlich unumstrittenen Parteifreund zu halten, hat sie sich ohne Not den ungeschriebenen Gesetzen der Politischen Korrektheit gebeugt und Büge über die Klinge springen lassen. Ihr Koalitionspartner SPD hat ein noch mieseres Spiel getrieben und nicht einmal vor politischer Erpressung zurückgeschreckt: Sollte Czaja an seinem Staatssekretär festhalten, werde er nicht die benötigten Haushaltsmittel für sein Ressort bekommen. Bemerkenswert dagegen ist die aufrechte Haltung Büges, der lieber auf ein hohes Staatsamt verzichtet, als seine Prinzipien und Überzeugungen preiszugeben. Vielleicht dämmert ihm jetzt, dass er damit in der „modernen Großstadtpartei“ CDU ohnehin falsch ist.

(siehe auch Seite 2)

Aus dem Ruder gelaufen

Landesparteitag in Bayern offenbart Zerrissenheit der AfD

Kaum gegründet, gibt es in der Euro-kritischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) bereits heftigen Streit. Zwischen der Parteispitze und dem Landesverband Bayern bahnt sich unterdessen ein Machtkampf an. Der Landesparteitag am vergangenen Wochenende in Ingolstadt verlief chaotisch. Parteimitglieder warfen dem Landesvorsitzenden Wolf-Joachim Schünemann vor, Kritiker auszugrenzen sowie durch Parteiausschlussverfahren und Hausverbote mundtot zu machen. Der Parteibasis gelang zwar sein Sturz, aber die Wahl eines neuen Landesvorstandes wurde von der Wahlkommission für ungültig erklärt. Damit bleiben Schünemann und der bisherige Vorstand zunächst im Amt.

Für Aufregung sorgte auch Bundesparteichef Bernd Lucke, als er forderte, nicht zur Landtagswahl am 15. September anzutreten. Das Risiko des Scheiterns sei, so Lucke, „nicht ganz unbeträchtlich“. Ein Misserfolg könne aber ein negatives Signal für die am darauffolgenden Wochenende stattfindende Bundestagswahl sein. Also schwor er die Delegierten auf sein bundespolitisches Kernthema Euro ein, denn wer über landespolitische Themen rede, lenke von zentralen Themen ab und verwässere die Botschaft der AfD, so Lucke. Auch wenn der Parteitag nach langer Diskussion seinen Argumenten folgte, sind viele Parteimitglieder nicht bereit, ihre landespolitischen Ambitionen aufzugeben. Ob die dem Landesverband von Lucke verordnete „Friedenspflicht“ daran etwas ändert, wird sich zeigen. Manche AfD-Mitglieder erinnerte das Parteitagsgerangel jedenfalls an das, was sie in den Parteien erlebt hatten, in denen sie früher Mitglied gewesen waren. Der anfänglich von Optimismus und Aufbruchstimmung getragene Landesparteitag ist der AfD gründlich aus dem Ruder gelaufen. *J.H.*

Partei soll nicht zur Landtagswahl antreten

Scharia-Kritik totgeschwiegen

Bekenntnis bayerischer Aleviten zum Grundgesetz bleibt ohne Lob

Aufruf zur Distanzierung von der Scharia anlässlich der Forderung von Dr. Aydin Findikcis“, lautet die schlichte, dafür aber umso bedeutsamere Überschrift einer gemeinsamen Presseerklärung von Vereinen und Verbänden der Alevitischen Gemeinden in Bayern. Findikcis ist Vordenker der Initiative „Ich akzeptiere das Grundgesetzbuch, ich will keine Scharia“, die allerdings weit von einer Massenbewegung entfernt ist und angesichts der Reaktionen auf die Presseerklärung wohl auch nie eine werden wird. Doch das hält die Aleviten in Bayern nicht davon ab, zu betonen, dass aus ihrer Sicht „die Scharia (der politische Islam)“ das Haupthindernis der Integration von Islamangehörigen und die Hauptgefahr für das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen, Religionen und Glaubensrichtungen sei.

Als islamfeindliche Extremisten beleidigt

Obwohl immer wieder gefordert wird, die Muslime sollten sich besser in die Gesellschaft integrieren, reagierten die deutschen Medien auf das Bekenntnis der bayerischen Aleviten mit Schweigen. Ali Dogan, Generalsekretär der Alevitischen Gemeinde Deutschland e.V., betonte gegenüber der *PAZ*, dass der Bundesverband der Aleviten generell hinter der Erklärung des bayerischen Landesverbandes stehe, und bedauerte, dass es bisher keine positiven Reaktionen gebe.

Kritik kommt dafür aus den Reihen der Muslime selbst. So unterstellte der Imam der Penzberger Moschee in München, Bajrambejamin Idriz, die Aleviten, selbst Muslime, würden sich eine extremistische islamfeindliche Strömung zu eigen machen. Der umstrittene Imam betont, dass man die Scharia nicht mit dem Grundgesetz auf eine Stufe stellen könne, und wirbt für diese, ohne darauf einzugehen, dass in anderen Ländern im Namen der Scharia gefoltert, gesteinigt und entrechtet wird. *Bel*

MELDUNGEN

Nein zu Brüssel, aber ja zum Euro

Washington – Mehr als die Hälfte der vom US-Meinungsforschungsinstitut Pew Research Center befragten Euro-Zonen-Bewohner zeigten sich gegenüber der Europäischen Union ablehnend. Vor allem die EU-Unterstützer in Frankreich sind demnach stark zurückgegangen. Sprachen sich im letzten Jahr noch 60 Prozent für die EU aus, sind es jetzt nur noch 40. In Deutschland sank die Zustimmung von 68 auf 60 Prozent. Zugleich wollen aber laut Umfrage gut zwei Drittel der Befragten trotz Währungs-Krise den Euro als Gemeinschaftswährung behalten. Besonders in Griechenland, dem von der Euro-Krise am stärksten gebeutelten Land, konnte der Euro hohe Beliebtheitswerte von sogar 70 Prozent erreichen. *Bel*

Steuerhürden für Konservative

Washington – Die US-Bundessteuerbehörde International Revenue Service (IRS) erschwert die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Tea-Party-Organisationen. Wie die Behördenleitung nach Kritik der konservativen Gruppen einräumte, unterzieht die IRS Organisationen, die in ihrem Namen die Begriffe „Tea Party“ oder „patriot“ führen, einer speziellen Prüfung und legt deren Anträgen auf Steuerbefreiung besondere Hürden in den Weg. So verlangten die Prüfer unter anderem die Vorlage von Listen mit den Namen von Mitgliedern und Spendern, obwohl diese laut Gesetz anonym bleiben dürfen. Vertreter der Tea-Party-Bewegung werfen der IRS Voreingenommenheit und Schikanen vor, weil sie für Steuersenkungen sowie die Verkleinerung der Regierung und der Verwaltung einträten. Die Behördenleitung tut das Vorgehen als „Übereifer einzelner Mitarbeiter“ ab. Ein Sprecher von US-Präsident Barack Obama bezeichnete es dagegen zurückhaltend als „unangebracht“. *J.H.*

Die Schulden-Uhr: EU-Beamte streiken

In der EU sollen die Beamten zukünftig 40 statt 37,5 Stunden in der Woche arbeiten, statt mit 63 erst mit 65 Lebensjahren in den Ruhestand gehen sowie auf den bisherigen automatischen Inflationsausgleich verzichten. Dagegen sind die Betroffenen in den Streik getreten. Dieser Ausstand stößt nicht nur beim Bund der Steuerzahler, sondern auch innerhalb der EU-Administration wie bei der Europaabgeordneten Inge Gräßler auf Kritik. Die Christdemokratin verweist darauf, dass in der EU-Kommission das Durchschnittsbruttogehalt bei 6240 Euro liege und zwölf Prozent der 55 000 Stellen eingespart werden könnten. Der Steuerzahlerbund verweist auf eine durchschnittliche EU-Pension in Höhe von 4300 Euro. *M.R.*

2.081.855.547.742 €

Vorwoche: 2.081.332.365.689 €
Verschuldung pro Kopf: 25.388 €
Vorwoche: 25.382 €

(Dienstag, 14. Mai 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Deutsche Burschenschaft im Umbruch

Interview mit den Verbandsvertretern Walter Tributsch und Burkhard Georg Mötz zum Burschentag 2013

Seit dem Burschentag 2012 steht der Akademikerverband Deutsche Burschenschaft DB im Fokus heftiger Kritik von inneren und äußeren Kräften. Die derzeitige DB-Verbandsvorsitzende, die Burschenschaft Teutonia Wien, versucht, die Wogen zu glätten und arbeitet an einer Neuausrichtung der traditionsreichen Studentenverbindung. Im Interview mit der *PAZ* äußern sich zwei führende Köpfe des Verbandes zur Lage der Burschenschaft: DB-Pressesprecher Walter Tributsch und der Aktiven-Sprecher Burkhard Georg Mötz, beide Teutonia Wien.

PAZ: *Zunehmende „rechtsextreme Tendenzen“ diagnostizieren deutsche Mainstream-Medien beim Blick auf die Deutsche Burschenschaft DB, von Machtkämpfen zwischen dem liberaleren und dem konservativen Lager in der DB ist die Rede, die zu Austritten von einigen Bünden aus der DB geführt hätten. Was ist los in Ihrem Akademikerverband?*

Burkhard Georg Mötz: Ein realistischer Blick auf die aktuelle Lage des Verbandes zeigt mir keine gravierenden Machtkämpfe. Bei den letzten Burschentagen waren diese jedenfalls nicht zu erkennen, eher traf das Gegenteil zu. Würde nämlich jemand versuchen, die Macht zu übernehmen, so müsste es bei der Wahl der Vorsitzenden ein arges Gedränge gegeben haben, was jedoch nicht der Fall war. Weder beim regulären Burschentag in Eisenach 2012, noch beim Sondertreffen in Stuttgart im Dezember 2012 gab es Bewerber für den DB-Vorsitz aus dem Kreis der sogenannten „liberalen Bünde“. Schließlich waren (fast) alle froh, dass sich mein Bund, die Burschenschaft Teutonia Wien, dann als Vorsitzende der DB zur Verfügung gestellt hat. Auch zunehmende „rechtsextreme Tendenzen“ lassen sich weder aus personellen, noch aus Sachentscheidungen des Burschentages ablesen. Dass linksgestrickte Journalisten uns mit aller Gewalt „Rechtsextremismus“ andichten wollen, steht auf einem anderen Blatt.

Richtig ist allerdings, dass es zu Austritten einzelner Bünde gekommen ist, wobei diese weitgehend ohne Angabe von Gründen erfolgten. Der angesprochene „Rechtsruck“ ist wohl, wenn überhaupt, ein vorgeschobener Grund für eine wie immer geartete Unzufriedenheit mit ihrer Rolle in dem Verband.

PAZ: *Nun wird ja dieser Vorwurf vom angeblichen Rechtsruck in der DB nicht nur von linken Medien dankbar aufgegriffen, sondern teilweise auch aus den Reihen der Burschenschaften selbst erhoben. Wie erklären Sie sich das?*

Mötz: Wenn der Wind etwas heftiger ins Gesicht bläst, dann sucht so mancher Schutz. Den von den Medien vorgetragenen Angriffen gegen die Burschenschaft wollen sich offenbar nicht alle entgegenstellen und versuchen sich mit einer „Haltet den Dieb!“-Strategie. Erhebt ein Journalist den Rechtsextremismusvorwurf, so ist es viel leichter zu sagen „das sind nicht wir, sondern die anderen, wir sind die Guten“, als den Vorwurf zu widerlegen und ihn ins „Reich Absurdistan“ zu verweisen.

PAZ: *Interessant ist ja auch die Berichterstattungsstrategie deutscher „Leitmedien“, die sich plötzlich voller Verständnis den sogenannten liberalen und austrittsbereiten Bünden in der DB widmen, sie gewissermaßen hochschreiben. War früher eher sprungbereite Feindseligkeit zu allen traditionsbewussten Korporationen dominant, herrscht plötzlich eine wundersame Nähe zu „liberalen Bünden“ vor. Das ist doch verblüffend, oder?*

Mötz: Diese Strategie kennen wir aus der Politik. Sie folgt dem historischen Prinzip „teile und herrsche!“ Wir haben das in Österreich mehrfach bei Abspaltungen von der FPÖ kennengelernt. Als die leitende Funktionärin Heide Schmid mit einer Reihe anderer FPÖ-Abgeordneter die Partei verließ und eine eigene gründete, wurde die einst Geschmähte plötzlich von den Medien hochgejubelt und schließlich geradezu als Superstar gefeiert. Ähnliches geschah, als Jörg Haider, der die FPÖ ja groß gemacht hatte, eine Spaltung versuchte und das BZÖ gründete. Aus dem einstigen „Nazi-Verehrer“, der sogar bei Veranstaltungen von SS-Kameradschaften ans Rednerpult getreten war, wurde in den Medien plötzlich eine wichtige demokratische Größe. Für die Medien, die der Burschenschaft nichts Gutes wollen, ist jeder Keil recht, den sie in die DB schlagen können. Bedauerlich dabei ist, wenn einzelne Burschenschaften dies nicht erkennen und sich solcherart missbrauchen lassen.

PAZ: *Mit welcher Strategie und mit welchem Maßnahmen-Bündel wird Teutonia Wien die Abspaltungsphase Ihres Verbandes zu beenden trachten und deren Neuausrichtung begründen?*

Walter Tributsch: Der wesentliche Punkt ist meines Erachtens

> Vorwurf des Rechtsextremismus ist absurd

das Ausmachen eines Zieles für den Dachverband, für das es lohnt, sich voll und ganz einzubringen. Die Zeit der Nabelschau muss nun vorbei sein, wir haben



Wollen internen Streit beenden und ein gemeinsames Ziel finden: Burschenschafter auf der Wartburg Bild: pa

in unserer 200-jährigen Geschichte immer gekämpft für die Freiheit des Einzelnen und für die Grundrechte der Bürger. Dieser Aufgaben gilt es sich jetzt wieder zu besinnen. Wenn wir wieder einen Strang finden, an dem wir gemeinsam ziehen können, dann wird damit nicht nur die Abspaltungsphase beendet sein, es wird auch der eine oder andere Bund wieder zurückfinden in den Dachverband.

> Altes und neues Ziel der DB: Freiheit des Einzelnen und die Grundrechte der Bürger

PAZ: *Welche Anträge zum nächsten Burschentag, der vom 23. bis 26. Mai in Eisenach stattfindet, liegen schon vor, deren Zielsetzung sich im Sinne des Konsolidierungskurses Ihnen als ermutigend ausweisen?*

Tributsch: Es gibt einige allgemein-politische Anträge zu den Themen Europa oder Deutschenfeindlichkeit. Allgemein weisen viele Anträge eine Stoßrichtung zur Findung von gemeinsamen Standpunkten auf. Welche davon dann am Burschentag von der Deutschen Burschenschaft angenommen werden, wird sich Ende Mai zeigen.

PAZ: *Herr Mötz, Sie sind der Aktivensprecher der amtierenden Deutschen Burschenschaft, Teutonia Wien. Wie nah sind Sie schon dem von Ihnen im Januar verkündeten Ziel gekommen, die „vereinsmeierischen Differenzen“ in der DB zu beenden?*

Mötz: Im Gegensatz zu der Darstellung in diversen Medienberichten über die DB herrscht zurzeit ein äußerst konstruktives Klima in der Deutschen Burschenschaft vor. Das ist zumindest meine Bilanz der ersten Monate als DB-Aktivensprecher. Aktuell versuchen Verbandsbrüder aus den verschiedensten Bünden mit ganz unterschiedlichen Ansätzen die Deutsche Burschenschaft zu neuer Einigkeit zu führen. Wir haben dazu die Initiative „Jugend und Europa“ gestartet, zu der wir bis jetzt aus allen politischen Strömungen der Deutschen Burschenschaft sehr positive Rückmeldungen erhalten.

Weitere Initiativen versuchen derzeit, die Gemeinsamkeiten der Mitgliedsbünde der Deutschen Burschenschaft zu finden und zu betonen. Ich bin zuversichtlich, dass dies am nächsten Burschentag in Eisenach schon Früchte tragen wird. So werden die von interessierten Kreisen hochgespielten „vereinsmeierischen Differenzen“ in der DB der Vergangenheit angehören und

> Das öffentliche Eintreten für die Anliegen der Jugend in ganz Europa ist eine wichtige DB-Aufgabe

gemeinsame politische Ziele in den Vordergrund rücken.

PAZ: *Wohlmeinende Kritiker der deutschen Burschenschaften werfen dem Verband eine zu starke Innenorientierung vor, also „Maulheldentum auf der Kneipe“, bei gleichzeitiger Vernachlässigung der politischen Außenwirkung. Wann wird die Deutsche Burschenschaft in weitergehender Form als bisher wieder kampagnenfähig sein?*

Mötz: Mit dem Vorwurf der Innenlastigkeit haben die Kritiker leider recht. Dieser Missstand ist schon seit Langem von uns erkannt und wir unternehmen nun als DB-Vorsitzende die notwendigen Schritte, ihn zu beseitigen, was jedoch nicht von heute auf morgen gelingen kann. Das unumstrittene Ziel lautet dabei: Die Deutsche Burschenschaft muss in zentralen Fragen der deutschen Selbstbehauptung die Fähigkeit (wieder)erlangen, in offensiver Außenwirkung auftreten zu können. Sie muss, wie es in Ihrer Frage anklingt, wieder „kampagnenfähig“ werden, das heißt, sie darf nicht in erster Linie nur reagieren, sondern sie muss viel stärker mit ihren Themen agieren, grundsätzliche und aktuelle Themen setzen und damit Diskussionsverläufe in ihrem Sinne prägen.

PAZ: *Wobei Sie sich ja besonders für die Interessen der studierenden Jugend einsetzen. So fordern Sie beispielsweise eine „Verbesserung der Bedingungen an den Universitäten“. Was heißt das konkret?*

Mötz: Die schon angesprochene prekäre Situation der Jugend am Arbeitsmarkt ist nicht zuletzt die Folge einer unbefriedigenden Ausbildung. Auch auf akademischer Ebene liegt da vieles im Argen. Es kann doch nicht sein, dass auf der einen Seite beispielsweise Jungärzte grenzüberschreitend abgeworben werden, andererseits aber nur ein Bruchteil jener, die ein Medizinstudium antreten wollen, zum Studium mangels freier Plätze zugelassen werden. Oder denken Sie an den immer wichtiger werdenden Bereich der Informationstechnologie. Es gelingt nicht, obwohl es sich dabei um eine Ausbildung handelt, die bei der Jugend auf großes Interesse stößt, annähernd genügend Fachleute in Europa auszubilden, so dass die Wirtschaft immer mehr Arbeitskräfte aus Asien anwerben muss. Hier gilt es vor allem, seitens der Politik Abhilfe zu schaffen und das europaweite Ausbildungsangebot erheblich zu verbessern.

PAZ: *Auch grenzüberschreitende Aktivitäten kündigten Sie zu Beginn Ihrer Amtszeit an und sprachen von entsprechenden Initiativen auf europäischer Ebene. Welche haben Sie – im burschenschaftlichen Sinne – ergriffen und was ist aus ihnen geworden?*

Mötz: Unser Staatenbund, die Europäische Union, hat vieles umgesetzt, es ist aber auch einiges unter die Räder gekommen. Das Augenscheinlichste dabei ist – neben der ausufernden Verschuldung einzelner Staaten – die bedrohliche Situation unserer Jugend. Jeder vierte Jugendliche in der EU findet keine Arbeit, ja in den Krisenländern ist es sogar jeder zweite. Hier sind wir als Burschenschafter gefordert. Unsere Aufgabe muss es sein, für die Anliegen der Jugend öffentlich einzutreten. Mit einer Fülle von Pressemitteilungen, in denen wir auf die bedrohlichen Verhältnisse der Jugend in Europa hingewiesen haben, sind wir inzwischen tätig geworden. Wir werden diesen Weg fortsetzen, zumal wir bei einigen Politikern schon positive Reaktionen dazu vernehmen konnten. Außerdem eignen sich derartige Aktivitäten auch dazu, die Geschlossenheit der DB zu befördern, denn an einer Verbesserung der europaweiten Ausbildungssituation sind alle DB-Mitgliedbünde interessiert, egal ob sie nun eher „liberal“ oder „konservativ“ ausgerichtet sind.

Hardy, Günter und die Nazis

Von Theo Maass

Am 28. April lud das privat geführte Schlossparktheater bei freiem Eintritt zu der Veranstaltung: „Stern-Exit-Talk – NPD – Nein Danke!“ Auf dem Podium: Bernd Wagner, ein Ex-DDR-Volkspolizist, der mit seinem Verein „Exit“ versucht, möglichst viele staatliche Hilfsgelder abzugreifen, Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), Hans-Ulrich Jörges vom „Stern“, Steven Hartung, ehemals Aktivist bei den „Freien Kameradschaften Thüringen“ und der 85-jährige Altstar Hardy Krüger. Mit ihnen mühte sich Theaterchef Dieter Hallervorden um eine fruchtbare Diskussion.

Beim Namen Hardy Krüger hätten eigentlich sofort die roten Lampen der Politischen Korrektheit aufleuchten müssen, denn der Mann war ja als Soldat bei der Waffen-SS tätig – genauer gesagt, bei der Division „Nibelungen“. Worin besteht nun der Unterschied zwischen der Leinwand-Ikone und Günter Grass oder Horst Tappert, die die gleiche Uniform trugen? Grass kann heute kaum noch den Mund aufmachen, ohne von einem Schwall von Antisemitismus-Verdächtigungen überschüttet zu werden. Tappert, im Unterschied zu Grass weitgehend unpolitisch, wurde von den Wächtern der Politischen Korrektheit posthum moralisch hingerichtet.

Aber während Grass seit 1945 stets den linken Moralapostel abgab und Tappert als Inspektor Derrick im Fernsehen Mörder jagte, gefiel sich Krüger nach 1945 sogar in der Rolle des Kino-Kriegshelden wie in „Einer kam durch“, „Taxi nach Tobruck“ oder „Brücke von Arnheim“, wo er sinnigerweise den SS-Gruppenführer Ludwig mimte. Den Gipfel erklomm Krüger dann als einer der Hauptdarsteller in dem Söldnerheldenepos "Die Wildgänse kommen“. Hardy (eigentlich: Eberhard) Krüger hatte vor seiner Rolle in dem NS-Propagandastreifen „Junge Adler“ das Schreiben und Lesen auf einer Adolf-Hitler-Schule erlernt. Bei den Filmarbeiten zu den „Adlern“ sei er mit 15, 16 Jahren zum Widerstandskämpfer mutiert, sagte er nun in Berlin. Manche Zuhörer waren sich uneinig, ob der Mann nun ein Heuchler ist oder unter Gedächtnisschwund leidet.

Immerhin scheint sogar das öffentlich-rechtliche Fernsehen den Hautgout der Veranstaltung gewittert zu haben. Krüger bemängelte, dass von den Sendern niemand gekommen sei, und das, obwohl er da vorher extra noch angerufen habe – na so was.

Immerhin fragte im Laufe der Veranstaltung jemand Bernd Wagner nach der Kontonummer seines Vereins – na also.

Und immerhin goss Hausherr Dieter Hallervorden etwas Wasser in den Antifa-Wein: „Ich habe damals drei Morddrohungen bekommen – nicht von Rechts-, sondern von Linksextremisten“ – Spielverderber.

Politik schafft Hartz-IV-Ghettos

Jobcenter zwingt arme Berliner zum Umzug und verschärft damit soziale Brennpunkte



Aufwachsen im sozialen Brennpunkt: Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre entstand im Bezirk Spandau unter anderem die Siedlung Heerstraße-Nord mit der integrierten Rudolf-Wissell-Siedlung im Ortsteil Staaken. In den letzten Jahren war hier der Leerstand aus verständlichen Gründen recht hoch, doch die Jobcenter sorgen nun für neue Mieter.

Bild: Agentur Focus

Wenn Berlin für Hartz-IV-Empfänger zu hohe Mieten zahlen muss, werden diese oft zum Umzug in günstigere Bleiben gezwungen. Dies aber schafft zusehends neue Ghettos, eine explosive Lage entsteht.

Wie Arbeitsamt und Sozialindustrie in Berlin an der Schaffung neuer Elendsviertel mitwirken, nahm jetzt Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) vor Ort unfreiwillig in Augenschein. Bei einem Besuch in Spandau beobachtete der Senator zwar abnehmenden Leerstand. Gleichzeitig zeigten sich dem Senator aber auch die missliebigen Folgen der vom Jobcenter erzwungenen Umsiedlung ärmerer Bürger: Eine neue Ghettoisierung kündigt sich an.

612 Berliner Haushalte, die Arbeitslosengeld II (Hartz IV) beziehen, mussten 2012 innerhalb der Metropole umziehen. Das Jobcenter ordnete den unfreiwilligen Umzug meist an, weil die Mietkosten der Leistungsbezieher zu sehr stiegen. Wie hoch diese Miete jeweils sein darf, regelt in Berlin seit Mai vergangenen Jahres die Wohnungsaufwendungsverordnung (WAV) des rot-schwarzen Senats.

Grund der Neuregelung durch Senator Mario Czaja (CDU) war eine Welle von Gerichtsprozessen, die besonders Berlin als „Hauptstadt von Hartz-IV“ betraf: Die Menschen klagten vor Sozialgerichten wegen amtlich verordneter Umzüge. In den Streitfällen um Nebenkosten, Mietanstiege und Raumgrößen trieben Gerichte jüngst den Senat regelrecht vor sich her. Berlins Politik geht der Überblick verloren, wie sich die Wohnlage der Empfänger von Hartz IV noch gerecht ermitteln lässt. Im angespannten Wohnungsmarkt der Metropole ist das längst keine Nischenfrage mehr, beträgt doch der Anteil dieser Gruppe an der Berliner Bevölkerung bereits mehr als 16 Prozent. In einem Urteil Ende April warf das Landessozialgericht dem Senat indirekt sogar eine Quersubventionierung überteuerter Nettokaltmieten vor. Das Gericht kippte damit regelrecht die WAV, weil der Senat diese neuen Grenzen vor allem am Missbrauch, aber nicht an nachvollziehbaren Sätzen festmacht. Doch der Senat beharrt bis zu einem höchstinstanzlichen Urteil auf seinem Kurs.

> »Gewalt und Bedrohungen an der Tagesordnung«

Die vielen angeordneten Umzüge provozieren indes massive neue Strukturprobleme, denn in den vergangenen Jahren war das Niveau der erzwungenen Umzüge bereits hoch: Allein 2011 mussten 1337 Berliner Haushalte den Wohnort wechseln. Im Spandauer Kiez Heerstraße-Nord hagelten jetzt bei einem Ortstermin die neuen Spannungen auf Stadtentwicklungssenator Müller nieder: Quartiersmanager und Kommunalpolitiker sprachen von verwahrlosten Kindern und Familien sowie dem leidenden Ruf der Großsiedlung, in der rund 17000 Menschen leben.

Dringend benötigte Erzieher wollen angebotene Stellen nicht mehr antreten, heißt es. „Kamen früher zwei Problemfamilien auf ein Haus, sind es heute zwei unproblematische“, fasst Stadtrat Carsten Röding (CDU) den sozialen Absturz des Viertels zusammen.

Welche Folgen die Ballung der Abgedrängten auf die Stadtentwicklung und den sozialen Frieden hat, ist der Politik aber noch weitgehend unbekannt – das zeigte der Termin. Nicht die Wohnsituation im „schlimmsten Stadtteil des Bezirks“, so Röding, sondern ein Angriff Jugendlicher auf einen behinderten Jungen im Februar bot den Anlass des Besuchs. Das Bezirksamt schaltete damals ein Sorgentelefon frei. „Die zahlreichen Rückmeldungen zeigen bereits jetzt, dass sich viele Menschen im Quartier Heerstraße-Nord nicht mehr sicher fühlen“, ließ der Bezirk die Presse wissen. „Körperliche Gewalt, Bedrohungen, Sachbeschädigungen“ sind laut den Bürgeranrufen an der Tagesordnung. Die Beseitigung von Gefahrenstellen ist erschwert, da mehrere Eigner dem Quartiersmanagement gegenüberstehen, wie der Ortstermin nun ergab. Er zeigte auch, wie sich die Struktur verändert: Lag der Leerstand lange bei 20 Prozent, ist er auf fast null gefallen.

Mit jedem Einzug steigen in der Regel selbst niedrige Mieten. Die Behörden wirken so an den Mietsteigerungen in dem bislang günstigen Kiez selber mit, indem sie immer mehr Menschen zum Umzug dorthin nötigen. Ironie des Schicksals: Gerade der Verteuerung billiger Wohungen und Verdrängung armer Menschen wollte der Senat mit der WAV entgegenwirken. „Die neu festgelegten Sätze liegen im Schnitt um zirka fünf Prozent über den alten. Es ist daher sicher, dass jetzt weniger Bedarfsgemeinschaften (BG) als unmittelbar vor dem Erlass der WAV eine Miete zahlen müssen, die über den Obergrenzen liegt“, so eine Studie des Berliner Mietervereins.

Dennoch zahlen laut Mieterverein immer noch 70000 Haushalte eine Miete oberhalb der neuen WAV-Grenze, sind also potenziell von Zwangsumzug bedroht. Auch sei die Überbelegung der Hartz-IV-Haushalte weiter groß, selbst dort, wo neue Obergrenzen überschritten würden. Größer noch als Stress und Spannungen durch Überbelegung ist demnach das Problem, überhaupt eine Bleibe selbst zu den neuen, etwas höher angesetzten Kosten zu bekommen. Da die „Zugänglichkeit zu Wohnungen zu Mietpreisen, die den Berechnungen der WAV zu Grunde gelegt worden sind, faktisch nicht gegeben“ sei, wie Stichproben im Rahmen dieser Untersuchung ergeben hätten, bleibe nur der Umzug in Gegenden, in denen kaum jemand wohnen wolle. Um speziell diesen Leerstand zu füllen, seien Transferempfänger allerdings die denkbar ungünstigste Gruppe im Sinne der Stadtentwicklung. *Sverre Gutschmidt*

Schuss nach hinten

Senat will Wohnungsbau ankurbeln – Gesetz bremst aber Investoren

Berlins Senat schafft einen Fördertopf für sozialen Wohnungsbau. Problem: Die Stadt verspricht zwar 40000 Wohnungen bis 2020, hat aber kaum Geld. Um ohne Geld das Wohnraumangebot zu steigern, legt der Senat daher einen Gesetzentwurf gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum vor.

Damit glaubt der Senat nun einen Hebel gegen die Umwandlung von Wohnungen in Feriendomizile, aber auch ein Mittel gegen Mietsteigerungen gefunden zu haben. Ein entsprechender Gesetzentwurf schränkt Mietsteigerungen auf 15 Prozent in drei Jahren ein. Das Papier soll laut Senat auch Abriss oder spekulativen Leerstand verhindern.

Wohnungen dürfen künftig nicht mehr so einfach gewerblich oder als Unterkunft für Berlinbesucher genutzt werden. Zu Feriendomizilen umfunktionierte Wohnungen müssen binnen zwei Jahren wieder rückverwandelt werden. Das Gemeinwohl wird dabei zur Richtschnur erhoben.

Geltende Mietverträge, auch gewerbliche, genießen allerdings Bestandsschutz. Weitere Ausnahmen, etwa für Asylbewerber-Unterkünfte oder für Freiberufler, schränken den Entwurf weiter ein. Für den Bürger bedeutet das vor allem mehr Antragsformulare.

> Auflagen dürften private Bauherren abschrecken

Ein neuer, 64 Millionen Euro jährlich umfassender Fördertopf für sozialen Wohnungsbau verspricht ebenfalls viel, leistet jedoch schon aus Geldmangel weit weniger als die schon früher bekannte Richtlinie gegen Zweckentfremdung. Statt private Bauherrn (wie einst) will der Senat nämlich hier städtische Wohnungsgesellschaften begünstigen, Wohnraum zu schaffen. Deren Mittel aber sind eng begrenzt.

Private Bauherren werden hingegen regelrecht ausgebremst. Unter dem Stichwort „sozial gerechte Bodennutzung“ werden sie massiv zur Kasse gebeten: Baugenehmigungen könnte es bald nur geben, wenn sich die privaten Investoren massiv am Bau öffentlicher Straßen, Schulen und Kindertagesstätten beteiligen oder eine hohe Quote von Sozialwohnungen in ihrem Projekt garantieren. An diesen Punkten ist vor allem der SPD-Linken gelegen. Sie setzte die „soziale“ Ausrichtung im Fördertopf durch.

Die Rechnung aus relativ wenig Förderung plus vielen Forderungen dürfte aber kaum aufgehen: Die Wohnungen sollen großenteils in zentrumsnahen Top-Lagen entstehen und dürften so bald aus dem sozialen (Miet-)Rahmen fallen – der Nachfrage wegen. *SV*

Skurriler Auftakt

Angeklagte im Fall Jonny K. streiten alles ab

Seit vergangenem Montag wird vor dem Landgericht Berlin der gewaltsame Tod von Jonny K. verhandelt, der im Oktober 2012 Opfer einer brutalen Prügelattacke wurde. Dennoch lautet die maximale Anklage der Staatsanwaltschaft lediglich auf gefährliche Körperverletzung mit Todesfolge. Beim Prozessauftakt haben sich die sechs Angeklagten gegenseitig die Schuld zugeschoben. Der Hauptangeklagte Onur U. behauptete gar, er habe Jonny K. nicht einmal wahrgenommen. Tatsächlich war der Ex-Boxer erst einmal damit beschäftigt, den Freund von Jonny K. zusammenzuschlagen. Richter Helmut Schweckendiek fragte ihn: „Sind Sie Türke oder Deutscher oder beides?“, „Beides“, bekam er zur Antwort.

Angehörige und Freunde der Angeklagten hatten diesen vom Zuschauerraum aus öfters zugewunken und „Kusshändchen“ zugeworfen. Das mussten auch die Nebenklägerin Tina K. und die Freunde ihres getöteten Bruders mit ansehen. Erst spät wurde es auch Richter Schweckendiek zuviel. Nach Sitzungsschluss kam er zum Zuschauerraum und herrschte die Betreffenden an: Wenn sie, so Schweckendieck, ihren Freunden etwas Gutes tun wollten, sollten sie dieses Verhalten künftig unterlassen. Denn sonst würde er die Angeklagten in den Panzerglaskästen sitzen lassen und ihnen nicht gestatten, im Saal neben ihren Verteidigern Platz zu nehmen. Ob das deren türkische Anhänger tatsächlich beeindruckt hat, wird man sehen. Der Prozess wird am 23. Mai fortgesetzt. Bis 20. Juni sind neun weitere Verhandlungstage anberaumt. *Michael Leh*

> Kusshändchen für die Angeklagten

Rentner sollen Bus fahren

Rentner, die ihren Führerschein freiwillig abgeben, sollen künftig kostenlos mit Bussen und Bahnen fahren. Mit diesem Vorschlag will Oliver Friederici, Verkehrsexperte in der Berliner CDU, ältere Semester zum Verzicht auf die Fahrerlaubnis verführen – und hat prompt eine engagierte Debatte losgetreten. „Mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist man im höheren Alter deutlich entspannter unterwegs“, weiß der studierte Politologe. Als zentrales Argument für seinen Vorschlag zieht Friederici eine Studie des Statistischen Bundesamtes heran, nach der bei Unfällen mit Beteiligung von über 75-Jährigen in drei von vier Fällen die Senioren die Verursacher seien. Der ADAC hält indes nichts von Maßnahmen gegen ältere Autofahrer. Pressesprecherin Katrin Müllenbach-Schlimme erklärte an anderer Stelle: "Rentner sind besser als ihr Ruf." Sie gibt zu bedenken, dass ältere Verkehrsteilnehmer Defizite durch langjährige Erfahrungen kompensieren. *H.L.*

Zeitzeugen



Richard Wagner – Am 22. Mai 1813 in Leipzig geboren, hat er mit seinen 13 vollendeten Musikdramen die Opernwelt durchgerüttelt. Daneben verfasste er musiktheoretische und philosophische Schriften. In Königsberg, wo er als Kapellmeister tätig war, heiratete er 1836 die Schauspielerin Minna Planer. Nach der Trennung spannte er dem Dirigenten Hans von Bülow dessen Frau Cosima aus, die eine Tochter des Komponisten Franz Liszt war, heiratete sie 1870 und siedelte mit ihr in die „Villa Wahnfried“ nach Bayreuth über. Nach Wagners Tod in Venedig am 13. Februar 1883 war Cosima die „Gralshüterin“ über die Bayreuther Festspiele.



Winifred Wagner – Als Herrin von „Villa Wahnfried“ arrangierte Cosima Wagner 1915 die Ehe ihres Sohnes Siegfried mit der Britin Winifred Williams. Nach Siegfrieds Tod im Jahr 1930 übernahm sie die Leitung der Festspiele und streute als fanatische Nationalsozialistin Hitler, den sie schon 1923 kennengelernt hatte, Blumen aus, der die Festspiele als Propaganda-Bühne nutzte.



Houston Stewart Chamberlain – Der aus wohlhabendem englischen Adel stammende Chamberlain begann, sich auf einer Europareise für Deutschland zu begeistern. In Bayreuth stieß er bis zum inneren Wagner-Zirkel vor und heiratete die Wagner-Tochter Eva. Sein antisemitisches Buch „Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts“ von 1899 hatte immensen Einfluss auf die Rassentheorien der Nationalsozialisten.



Katharina Wagner – Nach familieninternen Kämpfen setzte sich die 35-jährige Urenkelin Wagners als Nachfolgerin ihres Vaters Wolfgang Wagner in der Festspielleitung durch. Seit 2008 amtiert sie zusammen mit ihrer fast doppelt so alten Halbschwester Eva Wagner-Pasquier. Als Regisseurin versucht sie, mit modernen Inszenierungen die Festspiele politikfrei und salonfähig zu halten.

Revoluzzer nach Noten

Vor 200 Jahren wurde Wagner geboren – Bei ihm verschmilzt Politik mit Kunst

Er war Revolutionär im Leben wie in der Kunst. Dafür wird Richard Wagner gefeiert wie verachtet. Viele Opernfreunde lassen sich von seiner Musik berauschen. Andere haben nicht vergessen, dass der Antisemit Wagner in der NS-Zeit politisch instrumentalisiert wurde. Doch wie viel Politik steckt in Wagners Musik?

Im Frühjahr 1849 floh Richard Wagner überstürzt aus Dresden, wo er als Kapellmeister tätig war. Er wurde von der Polizei steckbrieflich gesucht, weil er sich am Maiaufstand beteiligt haben soll. Tatsächlich hatte er revolutionäre Kampfschriften verfasst, stand in Kontakt mit dem russischen Anarchisten Michail Bakunin und transportierte Sprengkörper zu den Aufständischen.

Wer sich heute „Tristan und Isolde“, den „Ring des Nibelungen“ oder „Parsifal“ anhört, kann kaum glauben, dass hier ein Revolutionär am Werk war. Zu dick liegt bereits die Patinaschicht auf diesen Opern mit ihren germanischen Heldensagen, die mit so viel hohlem Pathos angereichert erscheinen, dass sich viele Hitparaden-gewohnte Hörer von Wagners Musik abschrecken lassen.

„Wenn wir über Revolutionen sprechen, müssen wir über den ,Tristan‘-Akkord reden“, sagt Wagner-Dirigent Christian Thielemann in seinem Buch „Mein Leben mit Wagner“. Denn in der Oper hat der Komponist tatsächlich ein System gestürzt. „Er hat das alte System von Dur und Moll aufgelöst und in neue Dimensionen katapultiert“, so Thielemann.

> In der Oper hat Wagner ein altes System gestürzt

Neben der Leitmotivtechnik war auch die Loslösung von der Nummernoper mit einzelnen musikalischen Sätzen hin zur durchkomponierten Oper neu, bei der die Solisten eine gesangliche Marathonleistung hinlegen müssen.

Und wenn im „Ring des Nibelungen“ und erst recht im „Parsifal“ für Wotan und Co. die Götterdämmerung hereinbricht, so kann das auch als Chiffre auf den Abgesang des monarchischen Systems gelesen werden. Siegfried und der Erlöser Parsifal sind die neuen bürgerlichen Helden, für die Wagner an den Dresdener Barrikaden Partei ergriff.

Indem Wagner sein politisches Programm mit einer bombastisch-ekstatischen Tonsprache zu einem „Gesamtkunstwerk“ erhob, wurde er so zum Alleinherrscher dieser Welt. Sein „Reich“ war das ausgerechnet von einem Monarchen – Bayerns Märchenkönig Ludwig II. – finanzierte Bayreuther Festspielhaus.

Lange nach Wagners Tod hofierte seine Schwiegertochter Winifred Wagner die Nationalsozialisten, die Bayreuth zu ideologischen Zwecken politisch missbrauchten. Richard Wagner aber hatte einen Keim gelegt, der bei dem Wagner-Verehrer Hitler auf fruchtbaren Boden stieß. Die künstlerischen Allmachtphantasien des Komponisten gepaart mit dem ekstatischen Rausch seiner Musik passten nur zu gut zur Glorifizierung des neuen deutschen Reichs.

Hitler selbst soll in seiner Jugend von Wagner fasziniert gewesen sein. Teile des „Rings“ habe er bis zu 160 Mal gesehen und Wagners Frühwerk „Rienzi“ über einen Volkstribun, dem die Massen nachrennen, soll sein Interesse an Politik erst geweckt haben, behauptet der Autor Joachim Köhler in seinem Buch „Wagners Hitler – Der Prophet und sein Vollstrekker“. Tatsächlich wurden die Reichsparteitage in Nürnberg wie pompöse Opern à la Wagner inszeniert und der blonde Siegfried des „Rings“ als arisches Idealbild der NS-Ideologie propagiert – Heils-Grüße wie aus den Wagner-Opern inklusive.

Wagner kann sich postum nicht gegen eine solche ideologische Vereinnahmung wehren. Ihn wegen dieser politischen Instrumentalisierung zu verdammen, ist jedoch fehl am Platz. Aber kann man überhaupt den Musiker Wagner von dem Politiker Wagner trennen? „Ein C-Dur-Akkord ist niemals politisch“, verteidigt Thielemann Wagner. Kritisch hinhören sollte man bei dem Revoluzzer trotzdem. *Harald Tews*



Als Schwanenritter heim ins Reich: In „Lohengrin“ verarbeitete Wagner die Geschichte von Heinrich I., der als Schöpfer des deutschen Nationalstaats gilt (Aufnahme der Deutschen Oper Berlin mit Ricarda Merbeth und Klaus Florian Vogt) Bild: Claudia Esch-Kenkel/pa

Wer hellt uns Blöden den Blick?

Das einzig Störende an Wagner seien die Inszenierungen, heißt es oft nach missglückten Premieren von Wagner-Opern. Wenn es nicht gerade ein „Jahrhundert-Ring“ ist – jene legendäre Bayreuther Inszenierung von Patrice Chéreau von 1976 –, dann sind häufig Opernvernichter am Werk wie zuletzt in Düsseldorf, wo eine skandalöse „Tannhäuser“-Inszenierung abgesetzt wurde (siehe Seite 8). Das Publikum dort hat jetzt das Glück, die Oper konzertant zu erleben, ganz ohne von der Musik ablenkende Bilder.

Was die Sache bei Wagner aber noch schwieriger macht, ist die archaische Sprache. Kaum einer versteht, was mit „Wer hellte den Blöden den Blick“ gemeint ist. Man muss schon Linguist sein, um zu wissen, dass „blöd“ früher „blind“ meinte.

> Wagner übersteht jede Inszenierung

Als „bombastisches Alliterationsgewitter“ verspottete der Kritiker Hanslick Wagners Stabreime. Da singen die Rheintöchter: „Weia! Waga! Woge du Welle, walle zur Wiege! Wagalaweia! Walla weiala weia!“ „Au weia“, möchte man hinzufügen. Es gehörte zu Wagners Selbstverständnis als Herrscher über seine Kunst, dass er nicht wie andere Komponisten mit Textdichtern kooperierte, sondern die Libretti selbst verfasste. Seine Texte, befand denn auch Thomas Mann, seien „als sprachliche Gebilde nicht haltbar“.

Aber was fasziniert uns dann an Wagner? Doch nicht die fern jeder Realität sich abspielende Handlung in einer germanischen Fantasy-Welt. Sein Zeitgenosse Verdi brachte da mit Liebe, Lust und Leidenschaft viel spannungsgeladenere Dramatik auf die Bühne. Es scheint, als ob die rauschhafte Musik Wagners den Zuhörern den Blick trübt auf das, was sich auf der Bühne vollzieht. Dank dieser Wirkung überstehen die Wagner-Opern jede schlechte Inszenierung. *tws*

Tabuisiert und gefeiert

Tolle Musik, mieser Typ – An Wagner scheiden sich die Geister

Der 18. Juni letzten Jahres hätte in Israel ein historischer Tag werden können: Die 2010 gegründete israelische Wagner-Gesellschaft wollte das erste große Konzert des deutschen Komponisten in Tel Aviv geben. Alles war vorbereitet, das jüdische Orchester hatte schon geprobt, der Konzertsaal war gebucht und der Kartenvorverkauf gestartet. Doch nach heftigen Protesten von Holocaust-Gegnern musste das Konzert kurzfristig abgesagt werden. Obgleich nicht verboten, ist Wagner in Israel nach wie vor tabu. Als es der israelische Dirigent Daniel Barenboim 2001 in Jerusalem wagte, das Vorspiel von „Tristan und Isolde“ als Zugabe zu spielen, endete das Konzert in einem Eklat.

Schuld an allem ist nicht allein die Kumpanei zwischen den Bayreuther Wagner-Erben und Hitler während der NS-Zeit, sondern auch eine schmale Schrift mit dem Titel „Das Judentum in der Musik“, in der sich Wagner 1850 als Antisemit outete. Als Pamphlet gegen die jüdischen Komponisten Mendelssohn-Bartholdy und Meyerbeer gerichtet, ist es tatsächlich eine üble Hetzschrift gegen jüdische Musik, die für Wagner nur eines „Sinn und Geist verwirrenden Gegurgels, Gejodels und Geplappers“ darstellt.

In seinen Opern lässt sich jedoch kein Judenhass nachweisen – bis auf eine Ausnahme: Die Figur des Sixtus Beckmesser in den „Meistersängern von Nürnberg“ gilt als Parodie des berüchtigten Wiener Kritikers und Halbjuden Eduard Hanslick. In einem früheren Opern-Entwurf trug die Figur noch den vielsagenden Namen Veit Hanslich. Der negativ gebrauchte Ausdruck „Beckmesserei“ wurde schließlich zum geflügelten Wort für „Pedanterie“.

> Wagners Schicksal ist, dass er Deutscher war

Wagners Schicksal ist, dass er Deutscher war. Wäre er Brite, gäbe es keine Probleme mit seinem Antisemitismus. Wenn es danach ging, müssten auch Shakespeare und Charles Dickens tabu sein. Die – aufgrund ihres Namens wahrscheinlich jüdischen – Intriganten Rosencrantz und Guildenstern im „Hamlet“, der Halsabschneider Shylock im „Kaufmann von Venedig“ oder der Hehler Fagin in „Oliver Twist“ sind antisemitische Stereotypen, die ihre Autoren ordentlich in Verruf gebracht hätten, wären sie Deutsche gewesen.

Dass es ausgerechnet ein Engländer war, der den jüdischen Wagner-Boykott Vorschub leistete, entbehrt nicht der Ironie. Als Autor einer Biografie über Wagner kam der Brite Houston Stewart Chamberlain um1880 nach Bayreuth, heiratete die Wagner-Tochter Eva und wurde mit rassentheoretischen Werken zum antisemitischen Vordenker in Deutschland. Auch weil die ebenfalls aus England stammende Winifred Wagner ab 1930 als engagiertes NSDAP-Mitglied die Festspiele leitete, wurde im Ausland Richards Wagners Musik mit dem Holocaust assoziiert.

Wegen seines Antisemitismus sei Wagner, so dessen kritischer Bewunderer Thomas Mann in einem Brief von 1939, „eines der schwierigsten, das psychologische Gewissen am tiefsten herausfordernden, darum aber auch eines der faszinierendsten Vorkommnisse der Kunst- und Geistesgeschichte“. An ihm werden sich wohl noch lange die Geister scheiden. *tws*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Der ahnungslose Experte

Unter der Ägide Peer Steinbrücks wagte sich die WestLB in gefährliche Gefilde und Steuerparadiese vor

Dass dem SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück in weiten Teilen der Bevölkerung immer noch wirtschaftliche Kompetenz zugeschrieben wird, kann fast als Meisterstück der SPD-Medienarbeit gelten. Ein Untersuchungsausschuss in Nordrhein-Westfalen könnte dem Bild vom „Finanzexperten“ Steinbrück nun erhebliche Kratzer verpassen.



Ob WestLB und ThyssenKrupp: Es gibt Themen, bei denen hält sich der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück lieber bedeckt

Bild: action press

Unglücklicher hätte es für Peer Steinbrück kaum laufen können. Wenige Monate vor den Bundestagswahlen nimmt im Landesparlament Nordrhein-Westfalens ein Untersuchungsausschuss zum Milliardendebakel um die Landesbank WestLB seine Arbeit auf. Zehn Monate nach der Zerschlagung der einst größten deutschen Landesbank haben sich alle fünf Parteien im NRW-Parlament auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verständigt. Unter die Lupe genommen werden sollen sowohl die Gründe für die Milliardenverluste als auch alle Fehlentwicklungen bei der WestLB seit 1980. Damit hat die Einigkeit unter den Parteien aber auch schon ein Ende. Während SPD und Grüne den Schwerpunkt auf die Zeit der schwarz-gelben Koalition in NRW von 2005 bis 2010 legen wollen, drängen CDU und FDP darauf, vor allem den sozialdemokratischen Beitrag zum Untergang der WestLB aufzudecken.

Recht unangenehm könnte dies für den SPD-Kanzlerkandidaten Steinbrück werden. Der war immerhin von 1998 bis 2005 maßgeblich für die Kontrolle der WestLB verantwortlich – zunächst als NRW-Finanzminister, dann als Ministerpräsident. Geht es nach der FDP, dann soll Steinbrück in Düsseldorf sogar als Zeuge über seine Rolle bei der untergegangenen Bank Rede und Antwort stehen. „Steinbrück sollte sich bei einer Befragung im Ausschuss beispielsweise dafür verantworten, warum er als zuständiger Finanzminister vor über zehn Jahren eine Veräußerung der WestLB abgelehnt hat, als dies noch gewinnbringend möglich gewesen wäre“, so der FDP-Fraktionsvize Ralf Witzel im „Handelsblatt“.

Gerade in der Schlussphase des Wahlkampfes könnte ein Auftritt Steinbrücks vor dem Untersuchungsausschuss das i-Tüpfelchen auf einem ohnehin glücklosen Wahlkampf werden. Steinbrücks Rolle bei der WestLB bietet politischen Gegnern Wahlkampfmunition im Überfluss. Auffallend oft hat sich Steinbrück etwa bei Sitzungen des Kontrollgremiums der Landesbank vertreten lassen. Der damalige NRW-Finanzminister Steinbrück habe so von Fehlspekulationen der Bank offenbar nichts mitbekommen, so ein Vorwurf. In den Blick geraten könnten ebenso die Fehlinvestitionen der WestLB in der Amtszeit Steinbrücks. Etwa die sogenannten „Conduit-Geschäfte“ – ausgelagerte Zweckgesellschaften für riskante Finanzaktivitäten –, die unter der Ägide Steinbrücks erst richtig an Fahrt aufgenommen haben. Wenige Jahre später entpuppten sich die vermeintlichen Gewinnbringer für die WestLB als Sargnägel.

> Hat die Landesbank bei Steuerhinterziehung geholfen?

In Erklärungsnot könnten den SPD-Kanzlerkandidaten allerdings noch ganz andere Aktivitäten der WestLB bringen. Während sich Steinbrück heutzutage gern als Vorkämpfer gegen Steuerhinterzieher in Szene setzt, war die WestLB in dubiosen Steueroasen wie etwa den Cayman-Inseln aktiv. Anlass genug, dass der Bundesvorsitzende der Steuer-Gewerkschaft Thomas Eigenthaler inzwischen fordert, die Aktivitäten der WestLB wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung zu überprüfen. Selbst wenn im NRW-Untersuchungsausschuss derlei zur Sprache kommen sollte, wäre das nur ein Teil der umstrittenen Bilanz des „Wirtschaftsexperten“ Steinbrück.

Für die Steuerzahler noch wesentlich folgenschwerer – weil kostspieliger – waren seine Jahre als Bundesfinanzminister ab dem Jahr 2005. Monate vor dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers erklärte er die in Schieflage geratene Mittelstandsbank IKB für „systemrelevant“ und zahlte die Gläubiger der Bank mit rund zehn Milliarden Euro Steuergeldern aus. Die von Steinbrück später auf den Weg gebrachte Übernahme der Verbindlichkeiten der Hypo-Real Estate (HRE) wird die Steuerzahler wahrscheinlich mehr als 100 Milliarden Euro kosten. Nur wenige Tage bevor das Mega-Rettungspaket geschnürt worden war, hatte Steinbrück erklärt, ein Bankenrettungspaket sei „in Deutschland weder notwendig noch sinnvoll“.

Im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf noch einmal glimpflich ausgegangen scheint für Steinbrück indessen seine Zeit im Aufsichtsrat bei ThyssenKrupp zu sein. Ähnlich wie bei der WestLB lauten auch hier die Vorwürfe, dass Steinbrück an den Aufsichtsratssitzungen nicht regelmäßig teilgenommen und von der Fehlentwicklung des Unternehmens nichts mitbekommen habe. Angesichts eines Rekordverlustes von fünf Milliarden Euro hatte es Bestrebungen einzelner Aktionäre gegeben, dem Aufsichtsrat die Entlastung zu verweigern. Wäre der Vorschlag auf der Hauptversammlung im Januar angenommen worden, wäre wahrscheinlich auch die Rolle Steinbrücks im ThyssenKrupp-Aufsichtsrat von Anfang 2010 bis Ende 2012 intensiver untersucht worden. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Grüne: Häßliche Vergangenheit

Berlin – Der Parteivorstand der Grünen hat beschlossen, die pädophile Vergangenheit der Partei aufzuarbeiten. Nachdem der „Spiegel“ mit einem Bericht Druck ausgeübt hatte, sah sich die Partei genötigt, sich des Themas anzunehmen. Laut dem Magazin soll die Bundespartei in den 1980er Jahren die Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule, Päderasten und Transsexuelle finanziert haben, die sich für den Sex mit Kindern aussprach. Dass die Grünen damals eine Altersfreigabe beim Sex von Kindern mit Erwachsenen forderten, ist hingegen nicht neu. *Bel*

Rösler knickt ein

Berlin – Nachdem manch Beamter im Wirtschaftsministerium den Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber in seiner Funktion als Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU) gern in den Ruhestand geschickt hätte, ist Wirtschaftsminister Philipp Rösler nach anfänglicher Zustimmung dem Rat seiner Mitarbeiter nicht gefolgt. Am 8. Mai verkündete die Bundesregierung mit einigen Monaten Verspätung eine neue Besetzung des Gremiums, mit dem 62-jährigen Schellnhuber als Vorsitzenden. Der Chef des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung ist fest davon überzeugt, dass der Ausstoß von Kohlendioxid (CO_2) die Erde erwärmt und bekämpft all jene, die Zweifel an der These äußern. Mit dem WBGU versucht er, Einfluss auf die Politik zu nehmen, damit diese einen strengen Klimaschutz umsetzt. Wirtschaftsnahe Kreise sehen in Schellnhuber einen Ideologen, der sich von Fakten in seiner Theorie nicht beirren lässt. Obwohl der CO_2-Ausstoß weltweit massiv zunimmt, hat sich laut neuesten Zahlen die Erde in den letzten Jahren nicht weiter erwärmt. *Bel*

Folgenlose Kritik

Wirbel um Hartz-IV-System bleibt ohne Konsequenzen

Zu oft hat man hierzulande das Gefühl, dass die Medien alle ziemlich ähnlich über die immer selben Themen berichten, doch in den ersten Maitagen machte eine Meldung die Runde, bei der sich die Aussagen interessanterweise widersprachen. Während die einen schrieben, dass die „Zahl der Hartz-IV-Aufstocker steigt“, vermeldeten die anderen, dass die „Zahl der Hartz-IV-Aufstocker sinkt“. Fakt ist, dass die Gesamtzahl im Jahr 2012 gesunken ist, doch wer als Zeitung die Forderung nach einem gesetzlich einheitlichen Mindestlohn teilt, der suchte sich von den Fakten den Aspekt raus, der ihm am Besten passte. Und da die Personen, die neben ihrem Arbeitseinkommen zusätzlich Hartz-IV-Leistungen beantragen, da ihr Arbeitseinkommen allein zum Leben nicht ausreicht, von der Bundesagentur für Arbeit in drei Untergruppen aufgeteilt werden und bei einer davon tatsächlich eine Steigerung der Empfängerzahlen zu vermerken war, musste nicht einmal gelogen werden.

Fälle wie diese sind es, die den aufgeklärten Bürger dazu bringen, nicht nur gegenüber dem Staat und seinen Behörden, sondern immer öfter auch gegenüber den Medien ein gesundes Misstrauen an den Tag zu legen. Immer öfter werden Zahlen für die eigenen Interessen instrumentalisiert, um so seine Ziele zu erreichen. Immer seltener werden Fakten nüchtern analysiert. Dabei bieten sie oft genug Hinweise auf Missstände.

Dass es Missstände beim Hartz-IV-System gibt, zweifelt im Grunde keiner an. Doch nur selten bringt dieses Thema Einzelpersonen, die nicht parteipolitisch aktiv sind, in die Schlagzeilen. Inge Hannemann jedoch ist dies gelungen. Die bis vor Kurzem im Jobcenter Hamburg-Altona tätige Arbeitsvermittlerin bloggte so lange über die Missstände bei ihrer Arbeit und machte keinen Hehl daraus, dass Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger, die sich vorgeschriebenen Maßnahmen verweigern und zu Terminen nicht erscheinen, für sie nicht infrage kommen, bis die Medien davon Wind bekamen. In ihrem Urlaub im April suchte sie massiv die Medienpräsenz und traf auf offene Ohren. Und so war in zahlreichen überregionalen Zeitungen und Magazinen wie „Welt“ und „Spiegel“ zu lesen, dass Hannemann für das Grundeinkommen für alle ist, Sanktionen für Hartz-IV-Empfänger für genauso unwürdig hält wie das ganze System an sich und Ein-Euro-Jobs für sie eine Sackgasse sind, in die sie niemanden vermitteln will. Laut „Spiegel“ lud die Chefin der Partei „Die Linke“, Katja Kipping, Hannemann sogar zum Gespräch. Am 8. Mai wollte die inzwischen vom Dienst freigestellte eine Demonstration gegen Hartz IV mit dem Titel „Wir wollen leben!“ veranstalten, doch sagte sie diese wegen angeblicher Gegendemonstration rechtsextremer Gruppierungen kurz vorher ab.

> Was denn nun? Sinkt oder steigt die Zahl der Aufstocker?

Hannemann hat mit ihrer Verweigerungshaltung und ihrem Widerstand zwar kurzfristig Schlagzeilen gemacht, ob jedoch ihre Kritik beispielsweise an der Sinnlosigkeit manch alberner Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslose Folgen haben wird, kann bezweifelt werden. Zudem ist die Kritik ja nicht neu, die Zahl der Profiteure des jetzigen Systems ist jedoch zu hoch. Zu viele Träger verdienen an den Maßnahmen und wer in einer Maßnahme ist, taucht nicht in den Arbeitslosenzahlen auf, was wiederum die regierenden Politiker freut. Zudem sind auch nicht die meisten Hartz-IV-Empfänger arbeitswillige Leistungsträger, wie Hannemann behauptet. *Bel*

MELDUNGEN

Kosovo-Serben sehen Verrat

Mitrovica – Für die ethnischen Serben, die im Norden des Kosovo leben, kommen die Ergebnisse, die Serbien in den Verhandlungen mit der EU und dem Kosovo erzielt hat, einem Hochverrat gleich. Daher haben sie sich jetzt hilfesuchend an Moskau gewandt. Zwar hat Belgrad für seine Landleute im Kosovo erreicht, dass diese weitgehende Autonomie erlangen, dafür müssen sie aber anerkennen, dass sie künftig Bürger des Kosovos sind. Das wollen die Serben im Kosovo, das sich 2008 von Serbien loslöste, jedoch nicht akzeptieren. Serbiens Vizepremier Aleksandar Vucic fordert seine Landsleute im Kosovo auf, sich zu fügen. Das EU-Serbien-Kosovo-Abkommen ist Vorraussetzung für Verhandlungen zum EU-Beitritt Serbiens. *Bel*

Somalias Piraten ohne Beute

Mogadischu – Nachdem bereits Hunderte Millionen Dollar an Lösegeldern in die Taschen somalischer Seeräuber geflossen sind, beginnt die Freibeuterei als Einnahmequelle zu versiegen. Nach Angaben des Beobachtungszentrums International Maritime Bureau sind die Angriffe von Piraten auf Schiffe am Horn von Afrika deutlich zurückgegangen. Während von 2009 bis 2011 jährlich etwa 100 Schiffe von Piraten attackiert worden sind, wurden 2012 nur noch 24 Angriffe gemeldet. Als Grund für die Entwicklung wird die Präsenz von Kriegsschiffen zahlreicher Staaten in dem Seegebiet angesehen. Neben der EU-Mission „Atalanta", an der auch die deutsche Marine beteiligt ist, sorgen auch Schiffe anderer Nato-Länder und Marineeinheiten Chinas, Indiens und Japans für mehr Sicherheit. Wie das US-Office of Naval Intelligence meldet, wurde in diesem Jahr noch keine Entführung in der Region gemeldet. *N.H.*

Lady von der traurigen Gestalt

Catherine Ashton enttäuscht als EU-Außenbeauftragte und als Chefin des Europäischen Auswärtigen Dienstes

Nicht nur ein interner Bericht des EU-Parlaments attestiert der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton eine schlechte Bilanz, auch die EU-Mitgliedsstaaten sind unzufrieden. Die Unzufriedenheit ist sogar derart groß, dass die EU sich auf einen Schritt bezüglich des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) geeinigt hat, der sonst in Brüssel undenkbar ist: eine Generalrevision samt Reform.

Wenn es nach ihrem Sprecher geht, dann ist die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik ein hochemotionaler Mensch. Mal ist Lady Ashton „erschrocken", „beunruhigt", „besorgt", aber auch voll des Lobes und „erfreut". Sehen tut man davon jedoch nur wenig, denn das Mienenspiel der 1999 wegen ihres friedensbewegten und sozialen Engagements geadelten Baroness Ashton of Upholland ist sehr überschaubar bis nicht existent. Allerdings wird auch die Bilanz der Arbeit der 1956 geborenen britischen Labour-Politikerin in ihrer Funktion als EU-Außenbeauftragte als überschaubar bezeichnet.

Immerhin konnte Ashton Mitte April ein Erfolgserlebnis verbuchen. Als „historischer Coup", der auf ihrem Verhandlungsgeschick und ihrer Ausdauer basiert, wurde das Abkommen zwischen dem Kosovo und Serbien in den Medien gefeiert. Serbien hatte sich endlich mit dem Kosovo, das sich 2008 von Serbien losgesagt hatte, auf gemeinsame Punkte einigen können. Ashton hatte sich dafür zehnmal mit dem Kosovaren Hashim Thaci und dem Serben Ivica Dacic getroffen, einige der Treffen dauerten über 14 Stunden. Doch derzeit zeichnet sich ab, dass die Einigung nicht das Papier wert ist, auf dem sie steht, denn Verhandlungspartner haben über den Kopf der im Nordkosovo lebenden Serben hinweg deren Schicksal beschlossen. Das wollen diese nicht hinnehmen, drohen mit Widerstand und haben sich sogar hilfesuchend an den Kreml gewandt (siehe Meldung oben links).

Abgesehen von diesem kleinen Beinahe-Erfolg hagelt es für Ashton nur Kritik und zwar von allen Seiten über all ihre Funktionen. Egal ob als EU-Außenbeauftragte, Chefin des EAD oder Vizepräsidentin der EU-Kommission; in allen Fällen wirft man ihr vor, keine Visionen zu haben und wenig ambitioniert zu sein. Zwar hatten sich die EU-Mitgliedsstaaten für Ashton als EU-Außenbeauftragte entschieden, weil für sie die wenig charismatische Britin der kleinste gemeinsame Nenner war, auf den man sich einigen konnte, doch hatte man erwartet, dass sie wenigstens eine fleißige Arbeiterin sei. Aber selbst das Alltagsgeschäft arbeitet sie nur unbefriedigend ab. Zwar hat Ashton angesichts der vielen Kritik schon langfristig Konsequenzen gezogen und angekündigt, im Sommer 2014 nicht erneut für ihre Ämter zur Verfügung zu stehen, aber bis dahin ist es noch ein Jahr.

Nachdem die EU-Außenminister im März etwas beschlossen haben, was für Brüssel schon einer Revolution gleich kommt, nämlich eine Generalrevision des EAD mit einer dazugehörigen Reform, lieferte das EU-Parlament im April Schützenhilfe. In einem internen Parlamentsbericht wird die Unzufriedenheit am EAD detailliert in Worte gefasst, so dass sich hieraus theoretisch, so Brüssel denn wirklich will, die ersten Reformen erarbeiten lassen. So wird der erst Ende 2009 gegründeten EU-Behörde vorgeworfen, sie sei viel zu kopflastig. Vor allem in der 1500 Mitarbeiter umfassenden Zentrale in Brüssel gebe es zu viele Direktoren auf zu wenig Untergebene, wobei bei ganz vielen Stellen, aber auch ganzen Abteilungen nicht eindeutig sei, was eigentlich der jeweilige Aufgabenbereich sei. Aber nicht nur die Aufgabenbereiche, auch die Entscheidungswege sind nebulös, was zu Doppelstrukturen und langen Reaktionszeiten führe. Hilfsorganisationen hätten sich schon mehrfach darüber beklagt, dass, wenn sie mit einem Anliegen an den EAD herantreten, sie dort keinen Ansprechpartner finden würden, da einfach nicht geklärt sei, wer in der Behörde was entscheiden dürfe. Hatten sich vor allem kleinere EU-Staaten erhofft, der EAD würde in seinen Außenstellen in bisher immerhin 140 verschiedenen Staaten den EU-weiten Konsulardienst übernehmen, damit EU-Bürger auch im Ausland im Notfall einen Pass, ein Rückflugticket oder Rechtsbeistand erhalten können, so ist dies noch nicht einmal geplant. Was die 2000 EAD-Diplomaten im Ausland genau machen, ist daher ungewiss. Denn da es Ashton selten gelingt, die 27 EU-Staaten auf eine einheitliche Position einzuschwören, spricht weiterhin jedes Land mit einer eigenen Stimme. Die EAD-Diplomaten beklagen, sie seien zudem schlecht informiert, da weder Brüssel noch die Kollegen vor Ort in den nationalen Botschaften der EU-Mitgliedsstaaten sie mit Informationen beliefern würden. Und so sitzen sie in den jeweiligen Hauptstädten, wissen von nichts, können nichts Offizielles aus Brüssel verkünden – und sind zum Teil trotzdem eine Fehlbesetzung.

Der EAD hat keine klaren Strukturen

„Ein Flugzeug ohne Flügel fliegen, gleichzeitig fliegen und die Tragflächen bauen. Nun, da wir das Flugzeug haben, müssen wir sicherstellen, dass es tatsächlich fliegen kann", beschrieb Ashton vor wenigen Wochen selbst den Aufbau des EAD. Wenig später sagte sie: „Es gibt Menschen, die Dinge" mit dem EAD „machen können, die ich wahrscheinlich nicht machen kann". Doch egal ob nun der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski, Schwedens Chefdiplomat Carl Bildt oder jemand ganz anders im nächsten Jahr Ashtons Job übernimmt, selbst mit einem von Grund auf neu strukturierten EAD dürfte er an einem Aspekt scheitern: der Unfähigkeit der derzeit 27 Mitgliedsländer, sich auf eine gemeinsame Außenpolitik zu einigen. Merkwürdigerweise sind die nationalen Hauptstädte bereit, in vielen sensiblen Themen ihre Hoheitsrechte an die EU abzugeben, doch bei der Außenpolitik folgen sie alle ihren jeweiligen historisch gewachsenen Interessen. Grundsätzlich wäre dagegen nichts einzuwenden, doch dann muss man sich keinen teuren, überflüssigen EAD mit über 3500 Mitarbeitern nebenbei leisten. *Rebecca Bellano*



Egal ob Euro oder Syrien: Lady Ashton hat zu vielem keine eigene Meinung Bild: action press

Rache der Geschrumpften

Frankreichs Militärs verhinderten weitere Einsparungen

Das Selbstvertrauen des französischen Militärs wird derzeit gleich an mehreren Fronten auf eine harte Probe gestellt. Während ein drastischer Personalabbau bei den Streitkräften immer konkreter wird, sorgen nun auch noch technische Fehlschläge für einen Ansehensverlust. Seit Monaten sorgt ein neu eingeführtes Buchhaltungssystem für Verdruss. Bereits im vergangenen Jahr sind bei den Soldzahlungen bis zu 500 Fehlbuchungen im Monat aufgetreten. Inzwischen sind die Fehler bei dem Programm nicht etwa behoben, sie haben stattdessen eine neue Dimension angenommen. Ende März hatten etwa 10000 Militärangehörige noch überhaupt keine Gehälter erhalten. Im Schnitt war bei ihnen der Sold bereits seit 42 Tagen überfällig. Im April wurden wiederum 106 Millionen Euro an Sold zu viel ausgezahlt, die zurückgefordert werden mussten. Für Auslandseinsätze gab es wiederum nur 97 Cent pro Monat mehr.

Das Computerprogramm ist allerdings nicht das einzige technisches Debakel, das derzeit dem Selbstbild der französischen Militärs zusetzt. Spektakulär gescheitert ist Anfang Mai ein Testflug einer Interkontinentalrakete der neuesten Generation. Die M51-Rakete – Stückpreis immerhin 150 Millionen Euro – gilt als neues Rückgrat der „Force de frappe". Dass ein Exemplar der Rakete sich bei einem Test nach dem Start selbst zerstörte, kann angesichts des hochgesteckten französischen Anspruchs als ein herber Rückschlag gelten. Abgefeuert von atomgetriebenen U-Booten, soll durch die M51 „kein einziger Punkt des Planeten" außerhalb der französischen Abschreckungskapazitäten liegen, so der Chefingenieur der maritimen Nuklearstreitkräfte, Christophe Fournier. Bisher sind in die Entwicklung der Rakete 8,5 Milliarden Euro geflossen.

Erste Streichungen wurden bereits 2008 beschlossen

Damit sich Frankreich derartiges Großmachtgehabe künftig noch leisten kann, sollen die Streitkräfte künftig bei den Personalkosten sparen. Drastische Streichpläne für die Armee, die noch vom damaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy auf den Weg gebracht worden waren, sollen nun unter Präsident François Hollande sogar noch einmal ausgeweitet werden. Bereits 2008 beschlossen war, dass bis 2015 insgesamt 54000 Stellen wegfallen sollen. Während aus dieser Sparrunde noch nicht einmal alle Stellen wie vorgesehen abgebaut sind, empfiehlt ein neues Weißbuch zur Verteidigungspolitik Präsident Hollande nun, bis 2019 weitere 24000 Stellen zu streichen. Die frei werdenden Mittel sollen eine dringend notwendige Modernisierung der Streitkräfte möglich machen. Welch politischer Sprengstoff in derartigen Sparplänen steckt, lässt sich an der Affäre um den zurück-getretenen Haushaltsminister Jérôme Cahuzac ablesen. Recherchen des Schweizer Magazins „L'Hebdo" zufolge ist Cahuzac von Kreisen innerhalb des Militärs zu Fall gebracht worden. Detaillierte Informationen über Schwarzgelder Cahuzacs in der Schweiz sollen von einer Seilschaft aus Militärs, Geheimdienstlern und Rüstungsvertretern gezielt den Ermittlungsbehörden zugespielt worden sein. Das dahinterstehende Motiv: Verärgerung über Sparpläne Cahuzacs. Der wollte nicht nur 30 Regimenter streichen, sondern sogar den Stolz des französischen Militärs, den Flugzeugträger „Charles de Gaulle", so der Nachrichtensender France Info. Aufschlussreich ist hier ein in „L'Hebdo" abgedrucktes Zitat aus Militärkreisen zum Sturz des Haushaltsministers: „Man greift uns nicht ungestraft an. Cahuzac wollte unseren Tod. Wir haben ihn zu Fall gebracht." *N.H.*

Spaltung abgewendet?

Neues Sprachengesetz macht russischsprachige Ukrainer zahm

In den seit August 2012 offiziell russischsprachigen Regionen der Ost- und Südukraine bahnt sich seit dem Inkrafttreten des neuen Sprachengesetzes eine interessante Entwicklung an, mit der viele kaum gerechnet hätten. Am 8. August hatte der ukrainische Staatspräsident Viktor Janukowitsch das neue Sprachengesetz der Ukraine unterzeichnet und nur eine Woche später hatten 13 Regionen – rund die Hälfte der Ukraine – Russisch zur Regionalsprache erhoben. Die jetzt offiziell anerkannte russischsprachige Bevölkerung der Ukraine, die viele als Erfüllungsgehilfen Moskaus in der Ukraine gesehen haben, entwickelt jetzt eine eigene nationale Identität für die Ukraine. Auf den sozialen Netzwerken hatten sich im letzten Jahr verschiedene Gruppen „Russischsprachiger ukrainischer Nationalisten" gebildet, diese Gruppen haben sich inzwischen zusammengeschlossen und sind dabei, ein eigener Verband zu werden. Millionen ukrainischer Staatsangehöriger könnten die Basis dieses neuen Verbandes bilden. Die Russischsprachigen bilden etwa 45 Prozent der ukrainischen Bevölkerung. Zwei Drittel von ihnen sind ethnische Ukrainer, die im Laufe von Generationen russifiziert worden sind, und nur ein Drittel sind Auslandsrussen, die beim Zerfall der Sowjetunion ihren Wohnsitz in der falschen Republik hatten. Laut Umfragen betrachten 86 Prozent der Russischsprachigen die Ukraine als ihre Heimat, 72 Prozent sind sogar richtige ukrainische Patrioten.

Der Führer der neuen russischsprachigen ukrainischen Nationalisten, Sergej Samiljuchin, legt Wert darauf, keine politischen, sondern lediglich erzieherische und bildungspolitische Ziele zu verfolgen. Er möchte den russischsprachigen Ukrainern erklären, warum das Russische ihnen und ihren Familien im Laufe der Geschichte aufgedrängt worden ist und warum es nicht die Sprache ihrer Nation ist.

Herz schlägt für Kiew und nicht für Moskau

Im letzten Jahr, als das neue Sprachengesetz gegen den Widerstand starker gesellschaftlicher Kräfte auch mit Fäusten durchgesetzt wurde, waren nur 28 Prozent der ukrainischen Bevölkerung von der Aufwertung der Stellung des Russischen begeistert. Nach Umfragen des Internationalen Soziologie-Instituts von Kiew unterstützten jedoch 47 Prozent der Bevölkerung die Anerkennung des Russischen als Regionalsprache in Gebieten mit mehr als 30 Prozent Anteil an Russischsprachigen. Nach Einschätzung des führenden Soziologen des Instituts Wladimir Zolotorew betrachteten viele Russischsprachige Ukrainer die Ukraine zwar als ihr Vaterland, aber viele fühlten sich bis dahin als „nicht korrekte" Ukrainer. Dies könnte sich jetzt durch die Bewegung von Samiljuchin ändern, nachdem diese das Russische sozusagen auch zur Sprache der ukrainischen Nationalisten gemacht hat.

Bislang hatte die Partei der inhaftierten Julia Timoschenko, die im Westen der Ukraine ihr Schwergewicht hat, auch im russischsprachigen Osten und Süden noch eine starke Verwurzelung. Sollte es der neuen russischsprachigen patriotischen Bewegung gelingen, auch aus den Russischsprachigen echte ukrainische Patrioten zu machen, würde dies der alten Ost-West-Spaltung der Ukraine entlang der Sprachgrenze entgegenwirken und die Angst vor einer Spaltung, die von Timoschenko am meisten instrumentalisiert wurde, abnehmen. *Bodo Bost*

Wenn Schwarzarbeit amtlich wird

Staaten schönen ihre Wirtschaftsbilanz und drücken so scheinbar ihren Schuldenstand

In der Euro-Zone greifen Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft immer mehr um sich. Trotz massiver Steuerausfälle können einige Regierungen mit einem Trick davon sogar noch profitieren.

Angesichts immer neuer Krisenmeldungen über den wirtschaftlichen Niedergang Europas ist es ein erstaunlicher Befund, mit dem das „Tax Research Institute“ aufwartet. Mehr als ein Fünftel aller wirtschaftlichen Aktivität in Europa – rund 3,55 Billionen Dollar – läuft am Fiskus vorbei. Das errechnete Volumen der Schattenwirtschaft in Europa entspricht damit etwa der deutschen Wirtschaftskraft. Kaum überraschend ist, welche Länder „Tax Research“ als Hochburgen von Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft ausgemacht hat: Bulgarien und Rumänien, in denen rund ein Drittel aller Wirtschaftsaktivitäten an der Steuer vorbei läuft, und die Euro-Krisenländer in Südeuropa. Allein in Spanien werden jährlich durch Schwarzarbeit Arbeitskosten in Höhe von über 200 Milliarden Euro am Finanzamt vorbeigeschmuggelt. In keinem anderen Industrieland ist Schwarzarbeit allerdings so weit verbreitet wie in Griechenland. Fast jede vierte Arbeit wird unter der Hand vergeben, der Gegenwert der Schwarzarbeit wird auf rund 60 Milliarden Euro geschätzt. Italien ist wiederum das EU-Land, das insgesamt den größten Steuerausfall durch die Schattenwirtschaft davonträgt: Geschätzte 180 Milliarden Euro an Steuern entgehen dem italienischen Staat jährlich.

In derartigen Zahlen steckt weitaus mehr Brisanz, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. In 16 EU-Ländern überschreiten die jährlichen Steuerausfälle durch den Schattensektor die

Steuerausfälle in Höhe von über drei Billionen Euro

Defizite im Staatshaushalt. Mit Blick auf die Krisenstaaten, die bereits Euro-Rettungspakete erhalten haben, wird damit vollends fragwürdig, warum Steuerzahler anderer Länder zur Kasse gebeten werden. De facto werden die Steuereinnahmen, die durch Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft auf nationaler Ebene fehlen, durch die Steuereinnahmen anderer Länder ersetzt, in denen die Bürger mehr Steuerehrlichkeit aufbringen.

Die wirtschaftlichen Aktivitäten jenseits von Steuern und Behörden haben durch die gemeinsame Währungsunion allerdings noch ganz andere Auswirkungen. Nicht einheitlich geregelt und damit völlig intransparent ist etwa, wie die illegalen Wirtschaftsaktivitäten bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) berücksichtigt werden sollen. Dem Jonglieren mit Zahlen – etwa um die staatliche Neuverschuldung in Richtung Maastricht-Kriterien zu trimmen – steht damit nichts im Wege. Schon im Vorfeld der Euro-Einführung gab es den Verdacht, dass einige südeuropäische Länder statistisch auf die Schattenwirtschaft zurückgegriffen haben, um sich wirtschaftlich in einem besseren Licht erscheinen zu lassen. Speziell im Fall von Italien ist der Vorwurf laut geworden, dass mit der Einbeziehung des illegalen Wirtschaftssektors in die Statistik das BIP auf clevere Weise vergrößert wurde. Der Trick geht wie folgt: Durch die rechnerisch gesteigerte Wirtschaftsleistung verringerte sich relativ gesehen der Schuldenstand im Verhältnis zum BIP.

Italiens Schattenwirtschaft ist legendär

Wenn es in den kommenden Jahren darum geht, Brüssel und Berlin zu beweisen, dass neu aufgenommene Staatsschulden halbwegs im Einklang mit den Maastricht-Kriterien stehen, dürfte diese Praxis neue Triumphe feiern. Dass der erhöhten Wirtschaftskraft keine entsprechend höheren Steuereinnahmen gegenüberstehen, dürfte dem Treiben zunächst einmal keinen Abbruch tun. Ohnehin hat Italien bis heute daran festgehalten, die Schattenwirtschaft massiv mit in die Wirtschaftsstatistik einzubeziehen. Im Jahr 2012 stammten rund 16 Prozent des offiziell ausgewiesenen BIP nicht aus der „offenen“ Wirtschaft, sondern gemäß Schätzungen italienischer Statistiker aus der Untergrundwirtschaft. Hochrechnungen etwa der Industrieländerorganisation OECD gehen allerdings regelmäßig davon aus, dass Italiens Schattenwirtschaft mindestens ein Viertel der offiziellen Wirtschaftsleistung umfasst – andere Schätzungen halten sogar 40 Prozent für realistisch. Damit wäre der erwirtschaftete Wohlstand in Italien sogar um einiges höher, als es die offiziellen Zahlen wiedergeben.

Einen spektakulären Niederschlag dürfte dieses Wirtschaften außerhalb der Statistik in der unlängst veröffentlichten Untersuchung der EZB über die Haushaltsvermögen in der Euro-Zone gefunden haben. Im Schnitt war in den privaten Haushalten in den Euro-Krisenländern deutlich mehr Vermögen vorhanden, als im „reichen“ Deutschland. Daraus resultierende Bemühungen, die hohen Anteile der Schattenökonomie an der nationalen Wirtschaftskraft einiger Länder in Brüssel zum Thema zu machen – etwa wenn es darum geht, wer in der EU welche Lasten schultern soll –, sind bisher aber nicht erkennbar. Solange dies so bleibt, sind die Bürger derjenigen EU-Länder die Dummen, die eine hohe Steuermoral haben.

Kaum verwunderlich ist es so, dass inzwischen auch in Deutschland die Schattenwirtschaft immer stärker wächst. Betrug sie im Jahr 1975 nur 5,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, so gehen die aktuellen Schätzungen bereits in Richtung auf 17 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung.

Norman Hanert

In Griechenland wird ein Viertel der Jobs unter der Hand vergeben: Der Staat geht leer aus Bild: mauritius

KURZ NOTIERT

„Ungleichheit ist rückläufig“: Während SPD, Grüne, „Die Linke“ und selbst die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf die soziale Ungleichheit in Deutschland kritisieren, veröffentlichte das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) eine Studie, in der es die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich als Vorurteil entlarvt. Stattdessen sei wegen des funktionierenden sozialen Ausgleichs in Deutschland eine „Entspannung der Ungleichverteilung“ zu beobachten. „Die Ungleichheit ist tendenziell etwas rückläufig“, bestätigte auch ein Sprecher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). *Bel*

Unterstützung für Telekom: Der Plan der Telekom, auch Privathaushalte bei der Nutzung des Internets je nach Leistung stärker zur Kasse zu bitten, trifft bei Wirtschaftsverbänden und Unternehmen auf Zustimmung. Alte Kupferleitungen müssten dringend durch Glasfaserkabel ersetzt werden, die größere Datenmengen deutlich schneller übertragen. „Die deutsche Wirtschaft braucht hochmoderne Netze. Diese erfordern milliardenhohe Investitionen, die finanziert werden müssen“, mahnt Ulrich Grillo, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Wirtschaft (BDI) an. *Bel*

Frühwarnung: Während die Banken in anderen, eigentlich als solide geltenden europäischen Ländern wie Dänemark und den Niederlanden unter faulen Hypothekenkrediten leiden, warnt die Schweizerische Nationalbank (SNB) schon jetzt vor kritischen Tendenzen im eigenen Land. So würden 20 Prozent der neuen Immobilienfinanzierungen in der Schweiz vergeben, ohne dass der Kunde die als goldene Regel angesetzten 20 Prozent Eigenkapital mitbringen muss. Also würde eine rasche Zinserhöhung auf fünf Prozent 40 Prozent der Hausfinanzierer finanziell derart belasten, dass sie die Zinsen nicht mehr zahlen könnten. Das wiederum würde einige Banken in finanzielle Nöte bringen und da die SNB Bankenrettungen im Land vermeiden möchte, ruft sie die Kreditinstitute zu mehr Achtsamkeit auf. *Bel*

Tafelsilber verkauft

Hochtief veräußert baukonjunkturunabhängige Einnahmequelle

Nach jahrelanger Suche hat Hochtief einen Käufer für seine Flughafensparte gefunden. So überraschend niedrig wie der Preis ist auch der Käufer. Es ist keine der üblichen Größen der Luftfahrtbranche, sondern ein kanadischer Pensionsfonds. Lediglich 1,1 Milliarden Euro muss der Public Sector Pension Investment Board of Canada (PSP) für die Hochtief-Beteiligungen an den Flughäfen Hamburg, Düsseldorf, Athen, Budapest, Sydney und Tirana auf den Tisch legen. Sowohl Mitarbeiter als auch Aktionärsschützer sehen den Verkauf mit gemischten Gefühlen. Nach wie vor gibt es starke Befürchtungen, dass der spanische Großaktionär ACS den Essener Traditionskonzern früher oder später komplett zerschlagen will, um seinen eigenen in Spanien angehäuften Schuldenberg abzubauen. Dass bereits die nächsten Verkäufe von Hochtief-Tochterunternehmen in der Planung sind, geben diesen Befürchtungen neue Nahrung.

Skeptisch aufgenommen wurde allerdings auch der erzielte Preis. Noch bis zum Herbst 2011 sollen der französische Baukonzern Vinci und die chinesische HNA Group bereit gewesen sein, für das Flughafenpaket rund 1,5 Milliarden Euro zu bezahlen – 400 Millionen mehr, als nun der kanadische Käufer bezahlt. Fraglich aber genauso, warum sich Hochtief überhaupt von seinen Flughafenbeteiligungen trennen soll. Die Flughafensparte gilt als sehr lukrativ, die stabilen Erträge konnten bisher zudem Gewinnrückgänge ausgleichen, wenn es konjunkturbedingt für Hochtief in der Bausparte weniger gut lief.



Hochtief-Chef Verdes

Unangenehme Fragen von Aktionären werden auf den neuen, von ACS entsandten Konzernchef Marcelino Fernandez Verdes auf der nächsten Hauptversammlung noch aus einem anderen Grund zukommen. Der nach langen Querelen ausgehandelte Vertrag zur Fertigstellung der Hamburger Elbphilharmonie hat bei Hochtief intern für ein heftiges Zerwürfnis gesorgt. Während die Stadt Hamburg noch einmal rund 257 Millionen Euro bei dem Projekt nachschießt und auf alle Schadensersatzansprüche verzichtet, verpflichtet sich Hochtief, die Elbphilharmonie zu einem Festpreis bis zum Herbst 2016 fertigzustellen – egal wie hoch am Ende die Baukosten ausfallen. Abzuwarten bleibt, ob sich der Vertrag für Hochtief am Ende als Geniestreich oder als Fiasko entpuppt. „Früher hätte man uns so einen Vertrag um die Ohren gehauen“, so ein Hochtief-Manager gegenüber der „Wirtschaftswoche“. „Die Garantien, die wir da übernehmen, sind hoch riskant.“

Heftig unter Beschuss geraten ist inzwischen allerdings auch die Verhandlungsführung des Hamburger Senats. Wurde der Vertrag zunächst als großer Erfolg für Olaf Scholz (SPD) bejubelt, steht nun ein brisanter Vorwurf im Raum. Die Stadt Hamburg habe leichtfertig auf Schadensersatz gegen den Baukonzern verzichtet, zahle stattdessen sogar noch einen hohen Nachschlag an Hochtief.

Norman Hanert

AfD dementiert Wende

Metzger: Rückkehr zur D-Mark war nie das eigentliche Ziel

Die Euro-kritische Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat einen Medienbericht zurückgewiesen, nach dem die Partei von ihrer angeblichen „Kernforderung“, einer „Rückkehr zur D-Mark“, abgerückt sei. Dies hatten die „Deutschen Wirtschaftsnachrichten“ mit Berufung auf ein Interview gemeldet, das AfD-Chef Bernd Lucke der „Neuen Zürcher Zeitung“ („NZZ“) gegeben hatte.

Auf die Frage der „NZZ“, ob er die Idee propagiere, „dass Deutschland einseitig zur D-Mark zurückkehrt“, hatte Lucke geantwortet: „Nein, ganz im Gegenteil. Wir sagen ausdrücklich, dass wir nicht einen plötzlichen Austritt Deutschlands aus der Währungsunion wollen, schon gar nicht einseitig, und schon gar nicht ohne Rechtsgrundlage.“

AfD-Sprecherin Dagmar Metzger bezeichnete es gegenüber der *PAZ* als falsch, darin eine Abkehr von der bisherigen Linie zu sehen. Die AfD habe vielmehr stets betont, und so stehe es auch im Programm, dass die Rückkehr zur D-Mark „kein Tabu“ sein dürfe. Im Unterschied zu den etablierten Parteien wolle man die Diskussion aus der Gefangenschaft des „Alternativlos“-Dogmas befreien, mit welchem alle Vorschläge jenseits des Status quo bislang abgebügelt würden. Die AfD strebt laut Metzger ein stabiles, zukunftsfähiges Währungssystem für Europa an. Dabei seien jene Denkverbote zu überwinden, welche die Suche nach Lösungen bislang blockierten. Hierzu müsse

»Es geht darum, die Debatte von Dogmen zu befreien«

auch die Rückkehr zur D-Mark eine Option sein. Sie sei aber nie das Ziel gewesen, dass die AfD primär anstrebe.

Tatsächlich finden sich die Punkte, welche die AfD-Sprecherin zur Richtigstellung anführt, genauso in Programm und Stellungnahmen der AfD zur Währungsfrage. Offensichtlich ist die Partei Opfer einer groben Vereinfachung geworden, die in der Debatte nur noch die Möglichkeiten „Euro wie bisher“ oder „D-Mark“ erkennen will. Die Wirklichkeit der Vorschläge ist indes bei weitem vielfältiger.

Auch die Euro-kritischen Wirtschafts- und Währungsfachleute, die sich der AfD angeschlossen haben, verhehlen nicht, dass eine gründliche Reform des Währungssystems, ob nun hin zu einem „Nord-Euro“, einer neuen D-Mark oder mit welchem Ziel auch immer, mit erheblichen Risiken verbunden sei. Für sie stellt sich allein die Frage: Ende mit Schrecken (gründliche Reform bis hin zum harten Schnitt, wenn es sein muss) oder Schrecken ohne Ende (den sie für den Fall voraussagen, dass am derzeitigen Eurosystem festgehalten wird).

Lucke entfaltet im „NZZ“-Interview die Idee von Parallelwährungen für einen Übergangszeitraum. Der Euro bliebe eine Weile noch in der gesamten derzeitigen Währungszone gültig, vor allem die schwachen Krisenländer aber könnten parallel nationale Währungen wieder einführen, um so ihre Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen.

Experten erinnern daran, dass wir den „Nord-Euro“ im Grunde schon einmal hatten: Als (funktionierendes) System fest an die D-Mark gebundener Währungen, das mit dem „Groß-Euro“ zerstört worden sei.

Hans Heckel

Ist Geld der Grund?

Von Rebecca Bellano

Da sollen sich die Muslime in Deutschland zum Grundgesetz bekennen und sich von der Scharia, in deren Namen in vielen muslimischen Ländern gefoltert, gesteinigt und entrechtet wird, distanzieren, und da tut das einmal eine Glaubensgemeinschaft und die deutschen Medien schweigen. Warum erhalten die organisierten bayerischen Aleviten kein Lob für ihren Aufruf? Stattdessen nimmt das „Zentrum für Islam in Europa – München“ (Ziem), dem der Münchner Imam Bajrambejamin Idriz vorsteht, immer mehr Gestalt an und wird von deutschen Politikern positiv begleitet. Und niemand kritisiert Idriz dafür, dass er den bayerischen Aleviten extremistische, islamfeindliche Positionen vorwirft und die Scharia einseitig lobt.

Interessant ist es, hier zu wissen, dass das von Idriz geplante Ziem offenbar von Katar finanziert wird. Und die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (Ditib), die auch Kritik an dem Engagement der bayrischen Aleviten geäußert hat, wird von der Türkei aus finanziert. Hinter den 500 000 Aleviten in Deutschland steht hingegen niemand mit Geld oder Einfluss. Ob das ein Grund ist, warum sie in der öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Rolle spielen?

Der falsche Weg

Von Hans Heckel

Hinter dem Vorwurf, die AfD sei von ihrer vermeintlichen Kernforderung nach einer „Rückkehr zur D-Mark“ abgerückt, scheint Enttäuschung hervor. Dabei hatte die neue Partei stets betont, diese Rückkehr nur als letzte Option offenzuhalten für den Fall, dass alles andere nicht durchzusetzen sei. Mehr nicht.

Wer die D-Mark um jeden Preis will, sollte sich vorsehen, dass er nicht den gleichen Fehler begeht, den er den verbissenen Verteidigern der derzeitigen Währungsunion zu Recht vorhält: Aus einer „Europa-Seeligkeit“, die sich aus einer Mixtur schwammiger Hoffnungen, abstruser Ängste und heimlicher Machtpolitik gegen Deutschland nährte und nährt, hätten sie die wirtschaftlichen und geldpolitischen Realitäten zugunsten ihres „Projekts“ ausgeblendet. In der Tat, das haben sie.

Doch die „D-Mark oder nichts“-Fraktion tut kaum etwas anderes, wenn sie die harten Erfordernisse einer rationalen Währungspolitik einer (wenn auch verständlichen) nationalen Nostalgie unterordnet. Das ist doch die Lehre aus dem Euro-Desaster: Solche Überfrachtungen schaden nur. Es geht um stabiles, verlässliches Geld, wie auch immer es heißen mag, mit welchen Partnern auch immer wir es realisieren können. Sonst nichts!

Um dies zu erreichen, und zwar ohne brutalen Zusammenbruch mit massenhafter Verarmung, bedarf es ebenso einer klaren, emotionslosen Zielsetzung wie auch größter Flexibilität und Kreativität bei der Suche nach den Wegen zu diesem Ziel. Euro-Dogmatismus durch D-Mark-Dogmatismus zu ersetzen, ist der falsche Weg.

Sprich bloß nicht von Krieg

Von Harald Tews

Von John Cleese, dem Darsteller der britischen Comedy-Gruppe Monty-Python, stammt das geflügelte Wort „Don't mention the war“ – „Erwähne nie den Krieg“, wenn man mit Deutschen spricht. Eigentlich eine simple Regel, reagiert man hierzulande doch immer empfindlich, wenn Vergleiche mit Panzern, Blitzkriegen oder Gaskammern angestellt werden.

Doch warum hält sich keiner an die Regel, warum treten ständig Politiker und jetzt auch Regisseure in diesen Riesen-Fettnapf? An der Düsseldorfer Rheinoper hat jüngst eine Aufführung von Richard Wagners „Tannhäuser“ zu einem Eklat geführt, weil Regisseur Burkhard Kosminski den Venusberg in eine Gaskammer verlegt hatte. Dabei mutierte die Liebesgöttin zu einer KZ-Aufseherin und Tannhäuser trat in NS-Uniform mit Hakenkreuz auf. Höhepunkt war eine brutale Erschießungsszene. Im Anschluss daran wurde einigen Premierengästen so speiübel, dass sie ärztlich versorgt werden mussten. Intendant Christoph Meyer zog daraufhin die Notbremse und setzte die Skandal-Inszenierung ab. „Tannhäuser“ wird seitdem nur noch konzertant aufgeführt.

In Düsseldorf wurde »Tannhäuser« in den Rhein versenkt

Die Frage ist, warum Meyer nicht schon früher reagiert hat. Er hätte die Abnahme der Generalprobe verweigern und die Premiere verschieben müssen. So hat man für negative Schlagzeilen gesorgt, die wieder einmal den verkrampften Umgang mit der NS-Geschichte bestätigen. Wenn die Bewältigung nicht mit Pfiff und subtilem Humor gelingt – man denke an Roberto Benignis oscargekröntem Film „Das Leben ist schön“ –, dann wird mit dem Holzhammer draufgehauen, während man mit der anderen Hand, das „dumme“ Volk belehrend, den Zeigefinger hebt.

Und natürlich hat sich Kosminski, der sonst als Schauspieldirektor in Mannheim tätig ist und fürs Fernsehen so seichte Vorabendserien wie „Marienhof“ oder „Unser Charlie“ gedreht hat, mit Wagner ein leichtes Opfer ausgesucht. Es ist einfacher, Wagner-Opern durch den Kakao zu ziehen, an denen wegen Bayreuth bereits die braune Soße klebt, als beispielsweise Mozart oder Verdi, die schwerer vom Sockel zu heben sind. Die Gaskammern hätten auch im Freimaurertempel der „Zauberflöte“ oder in der Grabkammer von „Aida“ Platz finden können. Aber da traut sich keiner heran.

Bei „Tannhäuser“ sollte auf primitive Art geschockt und provoziert werden. Wer das noch als künstlerische Freiheit verteidigt, der lässt es zu, dass der Blasphemie künftig kein Einhalt mehr geboten wird. Man darf kritische Fragen stellen, aber darf man auch die Gefühle des Publikums verletzen?

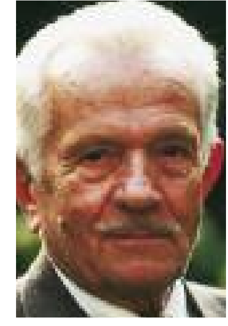
Dass Wagner-Musik prima als Effekthascherei zweckentfremdet werden kann, zeigte Francis Ford Coppolas Film „Apocalypse Now“ von 1979, in dem ein Hubschrauberangriff im Vietnamkrieg mit dem „Walkürenritt“ unterlegt ist. Aber Hände weg vom Zweiten Weltkrieg!



Plumpe Provokation: Hitlerjunge Tannhäuser (Daniel Frank) verliebt sich in Venus (Elena Zhidkova), die in der mittlerweile abgesetzten, skandalösen Düsseldorfer Opernaufführung als KZ-Aufseherin auftritt

Bild: pa

Moment mal!



Über politischen Mord und klammheimliche Freude

Von Klaus Rainer Röhl

Gibt es einen Unterschied zwischen den Morden der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und denen, die der Thüringer Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) zur Last gelegt werden? Kann man die beiden Gruppen überhaupt vergleichen? Darf man das offen aussprechen? Ich bin so frei.

Die Gruppe, die sich selber NSU nannte, brachte mutmaßlich zehn Menschen um, durch das Splitterbombenattentat in Köln wurden viele weitere verletzt. 34 Menschen wurden Opfer der RAF. Getötet wurde in beiden Fällen angeblich aus politischen Gründen. Mit erkennbar absurden Begründungen. Bei der NSU, um Einwanderer abzuschrecken und zu verunsichern, bei der RAF, um die USA an der Fortsetzung des Vietnamkriegs zu hindern. Kein amerikanischer Soldat solle sich auf deutschem Boden sicher fühlen dürfen, solange die USA in Vietnam Krieg führten, sagte Andreas Baader. Später, als der Bandenchef im Gefängnis war, tötete die Gruppe auch den Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, den Generalbundesanwalt Siegfried Buback und noch zahlreiche andere.

In der nächsten Woche beginnt der Prozess gegen Beate Zschäpe. Von den Nebenklägern, den Angehörigen der getöteten ausländischen Mitbürger und ihren Fürsprechern bis hin zum türkischen Außenminister Ahmet Davutoglu und ganz besonders den türkischen Zeitungen werden mehr oder weniger offen deutsche Behörden und ihre Beamten, ja, nach dem Gerangel um die Presseplätze sogar die Münchner Justiz ziemlich unverhohlen beschuldigt. Sie hätten eventuell eine stillschweigende Sympathie für die NSU-Leute gehegt, oder sie sogar unterstützt. Das ist Propaganda und zwar, sagen wir es ganz offen, deutschfeindliche Propaganda, die sich in diesen Wochen über unser Land und seine Kanzlerin ergießt. Wahr ist: Niemand zeigt in Deutschland auch nur die Spur einer Sympathie für diese Morde. Das Erschrecken über die Taten und die Abscheu sind allgemein.

Niemand hegt Sympathie für den NSU oder die ihm zur Last gelegten Morde

Das war allerdings anders, als von der RAF Menschen in Deutschland ermordet wurden. Als die Kämpfer der Rote Armee Fraktion auf eigene Faust den USA den Krieg erklärten und auch gleich damit anfingen zu schießen, Geld für die Logistik durch ein paar Banküberfälle zu beschaffen und dann die ersten Leute umzubringen. Da gab es eine ziemlich große Sympathie in breiten Kreisen der Intelligenz. Als Siegfried Buback unter bis heute ungeklärten Umständen von bis heute nicht bekannten Tätern ermordet wurde, gab es unter den linken Studenten und Mitgliedern der kommunistischen Splittergruppen sogar Sympathien für die Mörder. Und einer von ihnen, ein Göttinger Student und Mitglied der Splittergruppe „Undogmatischer Frühling“ sprach es auch offen aus. Im Blatt des AStA und unter dem Decknamen „Mescalero“. Er könne die Nachricht vom Tod Bubacks „nicht ohne klammheimliche Freude lesen“. Und, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, fügte er hinzu: „Ehrlich, ich bedauere es ein wenig, dass wir dieses Gesicht nun nicht mehr in das kleine, rotschwarze Verbrecheralbum aufnehmen können, das wir nach der Revolution herausgeben werden, um des meistgesuchten und meist gehassten Verbrechers der alten Welt habhaft zu werden.“ Jürgen Trittin, zeitweise AStA-Mitglied und Präsident des Studentenparlaments von Göttingen, verteidigte in einer Rede vor den Studenten den „Mescalero“-Aufruf. Es sei eine „trotzige Verteidigung der Diskussionsfreiheit gewesen“, so Trittin später.

Hat sich Trittin geändert, seit er den Artikel des „Mescalero“ gelesen hat? Klammheimliche Freude über Bubacks Ermordung, heute noch nachvollziehbar? Und „Verbrecheralbum am Tage der Revolution“? Schließlich war Trittin Mitglied im „Kommunistischen Bund Westdeutschlands“, dessen Mitglieder, wenn ich mich recht erinnere, die KPD und die SED zu wenig aktiv fanden. Eher sympathisierte man mit Mao, der nicht gerade zimperlich im Umgang mit Gegnern war. In diesen Kreisen sah man das Töten von Menschen nicht als Mord an, sondern als Teil der Kriegführung, Maos Wort: „Bestrafe einen – erziehe hundert“ meint den politischen Mord.

Einmal Kommunist – immer Kommunist?

Ich war ja auch mal Kommunist. 1964. Das war ein Fehler. Ich habe das nicht nur erkannt, sondern es auch öffentlich bekannt. Durch mein Buch „Fünf Finger sind keine Faust“. Später habe ich noch deutlicher werden wollen und mein Doktor-Examen bei Ernst Nolte abgelegt. Da hat jeder verstanden, wo es langgeht.

Als die RAF mordete, gab es Sympathie in breiten Kreisen der Intelligenz

Von Trittin dagegen habe ich noch nie eine eindeutige Distanzierung vom „Kommunistischen Bund Westdeutschlands“ gehört. Auch nicht von der klammheimlichen Sympathie. Bis etwas passierte. 2001. Trittin ist bereits Minister im rot-grünen Kabinett. Im Intercity nach Hamburg trifft er zufällig Michael Buback, den Sohn eines der RAF-Opfer. Und dieser fragt ihn höflich, ob er sich nun von dem Mescalero-Aufruf distanziere. Trittin eiskalt: „Warum sollte ich?“ Doch Buback ist gerade unterwegs zu Sabine Christiansens Talkshow und erzählt dort noch am gleichen Abend von seinem Erlebnis. Peinlich. Machtpolitiker Trittin handelt prompt. Er bittet den Sohn des Ermordeten telefonisch um Entschuldigung und schickt noch eine schriftliche Erklärung nach, als das nicht genügt: Der Mord an Buback sei eines der schlimmsten Verbrechen des Terrorismus im Deutschland der 70er Jahre. Schnell reagiert – Ministerposten behalten.

Wenn wir uns darüber einigen könnten, dass die Tötung eines Menschen eines der schlimmsten Verbrechen ist, sollten wir auch den Schluss daraus ziehen, dass die „klammheimliche Freude“ über einen Mord der Billigung, ja sogar der Aufforderung zum Weitermachen gleichkommt. Alles vergessen?

Und was ist aus dem Helden der Geschichte, dem mutigen und geheimnisvollen Göttinger „Mescalero“ geworden? Er hat brav zu Ende studiert, wurde Lehrer für Deutsch als Fremdsprache an der Universität, heißt Klaus Hülbrock, ist seit 2007 (vorzeitig) pensioniert und lebt in Weimar. An seine klammheimliche Freude erinnerte er sich auf Befragen der „Süddeutschen Zeitung“ denn doch und bekannte in einem Brief an Michael Buback, dass ihm jetzt die damals auf den ermordeten Generalstaatsanwalt Buback gemünzten Worte weh täten. Sie lesen richtig: Ihm selbst. Das ist offenbar nicht einmal zynisch, sondern ernst gemeint. Statt über politischen Mord denkt er gegenwärtig über – Gurken nach. Heute betreibt der Ruheständler in Weimar eine literarische Quasselrunde namens „Goethes Gurkentruppe“, weil Goethe angeblich gern Gurken aß. Guten Appetit und ein gutes Gewissen. Mord verjährt nicht, aber klammheimliche Freude kann niemand verbieten.

Die vielen Klammheimlichen von damals leben mitten unter uns. Sie sitzen im Deutschen Bundestag, schreiben in unseren Zeitungen, beschließen Gesetze über unsere Steuern oder unterweisen unsere Enkelkinder im Kampf gegen rechts. Im Kampf gegen links bleiben sie blind.

Humor auf italienische Art

Die Commedia dell'Arte ist eine Frühform der heutigen Comedy – In Sanssouci amüsiert sie beim Barocken Theatersommer

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg präsentiert mit dem Ensemble „I confidenti" den Barocken Theatersommer Sanssouci. Vom 18. Mai an darf im Neuen Palais und in der Orangerie mit den Commedia-dell-Arte-Figuren Arlecchino und Pagliaccio auf italienische Art gelacht werden.

Was hat FC-Bayern-Präsident Uli Hoeneß mit der Commedia dell'Arte zu tun? Schaut man sich die Figuren des italienischen Theaters aus dem 16. Jahrhundert genauer an, wird es deutlich. Da gibt es den Pantalone, einen reichen venezianischen Kaufmann. Streng stellt er sich nach außen als moralische Instanz dar und ist doch nur ein Heuchler, für den seine Parolen nicht gelten. Da tritt der Dottore auf. Ein Akademiker, der zur Prahlerei neigt, ohne wirklich etwas zu wissen.

Schnell erinnern wir uns an Personen des öffentlichen Lebens, die – wie Hoeneß – ihr Image nach allen Regeln des Marketings inszenieren und sich dabei nur mit fremden Federn schmücken. Die sich als furchtlose Helden darstellen, wie der Capitano im Stegreiftheater, in Wahrheit aber ausgemachte Feiglinge sind. Einige Berühmtheiten von heute ließen sich problemlos in eine Aufführung integrieren. Andere Thematiken sind überholt, da sich das Gesellschaftsgefüge komplett verändert hat. Die Alten sind heute nicht mehr im Vorteil wie noch zu Zeiten Carlo Goldonis (1707–1793), einer der bekanntesten Autoren dieses Genres. Die Jugend ist heute selbstbestimmter.

Jung Sein ist wie nie zuvor ein Wert an sich, der Erfahrung und Wissen der Alten hintanstellt. Die Kluft zwischen Arm und Reich vor etlichen hundert Jahren lässt sich mit unserer Gesellschaft nicht mehr vergleichen. Man kann die Stücke zusätzlich zu den charakterlichen Parallelen als Zeitdokument sehen. Da die Aufführungen jedoch vorrangig für die unteren sozialen Schichten gespielt wurden, ermöglichen sie uns einen Einblick in die lebensentscheidende Realität unserer Vorfahren.



Maskenspiel mit Händen und Hüten: Zwei Pulcinellen aus der Commedia dell'Arte Bild: A.Sommer/I confidenti

Als Vater der Kunstform ist der Komödienschreiber Angelo Beolco (1496–1542), auch Ruzante genannt, zu sehen. Antike römische Dichter sowie der venezianische Karneval spielten in die Entstehung hinein. Am 25. Februar 1545 wurde in Padua der erste überlieferte Vertrag von acht Künstlern unterschrieben. Das Datum gilt als der eigentliche Beginn der Commedia dell'Arte, was sich frei als Berufsschauspielkunst übersetzen lässt. Nun zogen Wandertruppen durch die Lande, die von ihren Einkünften leben mussten.

Erstmals waren auch Frauen dabei, denen man vorher das Schauspielern verboten hatte. Der Alltag der kleinen Leute lieferte die Themen. Auf Jahrmärkten spielte man zur Belustigung des Volkes, aber auch an Höfen. Moderat wurden die gesellschaftlichen Verhältnisse angeprangert. Natürlich nur so, dass den Künstlern im wahrsten Sinne des Wortes kein Strick daraus gedreht werden konnte. Einen feststehenden Text gab es nicht. Maskenspiel, festgelegte Dramaturgie, Improvisation und spezielle Figuren charakterisierten das Theaterspiel. Es sind somit keine Stücke überliefert, jedoch Szenen und Improvisationsabläufe.

Charakteristisch sind die Figuren. Jede mit spezieller Kleidung, Maske und Gestik ausgestattet. Traditionell standen sich im Spiel die „Zanni" und „Vecchi" gegenüber. Erstere sind Bedienstete aus unteren sozialen Schichten. Mit ihnen konnte sich das Publikum am meisten identifizieren. Arlecchino, ein tollpatschiger Untergebener, der für viel Verwirrung sorgt, gehört hierher, ebenso die Dienerin Columbina. Der Dottore, Pantalone und andere vertreten die höheren Schichten und gehören zu den Alten („Vecchi"). Innerhalb festgelegter Szenarien konnten die Schauspieler völlig frei improvisieren.

Bei unseren Nachbarn in Italien liebt man die Figuren und weiß genau, um wen es sich handelt, wenn man jemanden als Dottore oder Capitano bezeichnet. Die wandernden Künstler stellten ihre Stücke fast in ganz Europa vor und haben die Theaterentwicklung bis heute ganz entscheidend beeinflusst.

Die Commedia dell'Arte tat sich schwer damit, als zu Beginn des 17. Jahrhunderts Autoren versuchten, die Stücke in eine feste literarische Form zu bringen und den Improvisationsanteil zu reduzieren. Gänzlich verschwand diese Kunstform in den Wirren der Französischen Revolution.

Wiederbelebungsversuche starteten bei uns Max Reinhard und der italienische Dramatiker und Nobelpreisträger Dario Fo. Es gab eine kurze Renaissance des vor Spiellust überbordenden Theaters Anfang des 20. Jahrhunderts. Aber keinesfalls vergleichbar mit den Erfolgen der einstigen Blütezeit.

David Matthäus Zurbuchen, Spezialist der Commedia dell'Arte, hat ein Stück ins Deutsche übersetzt. Der Schweizer ist in diesem Jahr in Potsdams Barockem Theatersommer als Regisseur tätig. Präsentiert wird „I casi della fame e dell'amore", zu Deutsch etwa „Die Vorkommnisse von Hunger und Liebe". Es erzählt von zwei armen Dienern, Arlecchino und Brighella, die seit Tagen nichts gegessen haben. Das versuchen sie zu ändern, indem sie Colombina Lügengeschichten erzählen. Verwirrungen sind an der Tagesordnung.

Den Schauspielern zur Seite steht das Musiktheater „I confidenti" aus Potsdam. Obwohl in der klassischen Form Musik eine untergeordnete Rolle spielte, wird das Stück auch von Barockmusik mit Theorbe, Violine, Drehleier und Fagott begleitet. Die den Blütezeiten Venedigs entlehnten Kostüme sind von der künstlerischen Leiterin Christine Jaschinsky entworfen worden.

„Hunger und Liebe" in der Bearbeitung von Allessandro Marcchetti und Luisella Sala kommt ab dem 18. Mai fünfmal

Charlie Chaplin ließ sich davon inspirieren

auf die Bühne des Schlosstheaters im Neuen Palais in Potsdam. Aufgrund von Baumaßnahmen bleibt das Theater dann geschlossen. Ab August kann man dem Vergnügen in der Orangerie im Park Sanssouci beiwohnen.

Die Figuren des Kaspers im deutschsprachigen Raum, des Guignols in Frankreich, des Punches in England, des Petruschkas in Russland wären wohl ohne die Commedia dell'Arte kaum möglich gewesen. Ob Buster Keaton, Charlie Chaplin oder Harold Lloyd – sie alle stibitzten bei ihren historischen Vorgängern. Zur Freude von uns allen.

Silvia Friedrich

Aufführungen am 18., 19., 20., 25., und 26. Mai im Schlosstheater des Neuen Palais um 16 Uhr, sonnabends um 19 Uhr. Weitere Aufführungen finden im August und September in der Orangerie von Park Sanssouci statt. Termin- und Karteninformationen unter www.i-confidenti.de.

Neuanfang

Maler Karl Eulenstein im OL Lüneburg

Der Kunsthistoriker Günter Krüger nannte das entscheidende Merkmal eines ostpreußischen Expressionismus das „Erleben des Elementaren". Das Zitat ist denn auch Titel einer Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg, in dem vom 18. Mai bis 13. Oktober das Werk des Malers Karl Eulenstein zu sehen ist.

Der 1892 in Memel [Klaipeda] geborene Künstler studierte nach seinem Einsatz im Ersten Weltkrieg an der Königsberger Kunstakademie und lebte seit 1926 freischaffend in Berlin. Er hatte durch die familiäre Anbindung und eine enge Freundschaft zu Ernst Mollenhauer und anderen Königsberger Künstlern intensive Beziehungen nach Nidden, wo er bis 1944 jedes Jahr längere Zeit wohnte und arbeitete. Er gehörte zum Kern der dortigen Künstlerkolonie.

Eulensteins „Erste Ausfahrt" aus dem Jahr 1951 Bild: OL

Durch Kriegszerstörungen verlor er 1945 fast sein gesamtes bis dahin geschaffenes Werk. Den schweren Neuanfang bewältigte er durch die Verinnerlichung seiner erlebten Eindrücke von der Kurischen Nehrung und aus dem Memelland. Er lebte in Berlin bis zu seinem Tod 1981.

In Stil und Darstellung war Eulenstein recht eigenständig. „Die Natur gibt nur das Stichwort, den Formungsdrang im Künstler zur Entladung zu bringen", schrieb er über seine Kunst. Eulenstein wurde ein tiefgehender Schilderer der Landschaft rund um das Kurische Haff, indem er ihre Menschen und ihre Umwelt in starken, meist dunkleren Farben und schweren Formen gestaltete.

Die unheroischen Figuren, die schwermütige Stimmung seiner Bilder waren alles andere als konform im Sinne der Kunst im Dritten Reich. 1937 wurden einige seiner Arbeiten als „Entartete Kunst" beschlagnahmt. Nach 1945 näherte er sich dann weiter dem expressiven Realismus an. In dieser Richtung nahm er damit einen ähnlichen Weg wie sein Freund Ernst Mollenhauer. Jedoch gelang es Eulenstein, noch stärker die Farben über die Form wirken zu lassen, womit er einen eigenen Weg im Expressiven ging. *tws*

Aufgetaucht

Bullauge der »Wilhelm Gustloff« in Altona

Das Altonaer Museum fristet in Hamburg ein kleines Schattendasein. In einem funktionellen, um 1900 entstandenen Bau an einer Parkanlage hinterm Altonaer Bahnhof gelegen, nimmt man es nicht auf Anhieb wahr. Wegen dieses Nachteils und der Tatsache, dass es wegen der großen städtischen Museumkonkurrenz lange Zeit stiefmütterlich behandelt wurde, wäre das 1863 gegründete Museum Ende 2010 fast Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen. Es sollte geschlossen werden.



„Wartende Fischersfrau" (1840) von Heinrich Tank Bild: Museum

Doch es kam ganz anders. Eine Protestwelle überschüttete den Senat und so wurde ein Rettungsplan entworfen, der sogar eine Gebäudesanierung von 2,5 Millionen Euro umfasste. Das Haus wurde tatsächlich geschlossen, aber nur für vier Monate, um die Instandsetzungsarbeiten durchzuführen. Jetzt ist das auf Heimat und Schifffahrt spezialisierte Museum wiedereröffnet und präsentiert sich in neuem Glanz.

Dabei ist es mit „Das Tod und das Meer" gleich eine düsteres Thema, dem man sich nach dem Neubeginn annimmt. Wer zur See fuhr, hatte den denkbar gefährlichsten Arbeitsplatz. Mitte des 19. Jahrhunderts scheiterten weltweit jährlich mehr als 10 000 Schiffe. Ein organisiertes Rettungswesen entstand dabei erst im 19. Jahrhundert. In der Ausstellung hat man nun Exponate zusammengetragen, die sowohl vom Untergang wie auch von der Rettung zeugen.

Eindrucksvollstes Ausstellungsstück ist dabei ein Bullauge des 1945 versenkten Flüchtlingsschiffs „Wilhelm Gustloff". Britische Taucher hatten es illegal geborgen. Da Deutschland die Rechte besitzt, kam das Stück ins Museum. Neben Gemälden wie Max Pechsteins „Kurische Gräber" der Fischer aus Nidden werden Aspekte beleuchtet wie Piraterie, die den Gang in die noch das ganze Jahr über laufende Ausstellung allemal lohnen. *tws*

Zerbrechlich

Preußen Museum Minden zeigt weißes Gold

Noch steht die Zukunft des Mindener Preußen Museums auf wackeligen Beinen. Da sich die finanzielle Situation der Stiftung Preußen Museum, unter deren Dach die beiden Institutionen in Minden und in Wesel am Rhein organisiert sind, nicht gebessert hat (siehe *PAZ* vom 8. Dezember 2012), streben die Kommunalpolitiker eine „zeitnahe Lösung" an. Wie die genau aussehen soll, ist noch nicht ganz klar. Es läuft aber wohl alles auf eine organisatorische Trennung der Preußen Museen in Minden und Wesel hinaus. Eine Schließung des Standortes in Minden, die lange Zeit befürchtet war, will die Stadt Minden offenbar unbedingt verhindern.

Vom „Ende einer Ehe" ist im Fall der Häuser in Minden und Wesel bereits die Rede. Doch damit die Scheidung auch vollzogen wird, muss das Stiftungsgeld aufgeteilt werden, wobei über die Verteilung der Gelder noch Uneinigkeit herrscht. Laut eines fraktionsübergreifenden Antrags im Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) soll die Stiftung aufgelöst und das Kapital zu gleichen Teilen zwischen dem LWL und dem Landschaftsverband Rheinland, der für den Standort Wesel zuständig ist, aufgeteilt werden. Doch dem steht eine rechtliche Problematik im Weg: Sobald die Stiftung aufgelöst wird, gehen die Gelder an das Land. So lange nicht eine neue Rechtsform gefunden ist, befinden sich die beiden Häuser in einem gefährlichen Schwebezustand.

Gebäckschale mit Konterfei Wilhelms II. Bild: Museum

Unterdessen geht das Mindener Museum in der Defensions-Caserne, in der auch das unabhängige Samland-Museum untergebracht ist, seiner gewohnten Arbeit nach und veranstaltet noch bis zum 27. Oktober eine Sonderausstellung über weißes Gold: Geschirr. In „Von kurios bis königlich – zerbrechliches Preußen in Ton und Porzellan" bietet man einen Rundgang zu den Exponaten in der Dauerausstellung an, die um Depotbestände ergänzt ist. Zu entdecken sind hochwertige Erzeugnisse der Berliner KPM ebenso wie Gebrauchskeramik sowie politisch-weltanschauliche Bekenntnis- und Propagandaobjekte von mitunter fragwürdiger Aussage. *tws*

»... wie ein Grundgesetz der Vertriebenen«

Vor 60 Jahren wurde das Bundesvertriebenengesetz verkündet – Mit Interesse begleitete das *Ostpreußenblatt* sein Entstehen

Am 22. Mai 1953 wurde die erste Fassung des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge im Bundesgesetzblatt verkündet. Zwei Wochen später trat es in Kraft. Heute kennen insbesondere Heimatvertriebene das Bundesvertriebenengesetz vor allem wegen des Paragrafen 96 betreffs der Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Aber das war nicht immer so.

Abgesehen von diesem Paragrafen 96 betrifft das Bundesvertriebenengesetz mit seinen acht Abschnitten Allgemeine Bestimmungen, Verteilung, Rechte und Vergünstigungen, Behörden und Beiräte, Aufnahme, Namensführung, Beratung, Kultur, Forschung und Statistik, Strafbestimmungen sowie Übergangs- und Schlussvorschriften heutzutage eher die Spätaussiedler als die Heimatvertriebenen. Das war nicht immer so, wie der Name bereits vermuten lässt. Das spiegelt sich auch in der Berichterstattung in der größten Vertriebenenzeitung der Bundesrepublik Deutschland, dem *Ostpreußenblatt*.

Bereits zwei Jahre vor dem Inkrafttreten stellte die Zeitung unter der Überschrift „Ein Gesetz als Charta der Vertriebenen“ den Kern des Gesetzes beziehungsweise des damaligen Gesetzentwurfs als eine Reihe von Bestimmungen vor, „die für das Schicksal der Vertriebenen sehr wichtig sind“. Was damals für den Gesetzentwurf galt, gilt heute nicht weniger für das Gesetz: „Es ist natürlich unmöglich, in einem kurzen Zeitungsaufsatz den Inhalt eines so wichtigen Gesetzesantrages erschöpfend wiederzugeben.“

Erst im übernächsten Jahr, in der Nummer 10 vom 5. April 1953, konnte das *Ostpreußenblatt* berichten: „Das Frühjahr 1953 hat auch die Vertriebenen mit allerlei Hoffnungen erfüllt. Allein es scheint, wir haben etwas zu viel erwartet und zu wenig daran gedacht, dass, wo immer Entscheidungen von Menschen abhängen, es auch allzu leicht menschelt. Freilich hat der Bundestag, wenn auch unter wenig erbaulichen Begleitumständen, das Vertriebenengesetz verabschiedet und wir sind damit nach vielen Jahren des Wartens und Zeitvertrödelns einen wesentlichen Schritt vorangekommen.“ Mit den „wenig erfreulichen Begleitumständen“, die auch dafür verantwortlich waren, dass sich die Gesetzesverabschiedung so lange hinzog, ist der Streit zwischen westdeutschen sowie ostdeutschen (und mitteldeutschen) Landwirten beziehungsweise deren Interessenvertretungen um die Verteilung des westdeutschen Grund und Bodens im Allgemeinen und deren Regelung im Vertriebenengesetz im Besonderen gemeint. Dieser „Bauernkrieg“, wie das *Ostpreußenblatt* ihn humorvoll nannte, war auch die Ursache, dass sich die Gesetzesverabschiedung länger als ursprünglich erwartet hinzog.

Mit „Grüner Front“ meint die „Ostpreußen-Warte“ – das von Hellmuth Kurt Wander herausgegebene und vom Eichland-Verlag in Göttingen verlegte „Heimatblatt aller Ost- und Westpreußen“, so der Untertitel – die Interessenvertretung der westdeutschen Landwirte, wenn es dort in der April-Nummer unter der Überschrift „Vertriebenengesetz verabschiedet“ heißt: „Das Bundesvertriebenengesetz ist nach heißen und harten Kämpfen vom Bundestag am Mittwoch, den 25. März mit Dreiviertelmehrheit verabschiedet worden, so dass es in Kürze in Kraft treten wird. Die Funktionäre der ‚Grünen Front‘ hatten in den Beratungen der letzten Wochen alles aufgeboten, um die für die heimatvertriebenen Bauern günstigen Bedingungen zu Fall zu bringen. Sie können den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, dass ihnen ihr kurzsichtiges und engstirniges Vorhaben im Großen und Ganzen gelungen ist. Die um ihre Wiederwahl in den Bundestag besorgten Vertreter der ‚Grünen Front‘ haben einen echten Ausgleich verhindert und damit zahllosen ostvertriebenen Bauern die Möglichkeit genommen, im Westen wieder sesshaft zu werden. Die turbulenten Szenen im Bundestag bei den Beratungen über das Vertriebenen-Gesetz bewiesen, wie sehr gewisse Volksvertreter von einem gesamtdeutschen Denken und Fühlen entfernt sind.“

Nach dieser Abrechnung mit der „Grünen Front“ führt die Zeitung aus, was trotz deren Widerstands von der bevorzugten landwirtschaftlichen Ansiedlung von Vertriebenen im Vertriebenengesetz übriggeblieben ist, beispielsweise, „dass bei der Vergabe von Neusiedlerstellen das neu anfallende Siedlungsland nach Fläche und Güte ‚mindestens zur Hälfte‘ den Vertriebenen zuzuteilen ist. Die Einheimischen sind ‚gleichrangig‘ zu berücksichtigen. Die ursprünglich im Gesetz vorgesehene Steuer- und Abgabenvergünstigung in Fällen der Einheirat von Vertriebenen fiel dagegen auf Drängen der ‚Grünen Front‘ fort. Auch die Bestimmung, dass landwirtschaftliche Gebäude und Ländereien für die Ausstattung eines sogenannten wüsten Hofes in Anspruch genommen werden könnten, fiel der Opposition der ‚Grünen Front‘ zum Opfer. Das Gesetz bestimmt jetzt lediglich, dass nur solches Land in Anspruch genommen werden kann, dass sich im Eigentum des Bundes und der Länder befindet. Private Ländereien können für die Vertriebenenansiedlung nur dann beansprucht werden, wenn sie schlecht bewirtschaftet sind. Hierdurch wird die pachtweise Inanspruchnahme von Land also erheblich eingeschränkt.“

Das Vertriebenengesetz sollte auch ihnen die Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft erleichtern: Mutter mit Kindern im Flüchtlingslager Harkenbleck bei Hannover

Bild: BpK

Trotz dieser Einschränkungen und der beklagten Erfolge der „Grünen Front“ – ein Begriff, den Kenner der österreichischen Geschichte eigentlich eher mit der in der Ersten Republik durch den Landbund für Österreich gegründeten Bauernwehr verbinden – stimmten auch die Vertriebenenvertreter in der Regierungskoalition für das Vertriebenengesetz. Der damalige Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Linus Kather, der für die Regierungspartei Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) im Deutschen Bundestag saß, begründete diese Zustimmung mit den übrigen Teilen des Gesetzes.

Auch der Bauernverband der Vertriebenen fällte auf seiner Mitgliederversammlung ein letztlich positives Urteil über das Gesetz: „Die heimatvertriebenen Landwirte haben lange auf dieses Gesetz warten müssen. Die Bestimmungen des landwirtschaftlichen Teiles erfüllen nicht alle Erwartungen, die auf die notwendige Landbeschaffung gesetzt wurden. Dennoch sehen wir in dem Gesetz die Grundlage und Voraussetzung zur beschleunigten Eingliederung und damit zur Erhaltung des ostdeutschen Bauerntums. Wir danken allen denen, die unbeirrt für dieses Gesetz eingetreten sind.“

Am 24. April 1953 stimmte schließlich auch der Bundesrat zu. Unter der Überschrift „Vertriebenengesetz wird Wirklichkeit“ war dann am 1. Mai in den „Ostpreußischen Nachrichten“, die von der gleichnamigen Verlags- und Vertriebsgesellschaft im Haus der ostdeutschen Heimat in Berlin herausgegeben wurden, auch zu lesen, warum das Gesetz trotz der als unzulänglich empfundenen landwirtschaftlichen Bestimmungen seitens der Vertriebenen eine breite Zustimmung fand: „Mit dem Bundesvertriebenengesetz ist neben das Lastenausgleichsgesetz, in dem die Entschädigung aller durch den Krieg und die Kriegsfolgen Betroffenen geregelt wird, so etwas wie ein Grundgesetz der Vertriebenen getreten. In dem Gesetz wird zum ersten Mal eine eindeutige Definition der Begriffe ‚Heimatvertriebene‘, ‚Vertriebene‘ und ‚Sowjetzonenflüchtlinge‘ gegeben und ihre Rechte und Vergünstigungen einheitlich geregelt. In dem Gesetz werden die besonderen Eingliederungsmaßnahmen für die einzelnen Berufsgruppen der Vertriebenen zusammengefasst und festgelegt. Beschränkungen im geltenden Landes- und Gemeinderecht, die darin bestehen, dass die Ausübung von Rechten an besondere Beziehungen wie Geburtsort und Wohnsitz zu einem Land oder einer Gemeinde geknüpft sind, werden in Zukunft für die Vertriebenen entfallen. Das Gesetz sieht auch eine grundsätzliche Gleichstellung mit den Einheimischen auf dem Gebiet der Sozialversicherung vor und enthält eine Schuldenregelung für die Vertriebenen. Das Gesetz enthält weiter einen Rechtsanspruch auf Familienzusammenführung.“

> Der Paragraf 96 war damals nicht von primärem Interesse

Rückblickend lässt sich feststellen, dass die Integration der Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland gelungen ist wie kaum eine andere Eingliederung von Flüchtlingen vergleichbarer Größenordnung in der Geschichte. Der Erfolg hat viele Väter. Wenn es auch umstritten sein mag, inwieweit dieser eine Folge des Bundesvertriebenengesetzes, des damit nicht zu verwechselnden Lastenausgleichsgesetzes, des Einsatzes der Vertriebenen oder der Solidarität der Westdeutschen ist, so ist er selber doch nicht zu leugnen.

Allerdings ist es auch gerade diese gelungene Integration, die jenen Gegnern der Vertriebenen im In- und Ausland in die Hände spielt, die auf eine biologische Lösung setzen. Da die der Erlebnisgeneration folgenden Generationen in der Regel in relativem Wohlstand aufgewachsen sind beziehungsweise aufwachsen und in Staat und Gesellschaft nicht gegenüber Gleichaltrigen benachteiligt werden, ist häufig kein Leidensdruck, keine Sehnsucht nach der Heimat der Vorväter, in der es einem vermeintlich besser ergehen würde, vorhanden. Wenn nicht ohnehin global gedacht wird, findet häufig eine Identifikation mit der bundesdeutschen Gegend statt, in der man geboren und aufgewachsen ist. Dort hat man eine Kindheit in geordneten Verhältnissen verlebt, ist als Gleicher unter Gleichen behandelt worden. Das geht im Zweifelsfall sogar so weit, dass eine Hamburger Studentin mit Vertriebenenhintergrund ernsthaft meinte, sie sei froh, dass ihre Eltern vertrieben worden seien, denn so lebe sie in einer pulsierenden Weltstadt statt in der Pampa.

Es ist nicht zuletzt auch die in dieser Aussage zum Ausdruck kommende Kombination aus fehlender Identifikation mit den Vertreibungsgebieten und Unwissenheit über deren hohen kulturellen Entwicklungsstand, die den Paragrafen 96 heute wichtiger denn je macht. Denn vor 60 Jahren waren die materiellen Probleme groß, aber dafür war die Bedeutung der Vertreibungsgebiete noch präsent. Heute ist es eher umgekehrt. Für viele Multiplikatoren in den Medien, aber auch in den staatlichen Bildungseinrichtungen endet Deutschland an Oder und Neiße, und das nicht nur in der Gegenwart, sondern auch rückwirkend für die deutsche Geschichte. Da ist der Paragraf 96 ein Anknüpfungspunkt zur Gegenwehr.

Manuel Ruoff

Die Osmanen hören auf, eine Macht Europas zu sein

Vor 100 Jahren endete der Erste Balkankrieg mit dem Londoner Vertrag – Anerkennung der Unabhängigkeit Albaniens

Bereits 1852 hatte der russische Zar Nikolaus I. die Türkei als „kranken Mann am Bosporus“ verhöhnt. Das Osmanische Reich besaß zwar eine Armee von 470 000 Soldaten, war im Grunde aber militärisch schwach. 99 Prozent der Soldaten waren Analphabeten, Ausrüstung und Nachschub veraltet, Luftwaffe und Marine kaum vorhanden, das Eisenbahnnetz wenig ausgebaut.

Auch politisch war die Türkei gelähmt. Im sogenannten Mürzsteger Programm hatte sie 1903 Russland und Österreich-Ungarn zwar umfangreiche innere Reformen zugesagt, aber den Worten keine Taten folgen lassen und so Aufstände in Makedonien und anderen Gebieten des Balkans provoziert. 1908 breitete sich mit der „jungtürkischen Revolution“ ein militanter Chauvinismus aus, der die nichttürkischen Untertanen weiter reizen musste. Das Imperium war am Ende. Schon damals prophezeite der deutsche Militär Helmut Graf von Moltke, 1836/39 Instrukteur der türkischen Armee, dass die Türkei nur fortbestehen könne, wenn man sie radikal auf ihre „naturgemäßen Grenzen“ zurückstutzte, etwa ihr „in Europa nur Konstantinopel“ ließe.

Die Balkanvölker, formal noch Untertanen der Hohen Pforte, hatten von ihr genug, da sie von korrupten Steuerpächtern und Banden räuberischer „Bashi-bozuk“ gleich mehrfach bedrängt wurden. Diese Schwäche der Türkei nutzte Russland, wo davon geträumt wurde, endlich das „Griechische Projekt“ Katharinas der Großen realisieren zu können, die Restitution von Byzanz – unter russischer Herrschaft. Nicht umsonst hatten die russischen Zaren den Kaisertitel vom oströmischen Reich übernommen, sahen sich in der Tradition des oströmischen Reiches wie die römisch-deutschen Kaiser in der Tradition des weströmischen. Sankt Petersburg brachte die Balkanvölker auf seine Seite und stoppte so das Vordringen der Habsburgermonarchie, die 1908 Bosnien annektiert hatte. 1912 initiierte es ein Netzwerk von Bündnissen zwischen Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland, den „Balkanbund“. Zudem bot es sich als Vermittler für absehbare Territorialkonflikte an, was nur das franko- und anglophile Griechenland ablehnte.

> Unzufriedenheit Bulgariens führte zum Zweiten Balkankrieg

Der Krieg war vorbereitet, nun bedurfte es nur noch eines Anlasses. Von Katharina der Großen, ab 1774 „Protektorin der slawischen Balkan-Christen“, wusste man, dass Osmanen auf Machtansprüche in religiöser Verpackung höchst gereizt reagierten. Ergo forderten die Balkanstaaten 1912 ultimativ Autonomie für Makedonien, Albanien, Epirus und andere Gebiete mit „christlichen Gouverneuren“ an der Spitze. Das lehnten die Osmanen entrüstet ab, worauf am 30. September Mobilmachungen von Sofia bis Athen erfolgten.

Von den Mobilmachungen war jene Montenegros als erste abgeschlossen. Am darauffolgenden Tag, dem 8. Oktober 1912, erklärte der Kleinstaat dem Osmanischen Reich den Krieg. Serbien, Bulgarien und Griechenland folgten neun Tage später. Auf dem Balkan standen 25 000 bis 40 000 Montenegriner, 350 000 Bulgaren, 250 000 Serben und 100 000 Griechen nur 290 000 Osmanen gegenüber. Nichtsdestotrotz waren die Türken in den Schlachten von Kumanovo, Thessaloniki, Lüleburgas und Kirk-Kilisse zahlenmäßig überlegen – was ihnen aber nichts nützte, denn sie verloren sie trotzdem. Zigtausende von ihnen fielen oder gerieten in Gefangenschaft.

Im Grunde hätte der Krieg nach vier, fünf Wochen mit einem Sieg der osmanischen Gegner beendet sein können, aber in Sankt Petersburg und London ging die Angst um, dass die Meerengen am Bosporus unter bulgarische Kontrolle gerieten, falls der einseitige Kampf so weiterginge. Durch Waffenstillstandsabkommen und Friedensverhandlungen, die am 16. Dezember in London begannen, versuchten die „Großmächte“ den Siegeslauf der Balkanheere zu stoppen. Der Versuch scheiterte jedoch. Ende Januar 1913 nahmen die Bulgaren die Kampfhandlungen wieder auf und eroberten zusammen mit den Serben die starke Festung Adrianopel. Der Krieg loderte erneut auf, erstmals auch in verlustreichen Seegefechten, vor allem zwischen Griechen und Osmanen.

Am 1. Mai 1913 erreichten dann die Osmanen einen Waffenstillstand, der länger hielt. Am selben Tag wurden im Londoner Saint James Palace die Friedensverhandlungen wieder aufgenommen. Sie mündeten in den Londoner Friedensvertrag vom 30. Mai 1913. Der Kriegsverlierer Ostmanisches Reich wurde bis zu einer Linie zwischen Midia am Schwarzen Meer und Enez an der Ägäisküste aus Europa zurückgedrängt. Albanien erhielt seine Unabhängigkeit und Serbien, Griechenland sowie Montenegro konnten ihr Territorium ungefähr verdoppeln. Bulgarien erhielt Thrakien, wünschte darüber hinaus allerdings weite Teile des vormals osmanischen Makedonien, die statt ihm aber Serbien zugeteilt wurden. Keine zwei Monate später reagierte Sofia hierauf mit der Entfesselung des Zweiten Balkankrieges.

Wolf Oschlies

Wird die SPD wirklich 150 Jahre alt?

Vor eineinhalb Jahrhunderten wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet

Dieser Tage wird in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 150. Geburtstag gefeiert. Historisch korrekt ist dieses allerdings nur, wenn man die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für die Geburtsstunde der SPD hält. Andernfalls könnte man auch von 138 oder gar nur 123 Jahren SPD sprechen.

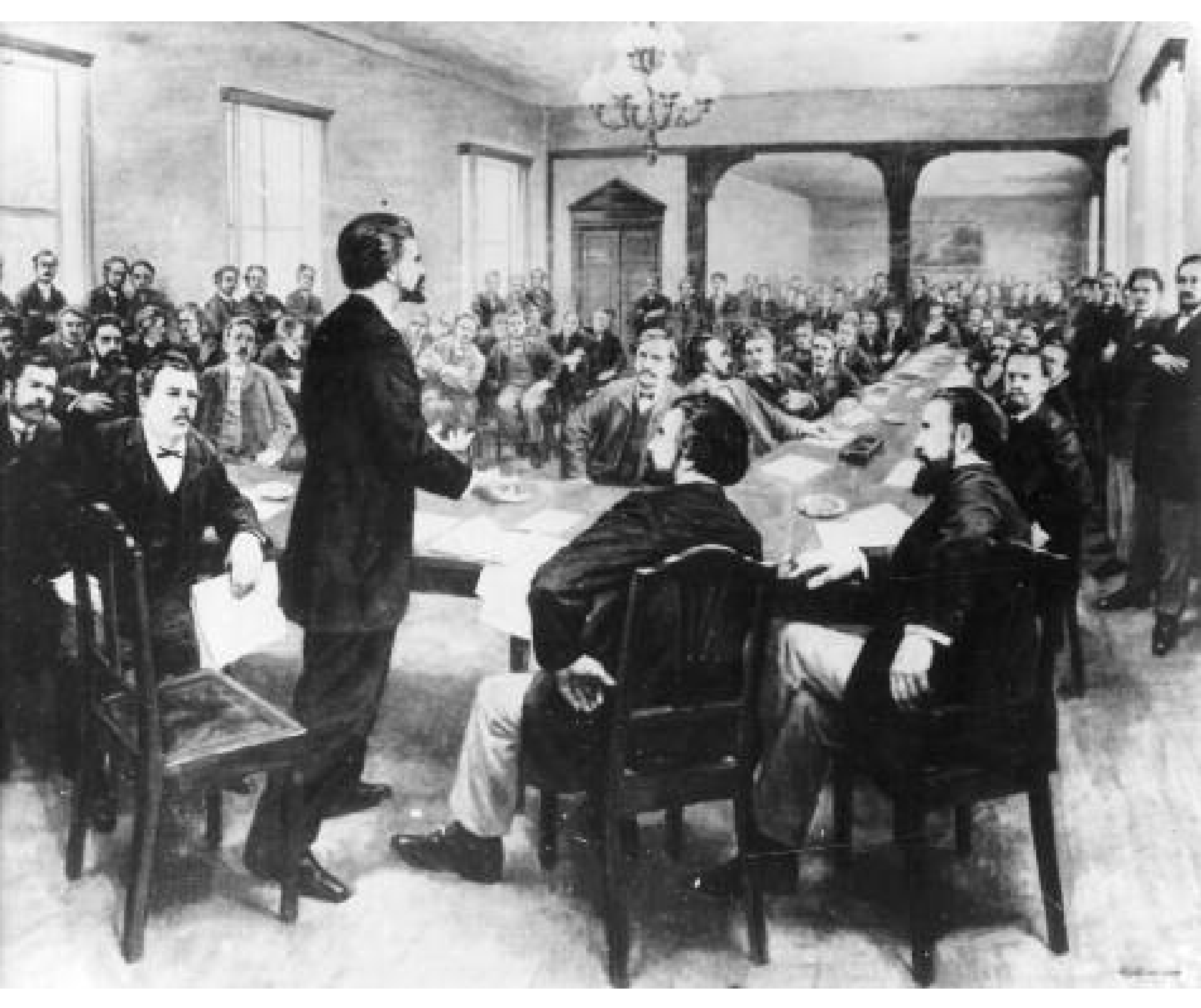
Zu Zeiten der Französischen Revolution von 1789 bestanden die Generalstände aus drei Ständen, dem Adel, dem Klerus und dem unterprivilegierten Bürgertum. Im Zuge der Industrialisierung entstand dann ein sogenannter vierter Stand, die ebenfalls unterprivilegierte Arbeiterschaft. Letztere stand nun vor der Frage, ob sie gemeinsam mit dem liberalen Bürgertum für die Gleichberechtigung kämpfen solle oder getrennt. Der bei vielen Arbeitern beliebte und wegen seines Redetalents geschätzte Politiker und Intellektuelle Ferdinand Lassalle gab darauf eine eindeutige Antwort: „Der Arbeiterstand muss sich als selbstständige politische Partei konstituieren.“ Am 23. Mai 1863 gründete er deshalb mit Gleichgesinnten im Leipziger Pantheon einen „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (ADAV). Zur prägenden Figur dieses Vereins wurde Lassalle. Er wurde zum Präsidenten gewählt. In dieser Funktion besaß er weitgehende Handlungsfreiheit, da er erst nachträglich die Zustimmung des 23-köpfigen Vorstandes einholen musste. Auch bestimmte er das Programm der Partei.

Dass Lassalle die Loslösung der Arbeiterschaft vom liberalen Bürgertum erstrebte, passt zu seinem antiliberalen Ansatz. Den Versuch, entsprechend den Gesetzen des Marktes durch Kartellbildung der Arbeit in Gewerkschaften deren Preis, sprich die Löhne, zu erhöhen, lehnte er als vergebliche Liebesmühe ab. Entsprechend dem von ihm behaupteten sogenannten ehernen Lohngesetz konnten sich die Löhne nämlich nicht immer nur um das Existenzminimum herum bewegen. Statt auf Gewerkschaften setzte er auf Produktivgenossenschaften, sprich die Arbeiterschaft als Arbeitgeber. Diese Genossenschaften sollten sich nicht etwa auf dem freien Markt gegenüber den konventionellen Unternehmen in Privatbesitz bewähren, sondern vom Staat gefördert werden. Vor diesem Hintergrund wünschte er einen starken, interventionistischen Staat. Folgerichtig suchte er das Bündnis mit Otto von Bismarck, der sich damals gerade anschickte, als dessen Ministerpräsident einen starken preußischen Staat aufzubauen.

> Der ADAV war antiliberal und antimarxistisch

Lassalles Strategie setzte ein grundsätzlich positives Staatsbild aus Arbeitersicht voraus. Und das hatte er. Das Wahlrecht schien in seinen Augen der zahlenmäßig zunehmenden Arbeiterschaft die Chance zu geben, den Staat unter seinen Einfluss zu bringen, wenn nicht sogar zu seinem Mittel zu machen. Folgerichtig setzte sich Lassalle dafür ein, dass die Arbeiter diese vermeintliche Chance nutzten. So forderte er, dass sich der Arbeiterstand nicht nur als selbstständige politische Partei konstituieren müsse, sondern er müsse auch „das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Losungswort und Banner dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands – dies ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann.“ Mit diesem Willen zum starken Staat widersprach Lassalle nicht nur dem Marxismus, der den Staat als vermeintlichen Interessenvertreter der besitzenden Klasse mit revolutionären Mitteln überwinden will, sondern auch den Liberalismus, der auf einen schlanken sogenannten Nachtwächterstaat setzt, welcher sich auf die Aufgaben innere und äußere Sicherheit beschränkt.

Noch im Jahr der ADAV-Gründung wurde von liberaler Seite als Konkurrenzorganisation der „Vereinstag Deutscher Arbeitervereine“ (VDAV) gegründet. In dieser ursprünglich liberalen Arbeiterorganisation gewann ein marxistischer Flügel zusehends die Oberhand. Deutlich wird dieser Trend darin, dass sich 1867 bei der Wahl des Vorsitzenden der Marxist August Bebel gegen den Liberalen Max Hirsch durchsetzen konnte.



August Bebel vor den Delegierten: Gothaer Einigungskongress vor 128 Jahren Bild: Ullstein

Eine Sonderentwicklung gab es im stärker industrialisierten Sachsen. Dort schlossen sich nach dem preußischen Sieg und der sächsischen Niederlage im Deutschen Krieg Lokalpatrioten und Marxisten 1866 in der Sächsischen Volkspartei zusammen. Der gemeinsame Gegner war Otto von Bismarcks Preußen und die von diesem erstrebte eher zentralistische kleindeutsche Lösung der deutschen Frage unter dessen Führung statt einer eher föderalistischen großdeutschen Lösung.

Doch weder die grundsätzlich kritische Haltung gegenüber dem (starken) Staat im VDAV noch die Ablehnung von Bismarcks Streben nach einem starken Nationalstaat in der Sächsischen Volkspartei genügten längerfristig als Kitt, um Bürgerliche und Marxisten in einer Organisation zusammenzuhalten. Der marxistische Flügel der Sächsischen Volkspartei, die sich 1869 auflöste, und der VDAV, den mittlerweile bereits viele Liberale verlassen hatten, bildeten den Kern, als sich 1869 unter der Führung der Marxisten Bebel und Wilhelm Liebknecht die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) als VDAV-Nachfolger gründete. Im Gegensatz zu Lassalle setzte diese eher marxistische Partei auf Gewerkschaften, Revolution und den Internationalismus statt der von Bismarck verfolgten Nationalstaatsgründung.

Über die Jahre kam es jedoch zu einer Annäherung zwischen den beiden Arbeiterparteien. Einerseits hatte auch Lassalles ADAV nach dessen Tod im Jahre 1864 die Gewerkschaftsarbeit aufgenommen. Andererseits hatte Preußen bis 1871 die deutsche Frage mit der Reichsgründung im kleindeutschen Sinne gelöst, so dass über diese Frage nicht mehr gestritten werden brauchte. Außerdem sorgten Repressionen des Staates, die sich nicht nur gegen SDAP- sondern auch gegen ADAV-Funktionsträger richteten, dafür, dass sich die antimarxistische Lassallesche Staatsbejahung im ADAV relativierte. 1875 schlossen sich ADAV und SDAP auf dem Gothaer Einigungskongress vom 23. bis 27. Mai 1875 zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP) zusammen. Angesichts der Bedeutung, welcher der Marxismus für die SPD zumindest in deren Entwicklung gespielt hat, spricht einiges dafür, die Geschichte dieser Partei erst mit dem Zusammenschluss der Lassalle-Gründung mit den SDAP-Marxisten vor 138 Jahren beginnen zu lassen.

Schließlich ließe sich die Geburt der SPD auch noch später, nämlich im Jahre 1890 verorten. Das Deutsche Historische Museum spricht zwar einerseits in seinem Internetauftritt davon, dass die SAP nach Aufhebung des 1878 in Kraft getretenen Sozialistengesetzes „1890 in Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD) umbenannt“ worden sei. Andererseits heißt es dort aber auch: „Mit der SAP, die 1878 durch das ‚Sozialistengesetz‘ verboten wurde, entstand eine Vorläuferorganisation der 1890 gegründeten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)“.

Manuel Ruoff

Als erste Frau schneller als der Schall

Jacqueline Cochran hält die meisten internationalen Geschwindigkeits-, Strecken- und Höhenrekorde

Am 19. Mai 1953 steuerte sie eine Canadair „Sabre Mk. 3“, einen kanadischen Lizenzbau der amerikanischen North American F-86 „Sabre“, über einen Messkurs nahe des Erprobungszentrums der US-Luftwaffe und erreichte in einem flachen Sturzflug Mach 1, sprich Schallgeschwindigkeit. Sie wiederholte den Flug, weil beim ersten Mal niemand am Boden einen Überschallknall gehört hatte. Dieses Mal verursachte der Knall eine Panik auf einer nahe gelegenen Hühnerfarm. Als sich der Farmer beschwerte, antwortete sie: „Zeigen Sie mir die toten Hühner, und ich bezahle!“ Diese Geste fiel Cochran leicht, denn sie war nicht nur eine bekannte Fliegerin, sondern auch Inhaberin eines florierenden, international tätigen Kosmetikunternehmens.



Meisterin am Steuerknüppel: Jacqueline Cochran Bild: Archiv

Jacqueline oder „Jackie“ Cochran kam aus sehr einfachen Verhältnissen. Geboren um 1906 in Florida, wuchs sie als Pflegekind bei einer armen Familie auf. Cochran war nicht ihr richtiger Familienname, sondern einer, den sie sich im Telefonbuch ausgesucht hatte. Als Kind arbeitete sie zunächst in einer Baumwollspinnerei, dann in einem Schönheitssalon, in dem sie als Friseurin ausgebildet wurde.

Etwa 1921 trat sie eine Stelle in einem Schönheitssalon in Montgomery, Alabama an, legte sehr erfolgreich Dauerwellen auf Provisionsbasis und war schließlich Mitinhaberin. Aus dem Waisenkind war eine erfolgreiche Geschäftsfrau geworden. 1929 ging sie nach New York, um dort für einen Salon auf der Fifth Avenue zu arbeiten. 1932 lernte sie den jungen Unternehmer Floyd Odlum kennen, den sie 1936 heiratete. Odlum gehörte damals die Atlas Aircraft Corporation, aus der später der Luftfahrtkonzern Convair hervorgehen sollte. Ihm erzählte sie von ihrem Traum, eine eigene Kosmetikfirma zu gründen.

Zu Zeiten der Großen Depression klang das mehr als nur ein bisschen verrückt. „Um das Gebiet abzudecken, das in diesem wirtschaftlichen Klima nötig ist, um Geld zu verdienen, brauchst du Flügel“, sagte Odlum, „mach' den Pilotenschein!“ Cochran wettete mit ihm, dass sie ihre Lizenz in drei Wochen schaffen würde, und meldete sich bei einer Flugschule auf Long Island an. Drei Wochen später machte sie ihren ersten Alleinflug. Odlum hatte seine Wette verloren und bezahlte ihren Flugschein.

Damit begann ihre zweite Karriere als Fliegerin. 1934 nahm sie als erste Frau am MacRobertson-Luftrennen von London nach Australien teil, ein Jahr später am Bendix Tanscontinental Air Race zwischen Los Angeles und Cleveland. Im selben Jahr verwirklichte sie ihren Traum und gründete „Jaqueline Cochrane Cosmetics“, ein Unternehmen, das sie bis 1964 leiten sollte. Es machte sie reich.

In den 30er Jahren setzte sie nicht nur durch ihre Rennteilnahmen Maßstäbe. Sie testete den ersten Turbolader, der jemals in ein Flugzeugtriebwerk eingebaut wurde, und 1938 erprobte sie das erste Flugzeug mit Tanks in den Tragflächen, eine Seversky P-35, den damals modernsten US-amerikanischen Jäger. Als erster Mensch flog sie mit einer Sauerstoffmaske über 6000 Meter hoch. Und sie war die erste Pilotin, die nur mit Instrumenten landete. 1938 gewann sie das Bendix-Rennen. Zudem erhielt Cochran zahlreiche Auszeichnungen für ihre fliegerischen Leistungen. Die wichtigste war die „Harmon Trophy“, die höchste fliegerische Auszeichnung, die Amerika zu vergeben hatte. Sie sollte noch 13 weitere „Harmon Trophies“ gewinnen.

> Sie organisierte die Überführung von Militärmaschinen durch weibliche Zivilisten

Im Zweiten Weltkrieg baute sie die „Women Air Service Pilots“ (WASP) auf, die für das US-Militär Flugzeuge erprobte und nach Großbritannien überführte, wo sie dann den Kampfpiloten für ihre Einsätze übergeben wurden. Rund 1000 Frauen flogen rund 60 Millionen Meilen für die US-amerikanischen Luftstreitkräfte und steuerten so ziemlich jeden Typ, der damals gebaut wurde.

Nach dem Krieg nahm Cochran wieder an Luftrennen teil und lernte, die neuen Düsenjäger zu fliegen. Sie hatte Fluglehrer wie den Kampfflieger und Testpiloten Chuck Yeager, der 1947 als erster die Schallmauer durchbrach. Nach dem Krieg erwuchs der US-Amerikanerin jedoch auf dem europäischen Kontinent mit der französische Fliegerin Jacqueline Auriol eine ernsthafte Herausforderung. Die elf Jahre jüngere Europäerin kam im Gegensatz zu ihr aus großbürgerlichen Verhältnissen. Auriols Ehemann Paul Auriol war der Sohn des französischen Nachkriegspräsidenten Vincent Auriol, dessen Sekretärin Jacqueline einige Jahre gewesen war. Allerdings fand sie den Job langweilig. Ihr Mann Paul, ebenfalls Pilot, unterstützte sie dabei, das Fliegen zu lernen. Also lernte Auriol Kunstfliegen und ließ sich zur Testpilotin ausbilden. Zwischen 1948 und 1954 bestand sie Prüfungen für sechs verschiedene Pilotenscheine, einschließlich der Lizenz für Militärpiloten und zum Steuern von Hubschraubern. Aber 1949 stürzte sie in einem Wasserflugzeug ab und überlebte nur mit schweren Verletzungen und Verbrennungen. In über 20 Operationen musste ihr Gesicht wiederhergestellt werden. Bei einem Aufenthalt in den USA lernte sie Jackie Cochran kennen. Die beiden waren zunächst befreundet, aber die Jagd nach dem Geschwindigkeitsrekord und dem Titel „Schnellste Frau der Welt“ machte sie zu Konkurrentinnen.

1951 brach Auriol den bis dahin von Cochran gehaltenen Geschwindigkeitsrekord für Frauen in einer DeHavilland „Vampire“. Dem folgte zwei Jahre später Cochrains Überschallflug vom 19. Mai 1953. Danach wechselte der Titel „Schnellste Frau der Welt“ neunmal zwischen beiden hin und her. Auriol flog zunächst „Mystère“-Jets, dann die legendäre und ebenfalls von Dassault Aviation produzierte „Mirage III“, als es darum ging, Mach 2 zu überschreiten. Jackie Cochran steuerte den damals neuen Überschalltrainer Northrop T-38 „Talon“, schließlich eine Lockheed F-104. Mit dem „Starfighter“ flog sie dann am 11. Mai 1964 rund 2300 Kilometer pro Stunde schnell und stellte damit einen Geschwindigkeitsrekord auf, der bis heute ungebrochen ist. Cochran starb 1980; Auriol überlebte sie um 20 Jahre.

Friedrich List

Undank ist Tapperts Lohn

Zu: „Eine Meldung genügt schon“ (Nr. 18)

Die aktuell aufbrandende Empörung über die Waffen-SS-Vergangenheit des Schauspielers Horst Tappert alias Oberinspektor Derrick ist Ausdruck eines sensationsgierigen, aber völlig weltfremden Zeitgeistes. Nahezu alle Männer der Geburtsjahrgänge 1894 bis 1928 haben in den Reihen von Wehrmacht oder der Waffen-SS gestanden, um als Soldaten im guten Glauben an die Gerechtigkeit ihrer Sache dem Vaterland zu dienen.

Selbst Hunderttausende Männer aus den europäischen Nachbarländern (die skandinavischen Länder, Niederlande, Wallonien/Flandern, Frankreich und so weiter) haben sich freiwillig angeschlossen, um als Soldaten ihre Heimat vor dem Kommunismus zu schützen.

Daher war es bis vor wenigen Jahren ganz selbstverständlich, dass diese Männer von der Öffentlichkeit anständig behandelt wurden. Man denke nur an Ritterkreuzträger Erich Mende (FDP und CDU), der zeitweise Stellvertreter des Bundeskanzlers war und sich nicht scheute, bei offiziellen Empfängen seine militärischen Auszeichnungen zu zeigen.

Spätere Jahrgänge, wie Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl, waren Mitglied im Jungvolk und der Hitlerjugend, ohne dass sie später schlechtere Menschen wurden. Daher ist es in keinster Weise verwunderlich, dass es bei nahezu allen Prominenten der Nachkriegszeit eine entsprechende „anrüchige“ Vergangenheit zu entdecken gibt. Nur ganz wenige Männer waren nicht Soldat oder Mitglied der damaligen Staatsjugend. Einer davon war Herbert Frahm alias Willy Brandt, dessen Werdegang wiederum berechtigten Anlass zu anderen unschönen Spekulationen gibt.

Man kann wohl davon ausgehen, dass die jetzigen Erkenntnisse über Tappert das Ergebnis von systematisch durchgeführten Recherchen sind, wie sie selbst von den alliierten Kriegsgewinnern nicht angestellt wurden. Ob das im Sinne der Wehrmachtsauskunftstelle ist? Über allem steht nach meiner Meinung die Diffamierung einer Generation, der die jetzigen Schnüffel-Gutmenschen ihre Existenz und ihren Wohlstand zu verdanken haben. Doch Undank ist der heutigen Deutschen Lohn.

Sylvie Becker, Bad Homburg

Liegt es an den Genen?

Zu: „Was waren die Ursachen jener Gewalt-Orgie?“ (Nr. 13)

Einen Artikel wie den von Ingo von Münch „Was waren die Ursachen jener Gewalt-Orgie?“ in der *PAZ* zu finden erstaunt. Ein Satz wie: „Es wird gelegentlich darüber diskutiert, ob Hitler damit einem bevorstehenden Angriff Stalins seinerzeit nur zuvorgekommen ist“, muss verwundern. Seit letzteres besonders von ausländischen Historikern (auch russischen) nachgewiesen worden ist, besteht kein Bedarf an einer Diskussion darüber.

Sind diese neueren Forschungsergebnisse an Herrn von Münch vorbeigegangen? Diese geschichtlichen Tatsachen machen es unstatthaft, von Hitlers Überfall auf die Sowjetunion zu sprechen. Ob und inwieweit sich bei den in der russischen Armee dienenden Männern andere Gene finden als bei denen aus dem westlichen Europa, müsste eine wissenschaftliche Analyse zeigen. Ingo von Münch verneint es. Ob sich die Rotarmisten anders verhalten hätten, wenn nicht die deutschen Soldaten zuerst in Russland, sondern die russischen infolge des durch Stalin geplanten Angriffskrieges zuerst in Deutschland einmarschiert wären?

Ilja Ehrenburgs verheerender Einfluss ist hinreichend bekannt, aber schwer erklärbar bleibt dennoch die grausame Folter- und Mordlust, die viele Rotarmisten während und nach den Vergewaltigungen auslebten, wie wir es sonst nur bei Psychopathen und Sexualmördern finden.

Brigitte Bean-Keiffenheim, Frankfurt am Main

Allianz aufleben

Zu: „Zurück zum alten Feindbild“ (Nr. 19)

Das klingt ja fast ein bisschen wie die alte preußisch-englische Allianz im Siebenjährigen Krieg. Fakt ist, dass Großbritannien durch sein überflüssiges Eingreifen in beide Weltkriege unglaublich viel verloren und nichts gewonnen hat. Ja, warum sollten England und Deutschland nicht wieder kooperieren und so auch langsam wieder genesen vom 20. Jahrhundert.

Jörn Gebert, Frankfurt am Main

Nichts ging besser

Zu: „Offenes Ohr für all jene aus dem Osten“ (Nr. 18)

Weder von den Russlanddeutschen, den Russen selbst und erst recht nicht von den Altvertriebenen werden viele *PAZ*-Leser positive Worte über die Tätigkeit des Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, Horst Waffenschmidt, hören. Besonders bei einer von ihm geleiteten Versammlung haben wir uns – der Bauernverband der Vertriebenen und andere Organisationen – sehr gedemütigt gefühlt. Waffenschmidt wollte, wie sein Chef, ohne die Mitwirkung der damals vom Kommunismus Gezeichneten alles besser machen.

Für das Geld, das seinerzeit in die Ostblockstaaten floss, könnte der Aufbau in Mitteldeutschland heute wesentlich weiter sein und würde nicht in unbekannten Kanälen versickern.

Karl Feller, Laurenziberg

Kind seiner Zeit

Zu: „Auch für Horst Tappert gilt die Unschuldsvermutung“ (Nr. 19)

Horst Tappert hatte in der Waffen-SS gedient. Na und? Zehntausende jugendliche Zeitgenossen verschiedenster Nationalität taten es ihm gleich: Niederländer und Dänen genauso wie Schweizer und Liechtensteiner.

Andere wiederum hatten sich wenige Jahre zuvor den von Stalin gesteuerten Roten Brigaden des Spanischen Bürgerkriegs angeschlossen. Über all die Beweggründe zu urteilen, steht uns heute nicht zu. Jeder ist bloß ein Kind seiner Zeit. Auch werden Reife und Weitblick niemandem in die Wiege gelegt.

Man nehme sich ein Vorbild an der Schweizer Militärjustiz, die den aus fremden Kriegsdiensten heimkehrenden Delinquenten, so auch den Soldaten der Waffen-SS, bei aller Gesetzesstrenge stets mit größter Fairness und Sachlichkeit begegnete.

Vincenz Oertle, Gais/Schweiz



Der Staat muss schon um Verständnis bitten, wenn Steuergelder verbaut werden: Dafür bringen die Bürger aber nur Unverständnis auf, wenn die Gelder in sinnlosen Projekten versickern Bild: pa

Das TV täuscht

Zu: „Der Zweck heiligt die Bilder“ (Nr. 17)

Autor Hans Heckel bemerkt, „dass bei einer gut gemachten Fernsehreportage Bilder und Botschaft gänzlich verschieden sein können“. Solche Art der Berichterstattung hat Tradition. So berichtete die „heute“-Sendung 2011 über die Eröffnung des Klimagipfels in Durban, auf dem es um die Reduzierung der CO_2-Emissionen ging. Aber was für Bilder zeigte der Sender? Die Dunstglocke über Peking und ein paar Chinesen, die mit Mundschutz durch die Straßen gingen.

Es sah in der Tat schlimm aus. Der Haken ist nur, dass die dicke Luft von Ruß, Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid herrührt und mit CO_2 so gut wie nichts zu tun hat. So werden wir manipuliert; fragt sich nur, ob aus Unwissenheit oder aus Boshaftigkeit der Nachrichtenredaktion.

Dr. Burkhard Hofmeister, Bad Reichenhall

Es fehlt etwas

Zu: „Baumeister der Staatsnation“ (Nr. 17)

Im Beitrag vermisse ich den Erwerb Hinterpommerns im Westfälischen Frieden sowie die Erwähnung der Schlacht von Fehrbellin 1675 gegen die Schweden. Nach allgemeiner historischer Auffassung begründete diese den Aufstieg des Kurfürstentums Brandenburg.

Günther Pagel, Achim

Erosion des Staates wegen zu hoher Steuerabgaben

Zu: „Nicht nur Gier“ (Nr. 18)

In seinem Leitartikel bringt Jan Heitmann auf den Punkt, was fast jeder weiß oder doch zumindest fühlt: Unsere Abgabensätze sind zu hoch! Wofür ist der Staat verantwortlich? Doch nur für Schule, Verwaltung, Krankenhäuser, Infrastruktur – zu der ich in der heutigen Zeit neben den Verkehrswegen auch Wasser- und Stromversorgung wie unbedingt auch die Kommunikation (also Telefon, schnelles Internet und so weiter) zählen muss. Alles andere geht den Staat nichts an. Beispiel: Kindergärten sind per Definition keine Staatsaufgabe – sie gehören in den Aufgabenbereich von Kirchen, Träger- und Fördervereinen, die sich auch ruhig für Kinderlose öffnen sollten, denen die Wichtigkeit der Unterstützung solcher Einrichtungen ja zumeist voll bewusst ist. Genauso hat es den Staat auch nichts anzugehen, wann Geschäftsinhaber ihre Läden öffnen dürfen.

Dagegen erleben wir jetzt die Privatisierung der Infrastruktur (die aktuelle Trinkwasser-Debatte ist jedem gegenwärtig), der Bildung (wer für seine Kinder noch gute Schulen sucht, findet sie nur noch auf dem Privatsektor), der Krankenhäuser (die öffentlichen Einrichtungen kränkeln, die privaten wachsen), ja selbst typische Verwaltungsaufgaben wie die Bewachung der Gefängnisse werden teilweise schon „outgesourct“ – um mal das dumm-denglische Wort zu verwenden.

Im Preußen zur Zeit der Industrialisierung (um 1850) lag der Abgabensatz bei sechs Prozent – 94 Prozent verblieben dem Bürger demnach von seinem Einkommen. Nach dem deutsch-österreichischen Krieg, eine kleine Weile auch noch über die Reichseinigung hinaus, lag der Satz dann zwischen zehn und zwölf Prozent – immer noch sehr niedrig im Vergleich zu heute.

Der britische Volkswirtschaftler C. N. Parkinson wies bereits in den 50er Jahren glaubhaft nach, dass in einem funktionierenden Staatswesen die Bürger gerade noch bereit sind, etwa zehn Prozent ihres Einkommens für das Staatswesen abzuliefern, in Kriegs- oder Krisenzeiten bis zu 25 Prozent – sofern diese Belastung nach Beendigung der Krise wieder zurückgenommen wird. Eine dauerhafte Mehrbelastung, so Parkinson, habe stets zur Erosion und schließlich zur Auflösung besagter Staatswesen geführt – kenntlich zunächst an der Zunahme der Schwarzarbeit und des Steuerbetruges, schließlich am Bruch beliebiger Gesetze durch die (per Finanzamt mittlerweile an Rechtsbrüche gewöhnten) Staatsbürger. Wenn man sich umschaut, sieht man genau das.

Hoffen wir, dass wir durch das Wirken der Partei „Alternative für Deutschland“ eine Rückkehr vom Rechtsmittelstaat zum Rechtsstaat erleben, und sei es durch einen Mentalitätswechsel!

Rainer Claaßen, Bad Brückenau

Auf nach Syrien!

Zu: „Der Zweck heiligt die Bilder“ (Nr. 17)

Hat der Bundestag eigentlich auch beschlossen, den syrischen „Rebellen“ ein paar Deutsche zur Seite zu stellen, deutsche Islamisten, die in den heiligen Krieg gegen Assad ziehen, etwa 60 sollen es sein (aus ganz Europa zirka 500). Sind das jetzt unsere Verbündete, die von der Nato und den USA mit Geld und Waffen unterstützt werden? Und was machen wir mit denen, sollten sie keinen Märtyrerstatus erhalten und nach getaner Arbeit zurückkommen, um vielleicht den Dschihad auch hier auszuüben? Hilft dann Bushido bei der Integration?

Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg

»Emma« schweigt

Zu: „Woher kommt das große Schweigen?“ (Nr. 16)

Wenn es um das Thema „Massenvergewaltigungen deutscher Frauen durch russische Soldaten“ geht, vermisse ich seit Jahren die in Menschenrechten so überaus engagierten Feministinnen und Feministen. Warum haben die denn dieses frauenrechtlich so wichtige Thema ausgeklammert?

Hier drängt sich absolut der Verdacht auf, dass sie wohl doch im Auftrag handeln, diese so glühenden Verfechter femininer Gleichstellung, und dieser Auftrag lautet eben so, dass dieses heikle Thema auszulassen sei. Wenn einer böse zu sein hat, dann nur der Deutsche, andere Völker kennen keine Bosheiten, so etwa lautet deren Devise. Für wie naiv und ungebildet hält man uns eigentlich, dass man uns diesen Schwachsinn weiterhin glauben machen will?

Jedenfalls wäre das Thema, dessen sich verantwortungsbewusste Medien wie die *PAZ* annehmen, sicherlich auch für die nächste Nummer der „Emma“ sehr geeignet.

Ulrich F. Sackstedt, Verden

Versailles mit anderen Mitteln

Zu: „Die Geschichte gibt ihnen recht“ (Nr. 16)

Schauen wir uns das ganze Euro-Theater doch mal aus der Sicht des einfachen Bürgers an. Tatsache ist doch, dass alles, was wir kaufen, heutzutage zirka genau denselben Euro-Preis hat wie damals in D-Mark. Also müsste man logischerweise zumindest denselben Euro-Betrag als Lohn oder Rente überwiesen bekommen. Ich denke schon, dass ich nicht ganz falsch liege, wenn ich behaupte, dass dies wohl bei den allerwenigsten Mitbürgern der Fall sein dürfte. Soweit dieser Punkt.

Und jetzt die politische Situation. Seit Jahr und Tag haben wir nur noch Probleme in Europa. Und der Grund? Immer nur der Euro. Eine Krisensitzung jagt die andere. Ein Rettungsschirm nach dem anderen wird aufgespannt.

Frieden? Weitgefehlt! Überall wird auf Deutschland wegen des „Friedensobjektes“ Euro wieder mit der Nazikeule eingeschlagen. Wir haben nur Ärger, Ärger und nochmal Ärger. Also liebe Landsleute, jeder normal tickende Mensch, der in seinem Leben auch mal einen Fehler macht, versucht, denselben wieder rückgängig zu machen. Nur die Politik tut das nicht.

Ein französischer Politiker soll sich damals zur Euro-Einführung dahingehend geäußert haben, dass der Euro für Deutschland wie ein Versailles mit anderen Mitteln wäre. Dieser Politiker hat es auf den Punkt gebracht. Über den Euro leisten wir indirekt Reparationszahlungen und die Politik verkauft uns das als alternativlos und friedenserhaltend. Und wenn diese Münchhausens uns erzählen, dass wir Deutschen davon am meisten profitieren würden, dann glauben wir das auch noch. Das läuft genauso wie die ungezügelte Einwanderung kulturferner Unterschichten. Auch dieses wird uns als eine Bereicherung angepriesen und täglich in die Köpfe gehämmert. Und wer dies alles kritisch hinterfragt, wird als Rechtsradikaler abgestempelt oder als Nazi diffamiert.

Aber all das, was uns deutschen Bürgern da zugemutet wird, kann und wird nur in einem großen Chaos enden. Die Planungen für das Kommende sollen in verschwiegenen Zirkeln intensiv in Arbeit sein.

Peter Schumacher, Melsungen

Den Nutzen des Staates im Blick

Zu: „‚Kein Großer, aber Ritter und Held‘“ (Nr. 9)

Der Verfasser dieses Artikels wird Kaiser Wilhelm. I nicht gerecht. Da wird diesem zwar Bitterlichkeit, Tapferkeit und Lauterkeit zugebilligt, sonst aber wird er aber als politisch wenig befähigt dargestellt. Er und sein Vater Friedrich Wilhelm III. mussten nicht „zum Jagen getragen werden“, wie es im Artikel heißt, sondern beide übten eine gewisse Vorsicht bei dem Drängen der gegensätzlichen Zeitströmungen.

In der Sache Meeresreform sah Wilhelm I. die Notwendigkeit klarer als fast alle Anderen. Er versuchte es erst mit einem eher liberalen Kabinett der „Neuen Ära“, welches sich aber gegen die Obstruktion der Parlamentsarbeit nicht durchsetzen konnte. In den außenpolitischen Entscheidungen ließ er sich überzeugen. Er war es doch, der Roon und Moltke und – gegen alle Widerstände – schließlich auch Bismarck zu ihren Ämtern ernannt hat. Und sein Vater hatte die Fähigkeiten von Stein, Hardenberg, Scharnhorst und Gneisenau erkannt und diese an die richtigen Stellen gebracht.

Beide Monarchen hatten eine königliche Eigenschaft: Sie konnten Genies, sie konnten solch schwierige Charaktere wie Stein, York und Bismarck ertragen. Deren Nutzen für den Staat wurde von ihnen höher gestellt als eigene Sympathien oder Antipathien. Das können weder Parteipolitiker noch Diktatoren.

Friedrich Carl Albrecht, Burgdorf-Ehlershausen

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 20 – 18. Mai 2013

Große Pläne contra Realität

Königsbergs Stadtregierung schreibt Architektenwettbewerb »Herz der Stadt« aus

Seit vielen Jahren schon gibt es eine wiederkehrende Diskussion darüber, wie das Stadtzentrum Königsbergs in Zukunft aussehen soll. Während Architekten sich um ein harmonisches Gesamtbild bemühen, setzen Investoren ihre profitorientierten Bauvorhaben um. Die Politik spielt dabei eine zwielichtige Rolle.

Häufig diskutieren Bürger und Politiker über die „Bebauung des historischen Stadtzentrums“. Dem Interesse der Bürger an einer schönen und lebenswerten Stadt steht das Interesse potenzieller Investoren gegenüber, die lediglich am schnellen Profit orientiert sind.

Vor Kurzem hat die Gebietsregierung aus dem regionalen Haushalt umgerechnet knapp 10 000 Euro für das Projekt „Herz der Stadt“ locker gemacht. Es geht um die Gestaltung des Geländes um das Haus der Räte, des Pregelufers entlang der Vorstädtischen Langgasse und Unterlaak bis zum Ozeanmuseum (Lastadie), des nördlichen Ufers des Schlossteiches und des Kneiphofs. Ein wichtiges Element ist der Wiederaufbau des Königsberger Schlosses.

Unmittelbarer Auftraggeber ist das „Forschungs- und Produktionszentrum für den Schutz von Baudenkmälern“. Die Mittel werden im Rahmen des Programms zur „Erhaltung, Nutzung, Popularisierung und staatlichen Schutzes von Objekten des kulturellen Erbes 2013 bis 2015“ zugeteilt.

Laut Ausschreibung müssen die Teilnehmer innerhalb von zwei Wochen eine Reihe archivarischer, bibliographischer und sonstiger Recherchen vorweisen, die die historisch-kulturellen Charakteristiken und den Wert der städtebaulichen Elemente des beschriebenen Geländes aufweisen. Dabei müssen die Auswertungen des internationalen Symposiums „Kaliningrad: Zukunftsbilder. Die städtebauliche Entwicklung des Stadtzentrums“, das 2005 stattgefunden hat, sowie des internationalen „Workshops“, der 2007 durchgeführt wurde, zugrunde gelegt werden. Doch am interessantesten wird sein, inwieweit die Vorschläge Teile des historischen Königsbergs einschließen und welche Chancen der Realisierung sie haben. Dies könnte ganze Gebäudekomplexe, Plätze oder das Pregelufer betreffen. Soweit die Pläne. Doch währenddessen hat die Bebauung des historischen Stadtteils Lastadie entlang des Pregelufers bereits begonnen, jedoch nicht mit historischen Bauten, die an das alte Königsberg erinnern. Ein Beispiel ist das neue Ibis-Hotel, das vor kurzem am Pregelufer eröffnet wurde. Viele hofften auf einen Neubau im Stil der Hilton-Hotels, die sich durch moderne Formen und Design auszeichnen. Stattdessen entstand ein weiterer gewöhnlicher gesichtsloser Klotz mit unzähligen kleinen Fenstern, der an ein Lager erinnert, das sehr gut zu den gesichtslosen Bauten der Sowjetära passt.

Jaroschuk übt Druck auf Stadtrat aus

Die Unzufriedenheit der Bürger ist nicht zu übersehen, und so ließ Bürgermeister Alexander Jaroschuk sich heftig über die hässlichen Gebäude aus, die das Gesamtbild der Stadt versauten. Seine Worte klangen wie ein Aufschrei der Seele: „Schluss mit der Vergewaltigung der Stadt. Ich kann das nicht mehr mit ansehen! Man muss einen Mechanismus finden, so etwas zu bekämpfen.“ Der Bürgermeister bezieht sich auf eine Baugenehmigung für die Bebauung von Grünflächen, die im Jahr 2000 ausgestellt wurde. „Jetzt können wir nichts mehr machen“, bedauerte Jaroschuk. Die heutige Situation sei eine Folge der Verfahrensweise bei der Vergabe von Baugenehmigungen vor zehn Jahren.

Nun will der Bürgermeister eine neue Regelung durchsetzen, die Einzelbebauungen unterbindet. Seine Aussage, die Stadtregierung sei machtlos, wirkt befremdlich, umso mehr, als zwei Abgeordnete des Stadtrats mit dem Baugewerbe verbandelt sind, die bereits weitere Bauprojekte auf städtischem Gebiet vorantreiben.

Jurij Tschernyschew



Wie zu Zeiten der Sowjetunion: Hotelbau im ehemaligen Königsberger Stadtteil Lastadie Bild: J.T.

»Ach, wer das könnte!« – »Wir können es«

Rastenburg feierte drei Tage lang den 150. Geburtstag seines berühmten Sohnes Arno Holz

Mit einem vielfältigen Programm feierte die Stadt Rastenburg drei Tage lang den 150. Geburtstag eines ihres berühmtesten Söhne, des Schriftstellers Arno Holz. Das Motto der Veranstaltung „Noch einmal jung sein! Mit neuen Augen in die Welt sehn!“ hatte Bürgermeister Krzysztof Hecman dem Gedicht „Nach einem Menschenalter“ aus Arno Holz' größtem Werk „Phantasus“ entnommen. Und viel zu sehen gab es tatsächlich.

Passendes Ambiente für die Feierlichkeiten war die Burg in Rastenburg. Im Rittersaal fanden das Symposium „Leben und Werk von Arno Holz 1863–1929“ und ein klassisches Konzert der auf historischen Instrumenten spielenden Gruppe „Pro Muscia Antiqua“ statt. Während der Feierlichkeiten arbeitete im Foyer des Rittersaals die lokale Bildhauerin Marta Cierluk unter den Augen der Gäste an einem Lehmmodell. Aus ihm soll die Form für eine Gipsbüste entstehen, das in der auf der Burg untergebrachten Stadtbibliothek seinen Platz finden soll, und zwar in einem renovierten und neu eingerichteten Lesesaal der im Rahmen der Geburtstagsfeierlichkeiten nach Arno Holz benannt wurde. Jetzt schon schmücken die Wände dieses Lesesaals Zitate aus den Werken Arno Holz', aber auch seiner masurischen Kollegen Ernst Wiechert, Siegfried Lenz und Arno Surminski. Ein Film, der diese vier vereint, wurde als Premiere im Rahmen des Symposiums gezeigt.

Doch auch außerhalb der Burg wurde Arno Holz' gedacht. Im Gebäude der Freimaurerloge, das die Gesellschaft für deutsch-polnische Zusammenarbeit „Arno Holz“ beherbergt, wurde eine vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen gestaltete Ausstellung zum Schriftsteller eröffnet. Vor der Tafel, die an Arno Holz und sein nicht mehr existierendes Geburtshaus erinnert und am heute dort stehenden Gebäude befestigt ist, wurden Blumen niedergelegt. Und um das kulturelle Programm abzurunden, zeigte das Kino „Gwiazda“ an den drei Abenden deutsche Filme.





„Noch einmal jung sein! Mit neuen Augen in die Welt sehn!“: Veranstaltungsplakat in Rastenburg Bild: Hahnkamp

Des Weiteren wurde erstmals Arno Holz' Werk „Phantasus“ in seiner Gesamtheit durch Krzysztof Szatrawski von der Ermländisch-Masurischen Universität in Allenstein (UWM), der gleichfalls aus Rastenburg stammt, ins Polnische übersetzt. Durch diese Übersetzung des wie Arno Holz in Rastenburg geborenen Wissenschaftlers besteht zumindest die Chance, dass wenigstens eines der Werke des deutschen Schriftstellers in der Republik Polen über das mit Deutsch beruflich und wissenschaftlich befasste Publikum hinaus bekannt wird. Der Professor Zbigniew Chojnowski von der UWM hat Arno Holz' Rezeption in Polen so zusammengefasst: „Bis heute ist Arno Holz mehr als Literatur- und Theatertheoretiker, als Vertreter des ‚konsequenten Naturalismus‘ mit Einfluss etwa auf Stanislaw Przybyszewski bekannt denn als Schriftsteller und Dramaturg.“

Viel Lob gab es für Arno Holz, aber auch für die Stadt Rastenburg, die sich seiner angenommen hat, von den Vertretern des Ministeriums für Kultur und nationales Erbe der Republik Polen, das die Schirmherrschaft der Veranstaltung übernommen hatte, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau, der UWM und des Woiwodschaftsamtes von Ermland und Masuren. Ein persönlich gehaltenes Grußwort schickte darüber hinaus Arno Surminski, der aus Jäglack bei Rastenburg stammt.

„Das alte Nest! Die alten Dächer! Aus dunklen Linden dort der Turm! Wie klangen sonntags seine Glocken, draußen, fern, wo der Kuckuck rief ... Da war's so still. Wir pflückten Blumen, sangen und horchten, wie's im Bach kluckerte. Zwanzig Jahre drüberhin! Noch einmal jung sein! Mit neuen Augen in die Welt sehn! Ach, wer das könnte!“, schreibt Arno Holz in seinem Gedicht „Nach einem Menschenalter“. „Wir können es“, schloss Bürgermeister Krzysztof Hecman seine Ansprache bei der Eröffnung des Symposiums. Für diese drei Tage kann man ihm recht geben.

Uwe Hahnkamp

MELDUNGEN

Polen begrenzt Benzineinfuhr

Heiligenbeil/Braunsberg – Nachdem seit Inkrafttreten des kleinen Grenzverkehrs mit Russland die Zahl der Polen, die zwei- bis dreimal täglich die Grenze überqueren, um auf der russischen Seite der innerostpreußischen Grenze billiges Benzin einzukaufen, sprunghaft angestiegen war, haben die polnischen Behörden dem wilden Benzinhandel einen Riegel vorgeschoben: Seit dem 11. Mai wurden bereits 1200 Personen mit Strafzöllen belegt, weil sie mehr Benzin als für den Eigenbedarf nötig auf polnisches Gebiet einführen wollten. Gegen die Vorgehensweise des polnischen Zolls regt sich Widerstand. Über 200 Personen demonstrierten am Grenzübergang Heiligenbeil, wie schon tags zuvor in Goldap. Die Demonstranten halten die Erhebung von Strafzöllen für gesetzeswidrig und wollen dagegen klagen. Zurzeit sammeln sie Unterschriften für eine Sammelklage. *MRK*

Bernsteinregen auf Nehrung

Palangen – Zum fünften Mal in Folge fand am vergangenen Wochenende auf der Kurischen Nehrung ein Wettbewerb im Bernsteinsammeln statt. Diesmal konnte ihn der Palanger Romas Miliauskas für sich entscheiden. Mit 83,3 Gramm Bernstein in fünf Minuten belegte er den ersten Platz. Zuvor waren für jeden Teilnehmer 100 Gramm Bernstein, gemischt mit Algen und Muscheln, im Wasser verteilt worden. Nach dem Wettbewerb kam ein Neptun-Darsteller, der die Veranstaltung auch feierlich eröffnet hatte, an den Strand und schüttete seinen „Bernsteinregen“ aus. Dazu erklärte er, dass ein solches Fest nur einmal im Jahr und nur in Litauen stattfinde. *MRK*

Rastenburger Ehrenbürger

Rastenburg – Der 1929 in Rastenburg geborene und heute in Berlin lebende Politikwissenschaftler Helmut Wagner ist von seiner Geburtsstadt mit der Ehrenbürgerschaft geehrt worden. Begründet wurde die Ehrung mit seinem Einsatz für Stadt und Region. Der emeritierte Professor für Theorien und Grundlagen der Politik an der Freien Universität Berlin freute sich, dass es mit der für ihn „nach dem Doktortitel und dem Professor dritten Krönung, der höchsten Ehre“, noch geklappt hat. Er sei ja „immerhin schon 83“. Der deutsche Wissenschaftler hat sich 1970 über die „Marxistischen Metamorphosen in Polen – Die Wandlungen des Theoretikers Adam Schaff“ habilitiert. Es folgten diverse Publikationen zu polnischen Themen wie „Die Doppelgesellschaft: Systemwandel in Polen“ (1981) oder „Der polnische Flirt mit der Restauration: Kommentar zu den Wahlen vom 19. September 1993“ (1993). *U.H./PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

„Zwischen Braunsberg und Trakehnen, wo die Wiesen am weitesten sind, da wehen der Rosse Mähnen im scharfen Ostseewind. Kaum ruhen die Schlittenkufen vom Winter aus im Haus, jagt alles auf raschen Hufen in des Frühlings Freiheit hinaus.“ So beginnt eines der schönsten Gedichte der Dichterin **Erminia von Olfers-Batocki**, „Trakehner Blut“, und es leitet so gut unsere heutige Kolumne ein. Denn jetzt genießen auch wir des Frühlings Freiheit nach einem langen Winter, es ist Pfingsten, und die Griesgrämigkeit der grauen Vorfrühlingstage ist vergessen. Der Hauptgrund aber, dass ich diesen Vers aus dem Trakehner-Gedicht ausgesucht habe, liegt in unserer ersten Frage, die Frau **Iris Gugath** aus Dortmund stellt. In einem Urlaub auf der Insel Usedom sah sie in einem Antiquitätengeschäft ein Pferdebild, das der geborenen Ostpreußin so gefiel, dass sie es sofort erstand. Es soll aus dem 19. Jahrhundert stammen, aber nähere Angaben waren nicht vorhanden, auch nicht über den Maler. Die Signatur ist zwar gut leserlich, doch niemand konnte den Namen einwandfrei erklären. Der erste Buchstabe des Nachnamens dürfte ein A sein. Auf der Rückseite des Bildes befindet sich ein Stempel mit den Initialen G. z. H., der vielleicht auf eine Kunsthandlung hinweist. Bei dem Künstler handelt es sich wahrscheinlich um einen passionierten Pferdemaler. Deshalb ist es möglich, dass sich weitere Bilder von ihm in Privatbesitz oder in Museen befinden. Vielleicht erinnert sich auch jemand an ein ähnliches Gemälde, das in einem ostpreußischen Gutshaus hing. Auch Frau Gugaths Mutter **Ruth Sprockhoff** geborene **Kahle** stammte von einem ostpreußischen Landbesitz – von Gut Zöpel, Kreis Mohrungen. In ihrem Nachlass fand die Tochter ein Trakehnerbuch, mit dem sie sich intensiv beschäftigte – vielleicht trug es mit dazu bei, dass sie das Pferdebild erwarb. Jeder Hinweis auf den Maler wäre Frau Gugath willkommen. Auch ein anderes Bild, das ihre Heimatstadt Königsberg im Winter zeigt, beschäftigt unsere Leserin. Es befand sich im Besitz einer guten Bekannten von ihr aus Memel. Nun ist Pfingsten nicht gerade die richtige Zeit für die Veröffentlichung eines Bildes, das den Holzhafen am Pregel mit einem im Eis festliegenden Dreimaster zeigt – also muss es noch ein bisschen warten. Aber fragen können wir schon mal, ob jemand weiß, welcher Königsberger Maler vor etwa 100 Jahren seine Bilder mit H. S. signierte? (Iris Gugath, Westricher Straße 53 a in 44388 Dortmund, Telefon 0231/601512.)



Bilder (2): privat

Wer war der Maler dieses Pferdebildes?

Und weil wir diese Pfingstausgabe auch nicht mit schweren Schicksalsfragen belasten wollen, kann ich hier nicht näher auf die umfangreiche Sendung von Dr. med. **Ekkehard Schaffner** aus Leon/Mexico eingehen, für die ich ihm herzlich danke. Herr Dr. Schaffner nimmt immer regen Anteil an unserer Ostpreußischen Familie, hat auch schon viel zur Klärung mancher Frage beigetragen – so vor einigen Jahren, als es um ein Foto ging, das angeblich einen „Flüchtlingstreck im Februar 1945“ zeigte, sich dann aber als Aufnahme von der Umsiedlung der Volksdeutschen aus der Ukraine in den damaligen Warthegau im Winter 1939/40 herausstellte. Zum Beweis legte er eine 30 Seiten lange Information bei – die umfangreichste Leserzuschrift, die wir je erhalten haben. Auch seine neue Sendung befasst sich wieder mit Vertriebenenfragen, obgleich sich Dr. Schaffner als „Nichtbetroffener“ bezeichnet, der aber „Betroffenheit, Mitgefühl und Mitleid gegenüber diesen geschundenen Menschen bewahrt hat“. Sie beinhaltet ein Gedicht „Königsberger Karfreitag“ über das grausame Geschehen bei der russischen Okkupation, das wir für eine spätere Veröffentlichung zurücklegen. Ebenso die Schilderung eines Frauenschicksals, die er als Reaktion auf dieses Gedicht von einem international angesehenen Herzchirurgen erhielt, der den von Krieg, Flucht und Gefangenschaft gebrandmarkten Lebensweg seiner Mutter aufgezeichnet hat. Wir werden diesen Beitrag, in dem auch dokumentiert wird, dass auf die dänische Insel Bornholm geflüchtete Deutsche im Mai 1945 von den Russen gefangen genommen und in ein Lager bei Kolberg gebracht wurden, ebenfalls zu einem späteren Zeitpunkt bringen. Vielen Dank, lieber Herr Dr. Schaffner, für Ihre so wertvollen Beiträge und die anerkennenden Worte für unsere Arbeit: „Ich hoffe, es bestärkt Sie in all Ihren Bemühungen um die Wahrheit und in Ihrer Hochachtung vor diesen braven Menschen, deren Schicksal eigentlich die menschliche Vorstellungskraft übersteigt“.

Kaum war in Folge 16 die Frage von Herrn **Reinhard Penner** nach dem alten Königsberger Friedhof „Nasser Garten“ erschienen, da meldete sich Herr Dr. **Klein** aus Schwörstadt bei uns und teilte mit, dass er sich mit Herrn Penner in Verbindung setzen wolle, da er aufgrund seiner dokumentarischen Tätigkeit wesentlich zur Klärung der Frage beitragen könne. Herr Dr. Klein hat nämlich im letzten Jahr eine Arbeit über die Lage der Friedhöfe im Königsberger Raum geschrieben und dabei alle Kirchengemeinden – beginnend mit den ersten bekannten Begräbnisplätzen bis 1938 – erfasst. Es ist eine 144 Seiten starke Dokumentation geworden, die inzwischen einige Bibliotheken und das Königsberger Museum in Duisburg als DVD oder Original erhalten haben. Herr Dr. Klein schreibt dazu: „Es ist möglich, dass ich den von Herrn Penner gesuchten Friedhof der Haberberger Kirche am Rande des Nassen Gartens gefunden habe. Dieser kleine Kirchhof wird auf den späteren Karten von 1905 an nicht mehr verzeichnet. Er lag an der Ponarther Straße als Abzweigung der Berliner Straße. Auch fand ich ein Kreuz auf dem Messtischblatt von 1937 oberhalb des alten Haberberger Kirchhofes im Nassen Garten oberhalb der Berliner Straße.“ Ob dies tatsächlich eine Grabstätte kennzeichnet, ist allerdings fraglich, es könnte auch ein Druckfehler sein, wie Herr Dr. Klein meint, denn „auch gute Karten geben nicht immer eine gute Auskunft!“ Davon können wir ja auch ein Lied singen, denn schon oft haben wir trotz akribischer Arbeit Korrekturen aus dem Leserkreis hinnehmen müssen, wenn die Angaben in den Karten oder Plänen, auf die wir uns stützten, zu Irrtümern führten. Das Gespräch mit Herrn Penner hat inzwischen stattgefunden, und wir werden hören, ob es zur beiderseitigen Zufriedenheit verlaufen ist. Übrigens hat Herr Dr. Klein eine neue Königsberg-Dokumentation abgeschlossen, die unter dem Titel „Erinnerungen an den alten Tiergarten in Königsberg Pr.“ die große Bedeutung bezeugt, die dieser herrliche Tierpark, der auch ein breit gefächertes Unterhaltungsprogramm bot, für die Bevölkerung und Besucher der ostpreußischen Metropole hatte.

Noch sind ja Erinnerungen abrufbar, und sie holen einen immer wieder ein, auch wenn man sie nicht erwartet hat. So erhielt ich auf die Schilderung meiner Konfirmation in der Altroßgärter Kirche in Königsberg mehrere Zuschriften, von denen ich zwei schon erwähnt habe, aber auf eine muss ich doch noch eingehen, weil sie mich persönlich berührt. Herr **Armin Jedosch** aus Göttingen hat nämlich zu diesem Gotteshaus eine besondere Beziehung. Als Kind des Roßgartenviertels hat der 1930 Geborene in dem zum Park umgestalteten alten Friedhof, auf dem schon längst keine Beerdigungen mehr stattfanden, ungestört spielen dürfen, zumal seine Großeltern im Sichtbereich der Kirche wohnten. Ich erinnere mich noch an diesen Park mit seinem alten Baumbestand, eine grüne Oase in diesem urbanen Wohnviertel. Nun fand Herr Jedosch im Nachlass seines 1978 verstorbenen Vaters dessen Konfirmationsurkunde aus dem Jahr 1912. Sie zeigt drei Aufnahmen von der Kirche, darunter zwei vom Innenraum mit dem Altarbild, unter dem ich damals gekniet habe. So bekommt die Vergangenheit wieder Konturen, die noch verstärkt werden durch die Unterschrift des Pfarrers, der **Walter** Jedosch am 17. März 1912 eingesegnet hat: Ankermann. Dieser Pfarrer hat mich 1916 getauft, ich hatte seinen Namen vergessen, und nun hat er wieder seinen Platz in meiner Biografie.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Und damit nicht genug: Auch in den Erinnerungen von Frau **Irmgard Nordt** aus Pforzheim tauchen Namen auf, die ich in meine Memoiren einfügen kann. „Ihr Beitrag hat mein Herz sehr berührt“, schreibt die Königsbergerin, die wie ich in dem „Roßgartenviertel“ geboren wurde, auch 13 Jahre später. Trotzdem haben wir gemeinsame Erinnerungen an Pfarrer **Pensky** und an Pfarrer **Leidreiter**, der Irmgard eingesegnet hat. Ihr Schicksal ist das eines Flüchtlingskindes, das auf der Schwelle zum Erwachsenensein Heim und Heimat verlor, das Ende einer „goldenen Kinderzeit“ mit unvergessenen Sommertagen in Cranz und Rauschen. Ihre Schwester hat über den Schicksalsweg dieser Familie ein Buch geschrieben, das den Titel „Rückspiegel“ trägt. Und wie ein Rückspiegel reflektieren ihre Erinnerungen Menschen, die auch ich gut gekannt hatte, mit denen ich sogar eng befreundet war. Es ist die Familie **Andreas** aus der Augustastraße, in der ich aufwuchs. Sie nennt die Namen der Töchter **Erna** und **Ruth** – und da ergab sich so viel Gesprächsstoff, dass ich zum Telefon greifen musste, denn Erna Andreas war Nachbarskind und Klassenkameradin, auch nach der Flucht haben wir uns getroffen und standen bis zu ihrem Tod in Verbindung.

Und auch die Geschichte der Altroßgärter Kirche erweist sich als eine ergiebige, denn Herr **Werner Ney** aus Potsdam sucht für sein Werk „Gottes Häuser in Königsberg“ noch weitere Angaben über die Pfarrer **Wilhelm Krüger**, Lic. Leidreiter, **Lackner** und **Ankermann** sowie über den Organisten Studienrat **Fischer** und Küster **Reinh. Schliffka**. Eine interessante Zuschrift konnten wir ihm bereits übersenden.

Und so recht zum fröhlichen Frühlingsfest passt die kleine Geschichte, die uns Herr **Alfred Görlitz** aus Hamburg liefert. Unser Landsmann ist immer für besondere Beiträge gut. Diesmal hat es ihm besonders die ostpreußische Deutung der Vogelstimmen in Folge 17 angetan, zu der ihm noch eine andere Version einfiel. Wenn die Kiebitzfrau mit dem Eierlegen beschäftigt war, flog das Männchen immer über das Nest, um aufzupassen, dass keine Räuber in der Nähe waren. Dabei rief der Kiebitz: „Kiewitt, kiewitt, sen se witt, sen se witt?“ Und die Kiebitzfrau antwortete: „Noch immer nich witt, noch immer nich witt!“ Der Sage nach waren die Kiebitze ein verwunschenes Paar, das seine menschliche Gestalt wieder erhielt, wenn die Eier weiß waren. Aber die Kiebitzeier sind immer noch olivgrün, gesprenkelt mit schwarzen Punkten. Das ist die Kiebitzsage von Herrn Görlitz, wie er sie aus seiner Kindheit kennt. Auch andere Erinnerungen sind beim Lesen unserer Familienseite in ihm wach geworden, so bei der Geschichte vom „Klompenmachen“. „Da gab es noch eine andere Art von Schlorren, nämlich die mit Hackleder. Das bezweckte, dass man sie nicht so schnell verlor und dass von hinten kein Dreck in die Klumpen gelangte. Nur meine Mutter hat immer geschimpft, wenn die Strümpfe an den Hacken immer so schnell Löcher hatten“.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Die Marjellchen und Lorbasse vom Plachandertreff

Eine kleine »Ostpreußische Familie« in Parchim

Sie sind nicht zu überhören, die älteren Damen und Herren im Café Würfel in Parchim Ecke Putlitzer Straße/Scharnhorststraße. Und es ist auch nicht zu überhören, dass das Idiom ihrer regen Gesprächstätigkeit nicht nach Mecklenburg weist, sondern in östliche Richtung: nach Ostpreußen. Nicht umsonst haben die Gründerinnen dieser lebhaften Runde ihr einmal im Monat stattfindendes Zusammensein „Plachandertreff“ betitelt.

Das war vor nunmehr 13 Jahren, und diesem Namen sind sie bis heute treu geblieben. Auch auf dem nun 155. Treffen wird geschabbert wie tohuus, werden alte Erinnerungen wach, wird an die Heimat gedacht, den vorgetragenen Geschichten und Gedichten gelauscht und das Ostpreußenlied gesungen. Nun gut, das geschieht auf allen Treffen, aber dieses in Parchim fällt doch aus dem Rahmen, weil es das zwanglose Zusammenfinden von Landsleuten ist, das sich lediglich an einem festen Termin orientiert: Der dritte Donnerstag in jedem Monat ist eingeplant für das Plachanderstundchen im Cafe Würfel. So wurde es von einer Handvoll vertriebener Landsleute beschlossen, als im Frühling des Jahres 2000 die BdV-Gruppe in Parchim aufgelöst wurde. Der Mitgliederkreis hatte sich gelichtet, die Zeit forderte wie überall ihren Tribut. Das war schmerzlich besonders für die Vertriebenen, die nach der „Wende“ froh gewesen waren, endlich über ihre Heimat reden und gemeinsame Erinnerungen austauschen zu können.

Zwei resolute Ostpreußinnen, **Charlotte Meyer** und **Erika Gode**, beschlossen: Dann machen wir eben alleine weiter! Sie legten jeden dritten Donnerstag im Monat als Festpunkt für ein „Plachanderstundchen“ fest und gaben auch nicht auf, als zum ersten Treffen im Café Scholz lediglich fünf Landsleute erschienen. „Aber dann mussten von Treffen zu Treffen immer mehr Gedecke aufgelegt werden“, so berichtete kürzlich eine Lokalzeitung über die 150. Plachanderrunde in Parchim. Seitdem ist die Gruppe weiter angewachsen, so dass zu den letzten Treffen rund 30 Frauen und Männer kamen, aus Parchim und Umgebung, aber auch aus entfernten Ortschaften.

Der Geräuschpegel steigt also weiter an, vor allem, wenn die Stimmung sehr heiter wird. Denn auch gute Laune als Kraftspender für den manchmal schwierig gewordenen Altersalltag will man hier auftanken, und da sind es vor allem die Vorträge von **Werner Preß** aus dem benachbarten Grambow, die jedes Treffen bereichern. Der Masure ist unermüdlich im Verfassen von Gedichten und Geschichten über Masuren und seine Menschen, erweckt immer wieder Erinnerungen an eine glückliche Kindheit in der Geborgenheit von Heim und Heimat. Er vermittelt sie seinen Schicksalsgefährten und widmet ihnen auch oft persönlich bezogene Verse. „Wir sind eben eine richtige ostpreußische Familie“, sagt der frühere Vertriebsstellenleiter, der nun ganz in der von ihm selbst gewählten Altersaufgabe aufgeht. Der Name Preß hat bei uns Ostpreußen einen guten Klang: Werners älterer Bruder **Hans-Jürgen** Preß wurde als Zeichner und Cartoonist berühmt, seine Bücher wurden in über 50 Sprachen veröffentlicht. Beim *Ostpreußenblatt* war der aus amerikanischer Gefangenschaft Heimgekehrte einer der Illustratoren der ersten Stunde. Seine große Kraftquelle war die Natur, deren Geheimnisse die Brüder in der Wald- und Wasser-Weite um ihr Heimatdorf Klein Konopken/Waldfließ auf ihren Streifzügen entdeckten und erforschten. Wurden sie für Hans Jürgen Press zur Basis seines künstlerischen Schaffens, so bestimmten und bestimmen sie noch immer die Lyrik des „Hobby-Dichters“ Werner Preß, dessen Schaffensfreude keine Altersgrenze kennt. Er konnte ja auch erst spät mit seinen Hymnen an die verlorene Heimat beginnen, denn in der DDR wäre das unmöglich gewesen. So begann er nach der Wende seine Liebe zu Masuren in Worte zu fassen, aber dann umso eifriger. Die „lieben Marjellchen und Lorbasse des Plachandertreffs“, wie der Mitachtziger gerne seine erwartungsvollen Zuhörer anredet, können sich ihre Runde nicht mehr ohne die Gedichte und Geschichten vorstellen, die der 85-Jährige in jedes Plachanderstundchen einbringt. Und immer wieder spielt in ihnen Masuren eine Rolle, denn es ist auch die Heimat seiner Frau. **Edith Press** stammt aus Freidorf bei Neidenburg, und natürlich hat er auch zur Erinnerung an ihre dort so glücklich verlebte Kindheit am Flüsschen Neide ein Gedicht verfasst. Es wäre aber zu kurz gegriffen, wenn man Werner Preß nur als „Hobbydichter“ bezeichnen würde. Er zeigt sich auch in seinen Prosabeiträgen als ein treuer Chronist seiner Heimat, vor allem in seinen Erinnerungen an die Jugendjahre in Lötzen und Waldfließ. Wobei ihm sein Heimatdorf eine Steilvorlage für seine Verse liefert, denn Waldfließ reimt sich ja so gut auf „Paradies“. Herzliche und heimatliche Grüße an die „kleine ostpreußische Familie“ von der „großen Ostpreußischen Familie“ zu ihrem nächsten Plachandertreff in Parchim! *R.G.*



Die kleine Ostpreußische Familie: Das Plachanderstundchen in Parchim Bild: privat



ZUM 99. GEBURTSTAG

Kullik, Martha, geb. **Wutzka**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 25. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Struppek, Martha, geb. **Wawrzyn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 25. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Räder, Heinz, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 25. Mai
Vorwald, Friedrich, aus Millau, Kreis Lyck, am 20. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Ortmann, Ulrich, früher **Freese**, aus Lyck, am 26. Mai
Schmidt, Herbert, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 26. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bärthel, Ingeborg, geb. **Walden**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 25. Mai
Geisendorf, Christel, geb. **Kallweit**, aus Schloßberg, am 25. Mai
Herrmann, Herbert, aus Stobingen, Ripkeim, Kreis Wehlau, am 21. Mai
Paulsen, Anni, geb. **Bitschkat**, aus Giesen/Kiöwen, Kreis Treuburg, am 20. Mai
Schunk, Hildegard, geb. **Fortak**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bergener, Helene, geb. **Rimke**, aus Klein Knie, Kreis Gerdauen, am 23. Mai
Bittmann, Gertrud, geb. **Dorroch**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 22. Mai
Bombor, Ernst, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 21. Mai
Glatzel, Hildegard, geb. **Reisgies**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Kundt, Gretel, geb. **Kuckuck**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 26. Mai
Pakusch, Irmgard, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 24. Mai
Plauk, Edith, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Schnakenberg, Margarete, geb. **Römpke**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 22. Mai
Tiedemann, Martha, geb. **Pissarek**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 21. Mai
Wenk, Bruno, aus Lissau, Kreis Lyck, und aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 26. Mai
Zollek, Anna, geb. **Bernatzki**, aus Ortelsburg, am 22. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Beckmann, Elli, geb. **Röhl**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 25. Mai
Günther, Frieda, geb. **Scharnowski**, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, und aus Gorlau, Kreis Lyck, am 24. Mai
Hübner, Herbert, aus Rothenen, Kreis Samland, am 21. Mai
Kirsch, Ella, geb. **Lasogga**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 22. Mai
Krautwurst, Walburga, geb. **Schliebenow**, aus Lyck, Yorkstraße 24, am 25. Mai
Krosse, Ida, geb. **Laskowitzki**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 26. Mai
Lucks, Hildegard, geb. **Meyer**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Mai
May, Erna, geb. **Käding**, aus Amtal, Kreis Elchniederung, am 23. Mai
Moser, Heinz, aus Pillau, Kreis Samland, am 26. Mai
Popken, Erika, geb. **Ijewski**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 26. Mai
Rautenstrauch, Eva, geb. **Schmidt**, aus Selsen, Kreis Elchniederung, am 22. Mai
Roschkowski, Kurt, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 24. Mai
Siedler, Gerda, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 26. Mai
Treczoks, Liesbeth, geb. **Bolz**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 143, am 21. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bendig, Erich, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. Mai
Best, Ilse, geb. **Ströhl**, aus Eichen, Kreis Preußisch Eylau, am 23. Mai
Czymoch, Dr. Klaus, aus Fronikken, Kreis Treuburg, am 25. Mai
Dagott-Becker, Ilse, aus Rauschen, Kreis Samland, am 21. Mai
Daul, Eva, geb. **Melis**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Gallinger, Eva-Maria, geb. **Haake**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 22. Mai
Knaack, Dora, geb. **Petrick**, aus Allgau, Kreis Elchniederung, am 20. Mai
König, Emma, geb. **Conrad**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Krink, Eva, geb. **Horn**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Lorfing, Arthur, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 23. Mai
Otto, Helmut, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 22. Mai
Rogowski, Maria, geb. **Hoos**, aus Lyck, am 24. Mai
Schettkat, Gerda, geb. **Borm**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Sembach, Hermann, aus Ebenrode, am 25. Mai
Zwiener, Ottilie, geb. **Kondritz**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 21. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baden, Elsbeth, geb. **Knopp**, aus Treuburg, Ottoweg 2, am 22. Mai
Fritsche, Helen, geb. **Luft**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 26. Mai
Gaszek, Edith, geb. **Kostrewa**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Gronau, Klaus, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 22. Mai
Klingohr, Emmy, geb. **Bokühn**, aus Gottesgnade, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Mai
Leipacher, Edith, geb. **Schaade**, aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Liedtke, Edith, geb. **Grow**, aus Drugehnen, Kreis Samland, am 22. Mai
Lischka, Waltraud, geb. **Wnendt**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Michalzik Jutta, geb. **Klein**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Mai
Mosner, Erna, geb. **Hoffmeister**, aus Sanditten, Zargen Vorwerk, Kreis Wehlau, am 21. Mai
Scheffler, Liselotte, geb. **Tersch**, aus Wehlau, Deutsche Straße 1, am 26. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bablich, Gerda, geb. **Schröder**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 26. Mai
Baginski, Edelfried, aus Ortelsburg, am 20. Mai
Bartsch, Werner, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, und aus Ortelsburg, am 26. Mai
Bleeck, Helene, geb. **Broschk**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 26. Mai
Davidsmeyer-Spengler, Rita, geb. **Kurbjuweit**, aus Eydkau, Kreis Ebenrode, am 22. Mai
Döhring, Heinz, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 22. Mai
Dziengel, Peter, aus Lyck, am 21. Mai
Hanschke, Hannelore, geb. **Davideit**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Iding, Gerhard, aus Ortelsburg, am 26. Mai
Jekobzik, Herta, geb. **Glodeck**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Kemstedt, Edith, geb. **Augustin**, aus Lyck, am 26. Mai
Kindler, Max, aus Cojehnen, Kreis Samland, am 21. Mai
Köpernik, Eva, geb. **Pallasch**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 25. Mai
Knodel, Gerda, geb. **Kühn**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Knura, Luise, geb. **Engelhard**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 21. Mai
Kühn, Eitel, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 20. Mai
Lütjens, Elli, geb. **Geschke**, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, am 24. Mai
Lukowski, Paul, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Lumma, Rudolf, aus Neidenburg, am 23. Mai
Madie, Ursula, geb. **Zuehlsdorff**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 20. Mai
Meier, Liesbeth, geb. **Kasuballa**, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Nolte, Dr. Hans-Gustav, Kreis Lötzen, am 21. Mai
Pender, Irmgard, geb. **Rast**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 24. Mai
Plewka, Erich, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 21. Mai
Plügge, Heinz, aus Goythenen, Kreis Samland, am 24. Mai
Przytulla, Willi, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. Mai
Reinhold, Liebe, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 24. Mai
Rosin, Waltraud, geb. **Jeworrek**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 23. Mai
Schulte, Lisbeth, geb. **Sabrowski**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 24. Mai
Sonesson, Reinhild, geb. **von Keyserlingk**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 20. Mai
Stüve, Waltraud, geb. **Wiescholllek**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 26. Mai
Trinker, Paul, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 25. Mai, zum 86. Geburtstag
Zühlke, Waltraud, geb. **Weirauch**, aus Treuburg, Memeler Straße 9, am 21. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Blankenstein, Horst, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Borchert, Werner, aus Neidenburg, am 21. Mai
Borm, Oskar, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Geß, Ruth, geb. **Korzen**, aus Schrötersau, Kreis Ortelsburg, am 25. Mai
Gottschalk, Günther, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. Mai
Grigoteit, Willi, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Kubatzki, Georg, aus Theerwischwalde, Kreis Ortelsburg, am 25. Mai
Kukowski, Helmut, aus Myartinshöhe, Kreis Lyck, und Kreis Treuburg, am 23. Mai
Lendzian, Heinz, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 26. Mai
Lengick, Hans, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 23. Mai
Lueth, Christel, geb. **Rydzewski**, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 20. Mai
Maeder, Helga, geb. **Pogorzelski**, aus Lyck, am 23. Mai
Meyer, Christel, geb. **Paulini**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 25. Mai
Nogga, Horst, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 24. Mai
Pfannkuche, Irmgard, geb. **Rinio**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 26. Mai
Pitschel, Ursula, geb. **Drossmann**, aus Jürgenrode, Kreis Ebenrode, am 21. Mai
Predehl de Ronero, Frieda, geb. **Brinkmann**, aus Grünberg, Kreis Elchniederung, am 23. Mai
Prosche, Doris, geb. **Engelhardt**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 24. Mai
Sabadil, Dr. Heinz, aus Lyck, Bismarckstraße 4, am 24. Mai
Schäfer, Hanna, geb. **Warstat**, aus Wehlau, Essener Straße, am 23. Mai
Schleg, Anni, geb. **Kowalewski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 21. Mai
Schroeder, Martin, aus Groß Birkenfelde, Rathsgrenz, Kreis Wehlau, am 20. Mai
Sdorra, Günter, aus Sorden, Kreis Lyck, am 24. Mai
Skowron, Georg, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 20. Mai
Städter, Erika, geb. **Klein**, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 23. Mai
Tycowicz, Erika v., geb. **Hoffmann**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 22. Mai
Wolff, Traute, geb. **Kurapkat**, aus Eimental, Kreis Ebenrode, am 24. Mai
Zimmermann, Inge, geb. **Scheffler**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bartschat, Dieter, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Dreyer, Erika, geb. **Lorenz**, aus Bauditten, Kreis Mohrungen, am 23. Mai
Fligge, Doris, geb. **Mögle**, aus Pomedien, Klein Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 26. Mai
Gebauer, Edith, geb. **Kamp**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 25. Mai
Gemsjäger, Marianne, geb. **Ringlau**, aus Wehlau, Große Vorstadt, Kreis Wehlau, am 26. Mai
Grützmacher, Edith, geb. **Langanka**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 26. Mai
Haar, Erika, geb. Ipach, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 21. Mai
Hampe, Jürgen, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 20. Mai
Horn, Christiane, geb. **Glagau**, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 25. Mai
Krafft, Brigitte, geb. **Kapteina**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Loeper, Manfred, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 20. Mai
Nikstat, Reinhard, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Petrat, Kurt, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 24. Mai
Regge, Manfred, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 23. Mai
Rokoschinski, Gisela, geb. **Röhrig**, aus Allenburg, Schwönestraße, Kreis Wehlau, am 26. Mai
Schramm, Brigitte, geb. **Gunia**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 21. Mai
Strasdas, Hanna, geb. **Szameitat**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 24. Mai

Glückwnsche
Fortsetzung auf Seite 16

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Termine der LO

Jahr 2013

17. bis 20. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

8./9. März 2014: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April 2014: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
17./18. Mai 2014: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel.
3./7. November 2014: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 18. Mai, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt.Vor 40 Jahren: Leonid Breschnew besucht als erster sowjetischer Staatschef die Bundesrepublik Deutschland.
Sonnabend, 18. Mai, 11.30 Uhr, NDR: Strandleben – Die Geschichte der deutschen Seebäder.
Sonntag, 19. Mai, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
Sonntag, 19. Mai, 11 Uhr, SWR: Gottes geheimnisvolle Krieger – Die Tempelritter.
Sonntag, 19. Mai, 15.15 Uhr, MDR: Elbaufwärts – 175 Jahre „Sächsische Dampfschifffahrt“.
Sonntag, 19. Mai, 18 Uhr, NDR: Die Elbe von oben (1). Erdkunde.
Montag, 20. Mai, 18 Uhr, NDR: Die Elbe von oben. Von Hamburg bis Cuxhaven.
Montag, 20. Mai, 1.15 Uhr, Phoenix: Immer geradeaus. Von Aachen bis Königsberg. Doku.
Dienstag, 21. Mai, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 175 Jahren: George Westermann gründet in Braunschweig eine Verlagsbuchhandlung.
Dienstag, 21. Mai, 20.15 Uhr, ZDF: Unheimliche Geschäfte. Die Skandale der Deutschen Bank. Doku.
Dienstag, 21. Mai, 20.15 Uhr, Arte: AKW-Rückbau – Zu welchem Preis? Doku.
Dienstag, 21. Mai, 23.30 Uhr, NDR: Der Sturz. Honeckers Ende.
Mittwoch, 22. Mai, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 200 Jahren: Der Komponist Richard Wagner wurde geboren.
Mittwoch, 22. Mai, 20.15 Uhr, Arte: Wagnerwahn. Filmessay.
Mittwoch, 22. Mai, 22.45 Uhr, Arte: Aus Bayreuth: Geburtstagskonzert für Richard Wagner. Unter Leitung des Dirigenten Christian Thielemann.
Mittwoch, 22. Mai, 23.55 Uhr, Arte: Richard Wagner. Der Stummfilm von Carl Froelich von 1913 wurde anlässlich des 100. Geburtstags von Wagner gedreht.
Donnerstag, 23. Mai, 22.30 Uhr, SWR: Planspiel Atomkrieg. Raketenpoker um die Nachrüstung.
Donnerstag, 23. Mai, 23.10 Uhr, MDR: Wie weit links? 150 Jahre SPD.
Freitag, 24. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Krank aus der Klinik. Der Kostendruck veranlasst Krankenhäuser, Patienten möglichst früh zu entlassen und die Verantwortung Hausärzten zu übertragen. Reportage.
Freitag, 24. Mai, 21.15 Uhr, NDR: Albtraum Wohnungseinbruch. Über Opfer, Täter und Vorbeugung.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Dienstag 21. Mai, 14.30 Uhr, Haus der Heimat Kl. Saal, Stuttgart: Treffen der Frauengruppe. Thema „Muttertag und Pfingsten“ und Bericht der Frauengruppenleiterin Uta Lüttich über die Werkwoche der Landsmannschaft Ostpreußen im Kopernikus-Haus in Allenstein. Gäste sind herzlich willkommen.

Ludwigsburg – Montag, 27. Mai, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 25. Mai, 15 Uhr, Orangerie: Edith Richter aus Gunzenhausen erzählt von ihrer Reise in die Heimat Pommern im letzten Sommer.

Bamberg – Bericht von der Jahreshauptversammlung im April – Beim Rückblick war besonders hervorzuheben: Der Besuch einer Gymnasialklasse aus Guttstadt/Ostpreußen [Dobre Miasto] mit ihrem Deutschlehrer. Bei einer Bayernreise war ein Tag in Bamberg eingeplant, der von der Kreisgruppe organisiert wurde. Die Vorsitzende, Frau Pezzei, begleitete den Tag. Nach einem Stadtrundgang mit einer polnisch sprechenden Stadtführerin fand auch ein Empfang im Rathaus durch Stadtrat Dr. Lange statt. Schließlich war der Abschluss in einer typischen Gaststätte; zufrieden und etwas müde ging es weiter nach Bayreuth. Sehr bedauert wurde, dass die Kreisgruppe Bayreuth sich aufgelöst hat, so dass 2012 das letzte der jährlichen Treffen stattfand. Ab sofort gilt für die monatlichen Treffen ein neuer Tagungsort: Café Graupner [Nebenzimmer] Lange Straße. Der Tag der Heimat ist am 29. September im Festsaal der „Harmonie“; das Thema lautet: „Unser Kulturerbe – Reichtum und Auftrag“.

Hof – Bericht über die monatliche Zusammenkunft im April – Es hatte sich eine stattliche Anzahl von Mitgliedern und Gästen eingefunden. Der 1. Vorsitzende Christian Joachim begrüßte die Anwesenden herzlich und freute sich auf den gemeinsamen Nachmittag. Er stieg gleich in seinen Vortrag ein: Die Marienburg, eine Ordensburg – sie liegt etwa 60 Kilometer südöstlich von Danzig an der Nogat, einem Mündungsarm der Weichsel, in der Stadt Marienburg [polnisch: Malbork]. Ihren Namen erhielt die Burg nach der Schutzpatronin des „Ordens der Brüder vom Deutschen Haus St. Mariens in Jerusalem“, wie die vollständige Bezeichnung des Deutschen Ordens lautete. Die Marienburg wird auch als Perle der Ordensburgen in Preußen bezeichnet. Sie ist die größte aus Backstein gebaute Burg in Europa. Der Vortragende gab Einblick in die wechselvolle Geschichte der Marienburg. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Burg zu 60 Prozent zerstört. Danach fiel sie an Polen und wurde vom polnischen Staat wiederaufgebaut. Seit einigen Jahren ist auch die Marienkirche wieder für die Öffentlichkeit zugänglich. Diese wurde nicht renoviert, sondern bisher nur gegen Einsturz gesichert; das Ausmaß der Zerstörung wird so auf eindringliche Weise dokumentiert. Die Marienburg ist heute einer der wichtigsten Anziehungspunkte für Touristen in Polen; sie wird überwiegend als Museum genutzt. Seit dem 7. Dezember 1997 zählt die Marienburg zum Weltkulturerbe der Unesco. Viele Aufnahmen zeigten die Marienburg, die Haupträume [Kirche und Kapitelsaal] mit den schweren Rundsäulen aus Granit. Ein hochinteressanter, geschichtlicher Vortrag von der Vergangenheit, der Gegenwart mit Zukunft. Großer Beifall war der Dank dafür. Jutta Starosta gedachte an den prominenten deutschen Schauspieler Alfred Struwe. Er wurde am 22. April 1927 in Marienburg geboren und starb am 13. Februar 1998 in Potsdam. 1944 wurde er noch zum Militär eingezogen, 1945 fand er in Leipzig wieder zu seiner Familie. Vorrangig widmete er sich der Schauspielerei. Mehrfach verkörperte er den Hitler-Attentäter Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Als kauziger Zahnarzt Dr. Alexander Wittkugel spielte er in 21 Geschichten. Mit der Wende wurde es etwas ruhig um den beliebten Schauspieler. Der 1 . Vorsitzende Christian Joachim dankte an die Vortragenden für das Interesse und bat um regen Besuch mit Gästen zu den nächsten Zusammenkünften.

Ingolstadt – Sonntag, 26. Mai, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

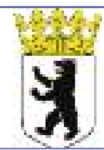
Landshut – Dienstag, 4. Juni, 14 Uhr, Minigolf-Platz, Mitterwöhr: Treffen der Gruppe.

München – Jeden Montag, 18–20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Ansprechpartner Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Nürnberg – Dienstag, 28. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser, Imbuschstraße 1, Endstation der U-Bahn (50 Meter gegenüber): Die Gruppe feiert den Muttertag. Gäste sind willkommen.

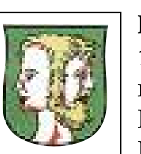
Weiden – Muttertag bei den Ost- und Westpreußen – Der 1. Vorsitzende Norbert Uschald begrüßte im Cafe Mitte viele Mitglieder und Gäste zur Muttertagsfeier. Nach dem Gedenken an das verstorbene Mitglied Hanni Tews hielt Uschald einen Rückblick auf den traditionellen Maibaumaufbau des Heimatrings Weiden. Er bedankte sich bei allen Landsleuten, die sich am Festzug beteiligt haben. Er selbst hatte die Moderation des Rahmenprogramms übernommen. Nach den Heimatliedern „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gratulierte Uschald der Kassiererin Ingrid Uschald zu ihrem Geburtstag. Einen Bericht gab der Vorsitzende von seiner Reise mit der CSU-Arbeitsgemeinschaft UdV (Union der Vertriebenen und Aussiedler) nach Schlesien. Im Mittelpunkt dieser Reise stand der Kontakt zu den Vertretern der deutschen Volksgruppe. Man besuchte Breslau, Kreuzburg und Oppeln. Höhepunkt waren Begegnungen mit Bischof Caja und Erzbischof Nossol. Aber auch Kloster Haindorf in Nordböhmen und Nicklasdorf in Sudetenschlesien standen auf dem Besuchsprogramm. – Andreas Uschald leitete anschließend die Muttertagsfeier mit einem Gedicht ein. Über den Ursprung des Muttertags wusste der Vorsitzende de Interessantes zu berichten. Er ging auch auf die kommerziellen Interessen der Wirtschaft ein, die schon vor 100 Jahren eine Rolle spielten. Danach sangen die Mitglieder Maienlieder, die von Norbert Uschald musikalisch begleitet wurden. Die Mütter wurden schließlich mit vitaminreichen Getränken beschenkt, die Väter erhielten dagegen etwas Hochprozentiges. Mit dem Lied „Kein schöner Land“ verabschiedete man sich bis zum Heimatnachmittag am 2. Juni im Cafe Mitte.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

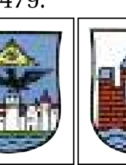


BERLIN

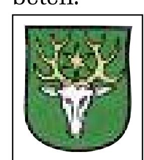
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Lyck – Sonnabend, 1. Juni, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



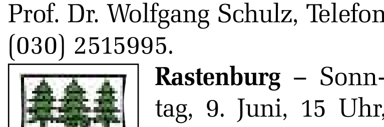
Tilsit-Ragnit / Tilsit-Stadt – Sonnabend, 1. Juni, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen bei Hermann Trilus unter der Telefonnummer (03303) 403881 erbeten.



Wehlau – Sonntag, 2. Juni, 15 Uhr, Gasthaus Linden Garten, Alt Buckow 15 a, 12349 Berlin. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 7. Juni, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppe. Informationen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Rastenburg – Sonntag, 9. Juni, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag unter

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15



Ketelhoth, Nikolaus, Freiherr von, und Ehefrau, aus Hoverbeck, Kreis Sensburg, am 23. Mai

Matthies, Horst, und Ehefrau Hildegard, geb. **Thurau,** aus Hoverbeck, Kreis Sensburg, am 23. Mai

Werner, Kurt, und Ehefrau Erika, geb. **Böhm,** aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 22. Mai

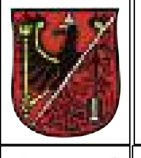
Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

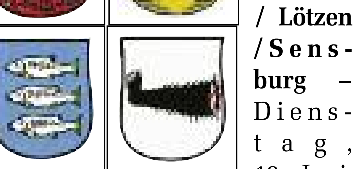
Telefonnummer (033232) 188826 erbeten.



Frauengruppe – Mittwoch, 12. Juni, 13.30 Uhr, Café Tam, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Treffen der Gruppe. Geschichten aus dem Hausbuch ostpreußischen Humors. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.







Gumbinnen / Johannisburg / Lötzen / Sensburg – Dienstag, 18. Juni, Restaurant Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 19, 12203 Berlin: Sommerfest. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635631.



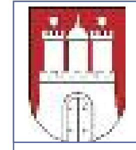
Bartenstein – Sonnabend, 22. Juni, 13 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Zimmer 21, Kirchstraße 1–3, 14163 Berlin. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen.

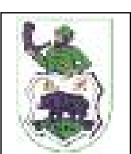
Bremerhaven (Elbing) – Freitag, 31. Mai, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Die Gruppe trifft sich zum Kulturnachmittag. – **Bericht vom Heimatnachmittag am 26. April** – Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende Marita Jachens-Paul sowie dem Verlesen der Geburtstagsliste – besonders gratuliert wurde Gerhard Wedell zu seinem 90. Geburtstag am 29. März – übermittelte die Vorsitzende Grüße von der entschuldigt fehlenden Familie Sandmann, vom 3. Vorsitzenden Klaus Eichholz sowie dem Vorsitzenden der Landesgruppe Bremen, Helmut Gutzeit. Nach kurzem Kaffeeplausch wurde die neue Video-Beamer-Anlage von Wolfgang Paul aufgebaut. Die Anwesenden sahen zwei Filme. Zunächst ging die „Flugreise" nach Nord-Ostpreußen. Auf der Tour von Königsberg bis Insterburg konnte man herrliche Luftaufnahmen der Landschaft sehen, aber auch einzelne Städte besichtigen. Auf Wunsch der 22 anwesenden Ostpreußen gab es noch einen bildlichen Ausflug ins „Romantische Masuren". Dort gab es ebenfalls schöne Aufnahmen von Bauwerken, Landschaften sowie „Seen und dunklen Wäldern". Gut kommentierte Beiträge über ostpreußische Künstler, wie den Schriftsteller Ernst Wiechert, bereicherten diese beiden Filme. Alle waren zufrieden und freuten sich auf die nächste Zusammenkunft am 28. Juni zum Sommerfest. Beschlossen wurde auch, dass die Gruppe am 31. Mai das Deutsche Schifffahrtsmuseum in Bremerhaven besichtigt. Treffpunkt ist 14.15 Uhr am Eingang des Museums. Nach der rund einstündigen Führung besteht die Möglichkeit zum Kaffeetrinken im Museums-Café mit Panoramablick auf die Weser.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585.

KREISGRUPPE



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Rückfragen bei Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail-Adresse: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Landesgruppe Hessen – Bericht von der Landeskulturtagung – Die Landeskulturtagung fand vom 13. bis 14. April in Weilburg an der Lahn statt. Der stellvertretende Landesvorsitzende, Ulrich Bonk, begrüßte zahlreiche Teilnehmer. Den einführenden Vortrag hielt Karla Weyland über „Ost- und Westpreußische Persönlichkeiten". Interessant war, dass die Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Literatur und Politik mittels Briefmarkenmotiven den Teilnehmern nähergebracht wurden. So sahen diese das jeweilige Konterfei der Persönlichkeit auf Briefmarken aus der Bundesrepublik, der früheren DDR, Polens, Schwedens und Südamerikas. Es schloss sich ein weiterer Vortrag Karla Weylands über „Friedrich den Großen und den Bromberger Kanal" an. Die Referentin berichtete über den in den 1770er Jahren erfolgten Bau des Kanals, eines der großen Projekte Friedrichs des Großen. Sie präsentierte eindrucksvolle Zahlen darüber, wie sich dieser Kanal als Teil der Oder-Weichsel-Wasserstraße in den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg positiv entwickelte und wie er die Entwicklung eines ganzen Landstrichs von der Besiedelung bis zum wirtschaftlichen Aufschwung beeinflusste. Im Anschluss brachte Dr. Peter Wörster vom Herder-Institut in Marburg den Teilnehmern das „Leben und Werk von Dr. Hans-Werner Rautenberg aus Preußisch-Holland" näher. Rautenberg war 21 Jahre lang von 1982 bis zum Jahre 2003 als Spezialist für die Geschichte Preußens und Polens am Herder-Institut in Marburg tätig. Interessant waren auch die Ausführungen von Dr. Wörster über den Inhalt und das Spektrum der wissenschaftlichen Tätigkeit des Herder-Instituts.

Vortag über Kaschubei

Am Nachmittag brachte Manfred Baaske mit seinem Vortrag über „Die Kaschuben" diese in Westpreußen siedelnde Volksgruppe den Teilnehmern näher. Vielfach ließ Baaske seine eigenen Erfahrungen einfließen, stammt er doch aus Neu-Paleschken im Kreis Berent und somit aus dem Kerngebiet der Kaschubei. Im zweiten Teil des Nachmittags nahmen Hannelore Neumann und Gerhard Schröder die Teilnehmer „Mit Schiff und Rad auf Spurensuche in Masuren" mit. Mit teilweise sehr stimmungsvollen Lichtbildaufnahmen regten die beiden sicher den einen oder anderen Teilnehmer an, sich zukünftig selbst einmal als Rad-Wanderer in Masuren zu versuchen. Den Abschluss des Tages bildete ein Vortrag von Gerlinde Groß zur „Ostpreußischen Mundart". Am Sonntagmorgen zeigte Wolfgang Lansdorf einen von ihm selbst gedrehten Film über eine Reise durch Ostpreußen, der nicht nur in „Ostpreußische Städte" führte, wie es der Titel zunächst vermuten ließ, sondern durch einmalige Landschaftsaufnahmen mit passender Musik untermalt, faszinierte. Den Abschluss bildete ein Vortrag von Eberhard Traum, der die Teilnehmer über den „Tourismus auf der kurischen Nehrung" informierte. Neben dem Wortbeitrag zeigte er auch zahlreiche Fotos über die Kurische Nehrung, so auch über die weltberühmte Vogelwarte Rossitten.

Darmstadt – Apriltreffen – Außergewöhnlich gut besucht war das Treffen im Kranichsteiner Bürgerhaus am See. Gerlinde Groß rezitierte Texte in ostpreußischem Dialekt. – In Königsberg ist unter der Bevölkerung eine Umfrage zur Umbenennung der Stadt im Gange. Der Name des sowjetischen Präsidenten Michail Iwanowitsch Kalinin, der Mitarbeiter Lenins und Stalins war, soll eliminiert werden. Ob Königsberg seinen alten Namen wieder erhält, ist jedoch ungewiss. Die Frage könne nur durch ein Referendum entschieden werden. Im Gespräch sind auch die Namen Kantgrad und Knjaschgrad. Viele Autofahrer haben schon den Namen Königsberg auf ihrem Nummernschild stehen. Dieter Leitner (BdD) ließ sich nach seiner Begrüßung über den Ursprung der Aprilscherze aus. Die seit dem 17. Jahrhundert bezeugte Wendung kam vermutlich aus Frankreich nach Deutschland. König Karl IX. verlegte 1594 den Neujahrstag vom 1. April auf den 1. Januar. Wer das geänderte Datum vergaß, traf seine Festvorbereitungen am 1. April umsonst. Anni Oest begrüßte alle, die Geburtstag hatten, mit dem Gedicht „Über die kostbare Zeit". Das geistliche Wort sprach Gerhard Turowski. Gisela Keller rezitierte ein mundartliches Gedicht über den Königsberger Schlossteich und las einen Text zum Thema: „Wenn ich alt bin. Woran werde ich mich dann noch erinnern können?"

Familienchronik im Ruhestand schreiben

„Was fange ich mit der vielen Zeit an, die ich dann haben werde?", fragte sich Karin Schnoor nach ihrem Ruhestand im letzten Jahr. Unter dem Titel „Der Anfang war das Ende - das Ende des Krieges" hat sie dann eine Chronik zu ihrer Familiengeschichte verfasst: ein Lebensbericht. Die Eltern der Nachgeborenen stammen aus Danzig. Aus Furcht vor einem Schiffsuntergang entschloss sich die Mutter frühzeitig, mit zwei ihrer älteren Geschwister mit Pferd und Wagen die strapaziöse Flucht entlang der Ostseeküste zu wagen. Sie landeten glücklich in Schleswig-Holstein. Die Reise ging dann weiter nach Wesselburen im Kreis Dithmarschen, wo nach und nach auch ihre beiden ältesten Brüder und ihr Vater eintrafen. Einige Jahre später zog man nach Witten an der Ruhr, wo der Vater Arbeit fand. Es ging ihnen gut und die Mutter konnte Pakete zur Schwester in die DDR schicken. Karin Schnoor erhielt ihre Anregungen durch einen Kurs „Kreatives Schreiben" der Universität des dritten Lebensalters (U3L), einer Abteilung der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe Universität, in dem Teilnehmern vermittelt wird, wie eine Autobiografie interessant zu Papier gebracht werden kann.

Dillenburg – Mittwoch, 29. Mai, 15 Uhr, Café Eckstein, Königsberger Straße: Monatsversammlung. Hans Joachim Naujoks spricht über das Thema „Gumbinnen wird 1732 durch Integration zur Salzburgerstadt". Gäste sind immer willkommen. – **Bei der letzten Monatsversammlung** las Urte Schwidrich einen Artikel aus der örtlichen Dill-Leitung mit dem Titel „Suche nach dem Gold der Ostsee" vor, geschrieben aus polnischer Sicht. Dort wurde beschrieben, dass die Stadt Danzig [Gdansk] bereits seit Jahrhunderten als Mittelpunkt des Bernsteinhandels galt. Nach Winterstürmen wird das seit 40 Millionen Jahren versteinerte Baumharz, das in dicken Schichten vor der Küste lagert, an den Strand gespült. Mit einem bisschen Glück kann ein Bernsteinsucher bis zu 200 Gramm Bernstein an einem einzigen Tag finden.

Geschichte des Bernsteinabbaus

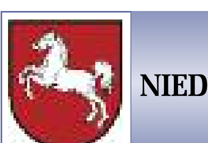
Bernstein gibt es in vielen Farbschattierungen, von beinahe weiß bis dunkelbraun und fast schwarz. Es gibt etwa 300 Sorten. Die Größe reicht vom winzigen Splitter über Murmelgröße bis zum Golfball. Der größte Rohbernstein mit einem Gewicht von 9,75 Kilogramm wird in Berlin aufbewahrt. Bereits in der Jungsteinzeit war Bernstein eine begehrte Handelsware, aus der Schmuckstücke hergestellt wurden. Der baltische Bernstein, der an der gesamten Ostseeküste gefunden wird, stammt ursprünglich aus den urzeitlichen Kiefernwäldern Skandinaviens, aus denen das Harz tropfte, in Jahrmillionen versteinerte und mit der Eiszeit in die Ostsee gespült wurde. Die weltweit größten Bernsteinvorkommen mit geschätzten 650 000 Tonnen liegen in Polen, in Ostpreußen und in Litauen. Meist wird Bernstein im Tagebau abgebaut. Die Wirtschaftskrise um das Jahr 2008 machte der Bernsteinbranche zu schaffen. Fast die Hälfte aller Beschäftigten

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

in den Werkstätten verlor ihren Arbeitsplatz, viele kleinere Betriebe mussten schließen. Bernd Kohlhauer zeigte Fotos vom Bernsteinschmuck einiger Gruppenmitglieder, die berichteten, wo und wann sie ihn erworben hatten. Dazu brachte er immer wieder Informationen aus der Geschichte des Bernsteins.

Kassel – Donnerstag, 6. Juni, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, AWO-Seniorenheim, Am Wehrturm 3: Dia-Vortrag und Filmvorführung von Pfarrer Alfred Scherlies „Reiseeindrücke in Ostpreußen früher und heute".



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Donnerstag, 30. Mai: „Halbtagesfahrt Kaffee, Kuchen und Likör". Die Gruppe besucht das informative Heimatmuseum Goldap in Stade, genießt im Museum Kaffee und Kuchen, fährt durch den blühenden Obstgarten Altes Land an die Elbe zu einem kurzen Verdauungsspaziergang auf dem Elbdeich und besucht zum Abschluss die „Edelbrennerei Nordik" in Jork. Die Teilnehmer tauchen ein in die Welt des flüssigen Obstes, der Kräuter und Aromen und werden mindestens fünf verschiedene Produkte probieren. Kosten pro Teilnehmer 20 Euro. 13.30 Uhr Busabfahrt Buxtehude ZOB, 13.40 Uhr Buxtehude, Denkmal Stader Straße, Rückkehr gegen 19 Uhr. Weitere Haltestellen können bei der Anmeldung erfragt werden. Anmeldung erforderlich bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918.

Osnabrück – Donnerstag, 30. Mai, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Dienstag, 4. Juni, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 3. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 6. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

Bonn – **Ostpreußenreise** der Kreisgruppe vom 13. bis 23. Juni mit Übernachtungen in Posen (Hinfahrt), Allenstein, Sensburg, Frauenburg, Danzig, Stettin (Rückfahrt). Teilnahme am deutschen Sommerfest in Osterode. Ein Tagesbesuch per Taxi nach Königsberg ist möglich, dafür ist ein Visum notwendig. Gesamtkosten für Bus und Halbpension pro Person im Doppelzimmer 858 Euro, Zuschlag für Einzelzimmer 190 Euro. Anmeldung bei Manfred Ruhnau, Bahnhofstraße 35 B, 53757 Sankt Augustin.

Düsseldorf – Sonnabend, 25. Mai, 14 Uhr, Treffpunkt Pegeluhr Altstadt: Wandertreff. Bootsfahrt nach Kaiserswerth und Spaziergang zur „Alten Rheinfähre". – Dienstag, 28. Mai, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Lichtbildervortrag von Peter von Kapri: „Rumänien, das unbekannte Land von Trajan bis Dracula und Ceausescu". – Sonnabend, 1. Juni, 10 bis 18 Uhr: Kursus Weißstickerei. – Mittwoch, 5. Juni, GHH / Konferenzraum: „50 Jahre GHH – Persönlich gesehen", Teil 1. Oskar Böse und Rüdiger Goldmann im Gespräch mit Dr. Sobotta.

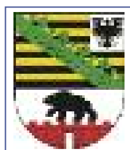
Neuss – Sonnabend, 25. Mai, 12 Uhr, Cornelius-Kirche, Neuss-Erfttal: Großes Grillfest mit ostpreußischen Spezialitäten. –Donnerstag, 6. Juni, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. Gezeigt wird der Film „Schatzkästchen Ostpreußen. Dokumentarfilm zwischen den Jahren 1920–1945".



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 31. Mai, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Liedernachmittag.

Halle – Sonntag, 7. Juni, 14 Uhr, Reilstraße 54, Begegnungsstätte der Volkssolidarität: Treffen der Gruppe.

Magdeburg – Freitag, 31. Mai, 16 Uhr, Sportgaststätte des TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singekreis. – Dienstag, 4. Juni, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 7. Juni, 16 Uhr, Sportgaststätte des TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singekreis.

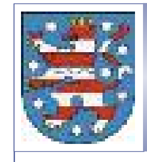


SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Mittwoch, 19. Juni, 8 Uhr, ab ZOB, 8.15 Uhr ab Exe Markthalle: Tagestour mit dem Busunternehmen Hansen-Borg, Handewitt, nach Lüneburg. Besuch des Ostpreußischen Landesmuseums. Verbindliche Platzreservierung nur nach den täglichen Anmeldungseingängen bis zum 11. Juni. Es wird nur ein 18er Bus eingesetzt. Kosten pro Person: Busfahrt 33 Euro, Eintritt ins Museum 3 Euro, Mittagessen 12 Euro. Kaffee, Kuchen, Tee oder Käsebrot ist noch offen, muss bestellt werden.

Mölln –Mittwoch, 22. Mai, 15 Uhr, Quellenhof: Mitgliederversammlung. Frau Rose, eine gebürtige Ostpreußin, wird einen Vortrag halten über ostpreußische Originale. Zum Beispiel vom Königsberger Fischmarkt über die Fischfrauen, mit ihrem eigenen Dialekt, wie sie versuchten, ihre Ware an den Mann zu bringen oder von einem masurischen Pastor mit Namen Pogorzelski, oder von dem Grafen Caroll. Der Dialekt aus Ostpreußen wird wieder aufleben, und die Teilnehmer werden bestimmt viel Spaß und viel zum Lachen haben. Zwischendurch darf auch Kaffee getrunken und Torte gegessen werden und zum Unterhalten wird auch genügend Zeit sein.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Landesgruppe – Sonnabend, 25. Mai, 10 bis 16 Uhr, Brauhaushotel, Arnstadt: Tag der Landsmannschaften. Herzlich eingeladen sind alle ost- und westpreußischen Landsmannschaften. Von 10 bis 12 Uhr hat jede Landsmannschaft die Möglichkeit, ihre landsmannschaftlichen Angelegenheiten zu besprechen und zu regeln, zum Beispiel Neuwahl des Vorstands oder ein ostpreußisches Programm durchzuführen. Von 14 bis 16 Uhr findet ein gemeinsames Kulturprogramm statt.

Jena – Freitag, 24. Mai, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen zum Frühlingsfest zusammen mit der LM Pommern/Westpreußen. Alle Landsleute sind herzlich willkommen! – Donnerstag, 6. Juni: Tagesfahrt mit Reisebus nach Meißen und Niederlommatzsch zusammen mit der LM Pommern/Westpreußen. Führung in der Schauwerkstatt der Porzellan-Manufaktur und Besuch der Porzellansammlung in Meißen und anschließender Schiffsfahrt auf der Elbe. Abfahrt 7 Uhr Jena-Busbahnhof.

Seminar Frauenschicksale

27. bis 29. Mai, Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter, Johannes-Albers-Allee 3, 52639 Königswinter: Seminar **„Frauenschicksale der Kriegs- und Nachkriegszeit – Biografische Schreibwerkstatt für Kriegstöchter und Kriegsenkelinnen"** in Kooperation mit dem kfd-Diözesanverband Köln (Seminar-Nr. 6.051). Es waren oft die Frauen, die sich alleine um das Überleben ihrer Familie im Chaos kümmern mussten. Dieses Seminar bietet die Gelegenheit, sich mit Ihrer eigenen Biografie im Kriegs- und Nachkriegsdeutschland zu befassen und herauszuarbeiten, welche Fähigkeiten und Fertigkeiten Ihnen geholfen haben, gestärkt aus kritischen Situationen hervorzugehen. Zielgruppe des Seminars: Frauen, die die (Nach-)Kriegszeit selbst erlebt haben und Frauen, die diese Zeit aus den Erzählungen ihrer Mütter, Tanten und Großmütter kennen bzw. ein Interesse daran haben. Die einzelnen Themen und Referentinnen des Seminars entnehmen Sie bitte dem beigefügten Seminarprogramm. Der Tagungsbeitrag beträgt 142 Euro im Einzelzimmer, 110 Euro im Doppelzimmer. *PAZ*

Weitere Informationen unter Telefon (02223) 73-122/167, E-Mail: seminare@azk.de

Pressemitteilung

Die Landsmannschaft Ostpreußen hat sich entschlossen, ihre Tagungsstätte Ostheim in Bad Pyrmont dem so genannten „Institut für Staatspolitik" nicht weiter zur Verfügung zu stellen.

Äußerer Anlass für diese Entscheidung war eine Intervention der im Rat der Stadt Bad Pyrmont vertretenen Fraktionen anlässlich der letzten im Ostheim durchgeführten Tagung des sogenannten „Instituts für Staatspolitik".

Die Landsmannschaft wurde darauf aufmerksam gemacht, dass das sogenannte „Institut für Staatspolitik" nach eigenen Angaben führender Personen dieser Einrichtung mit höherrangigen NPD-Funktionären zusammenarbeitet und diese sogar ausbildet.

Darüber hinaus ordnet sich das so genannte Institut für Staatspolitik selbst der sogenannten „Neuen Rechten" zu. Der Begriff „Neue Rechte" steht für eine politische Ausrichtung, die die Beseitigung oder zumindest die Beeinträchtigung des demokratischen Verfassungsstaates anstrebt und versucht, zunächst einen bestimmenden kulturellen Einfluss zu erlangen, um letztlich den demokratischen Verfassungsstaat zu delegitimieren und das politische System grundlegend zu verändern.

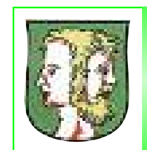
Aus diesem Grund war der Protest in Bad Pyrmont gegen die letzte Tagung des sogenannten „Institut für Staatspolitik" von breiten bürgerlichen Kreisen getragen; eine Kundgebung vor Ort wurde von einem CDU-Mitglied des Stadtrates organisiert.

Für die Landsmannschaft Ostpreußen kommt eine Zusammenarbeit mit Einrichtungen oder Vereinigungen, die mittelbar oder unmittelbar mit der NPD zusammenarbeiten, nicht in Betracht. Ebenso kommt eine Zusammenarbeit mit Personen oder Einrichtungen nicht in Betracht, die den Bestand der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Institutionen oder das Grundgesetz beeinträchtigen wollen.

Im Zuge der Beschäftigung mit diesem Themenkomplex stellte sich darüber hinaus heraus, dass das sogenannte „Institut für Staatspolitik" entgegen anderer Angaben keine Rechtspersönlichkeit besitzt, insbesondere kein eingetragener Verein ist. Es ist also völlig unübersehbar, wer dieses Institut ist, wem es gehört und wer für es zu handeln berechtigt ist. Eine solche Verfahrensweise entzieht den Boden für jegliche geordnete Zusammenarbeit, selbst im Rahmen einer bloßen Vermietung. *LO*

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Kirchenbücher von Ebenfelde und Scharfenrade

Kirchenbücher der Pfarrgemeinden des Kreises Lyck lagern unvollständig entweder beim Evangelischen Zentralarchiv in Berlin oder beim Sächsischen Staatsarchiv in Leipzig. Was im Einzelnen gerettet wurde, kann man im Internet unter der Adresse www.kreis-lyck.de nachlesen. Inzwischen haben die Brüder Ernst Günter und Willi Nikulski in mühevoller sehr lobenswerter Weise die Kirchenbücher der Pfarrgemeinden Ebenfelde (Pissanitzen) und Scharfenrade (Ostrokollen) abgeschrieben. Die Kirchenbücher sind beim Verein für Familienforschung in Ost- und Westpreußen e.V. über Elisabeth Meier, Postfach 2102, 58264 Gevelsberg, zu beziehen. Die Kreisgemeinschaft Lyck ist im Besitz dieser Bücher. Sie können bei unserem Archiv im Hause Elbersufer 20, in Hagen, eingesehen werden. Das Archiv ist immer am letzten Freitag eines jeden Monats von 11 bis 12.30 Uhr geöffnet.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



SENSBURG

Kreisvertreterin (komm.): Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, KF Bettina Moyzyczyk, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www. kreisgemeinschaftsensburg.de

11. Sorquitter Kirchspieltreffen

Am 27. April fand in Bad Sassendorf das 11. Kirchspieltreffen Sorquitten, zugleich 18. Treffen der Ortsgemeinschaft Heinrichshöfen, Rodowen und Heinrichsdorf statt. Bereits im Vorfeld war erkennbar: Die hohe zu erwartende Teilnehmerzahl würde den Rahmen der bisherigen Treffen sprengen. Schon zu den letzten Treffen begrüßten wir einige Landsleute aus der Warpuhner Region. Zu diesem Treffen aber erfolgte eine offizielle Einladung des Warpuhner Kirchspielvertreters, so dass die Warpuhner sich erneut zu ihrem regulären Kirchspieltreffen zusammenfanden. Der Veranstaltungsraum im Hotel „Haus Rasche-Neugebauer“, in dem jeder Ankommende durch den Organisator begrüßt wurde, war eindrucksvoll und festlich hergerichtet worden. Der Festsaal konnte bis auf den letzten Platz gefüllt werden. Zu Beginn seiner Ansprache begrüßte der Sorquitter Kirchspielvertreter Manfred Buchholz die Heimatfreunde beider Kirchspiele sowie das Ehrenmitglied des Sensburger Kreistages Gerhard Terner. Die Rede veranschaulichte das Heimatanliegen dieser Treffen. Zunächst wurde die Erinnerung der letzten Kriegstage wachgerufen. Bilder über die grausame Flucht wurden plötzlich gegenwärtig: Endlose Flüchtlingskolonnen. Kilometerlange Trecks von weinenden, verzweifelnden Frauen mit ihren Kindern und alten Angehörigen. Unzählige Menschen, die in jenen Fluchttagen nicht nur ihre Heimat, sondern auch ihr Leben verloren. irgendwo am Straßenrand. „Wir, die Erlebnisgeneration“ – vernahmen die angespannt lauschenden Anwesenden – „gedenken seit nun fast 70 Jahren dieser erbarmungslosen Flucht und ungerechten, unfairen Grenzverschiebung.“ Auch der Begriff Vertreibung wurde in den weiteren Aussagen wachgerufen, indem sich jeder gedanklich seiner Vertreibung erinnern sollte. „Wie würdet Ihr die Vertreibung darlegen? Welcher Umstand bewirkte Vertreibung? Warum leben wir seit den 50er oder 60er Jahren nicht mehr dort?“, stellte der Sprecher in den Raum und sagte dann: „Bei jedem von uns ergäbe die Erfahrung der Vertreibung eine andere Schilderung. Die deutsche Sprache war im südlichen Ostpreußen strengstens verboten. Wir wurden benachteiligt. Man wollte uns polonisieren. Wir kennen die Situation der Jahre nach 1945. Es wurden zwar Ausreiseanträge gestellt, aber erst nachdem man uns jahrelang drangsaliert hatte. Letztlich mussten wir fort. Vertrieben wurden wir, weil wir deutscher Herkunft waren. Wir waren Deutsche in der Heimat, aber doch Fremdlinge. Wir waren Deutsche, und Deutsche wollten keine Polen werden. Das Leben wurde für uns Deutsche in Ostpreußen in jeder Beziehung unerträglich. Die Vertreibung war gewissermaßen der Abschluss des vom polnischen Kommunismus gewollten Säuberungsprozesses.“ Aus dem Aufgezeigten wurde unmissverständlich, dass auch die Vertreibung der Deutschen aus den deutschen Ostgebieten als ein Unrecht, ja ein Verbrechen einzustufen ist. Die Zeitzeugen würden 1945 und die Jahre danach nicht vergessen. Ein Ort der Erinnerung an jene Zeit sollte das „Zentrum gegen Vertreibungen“ mit Standort Berlin werden. Zu lange habe man ängstlich zu unseren östlichen Nachbarn geschaut, zu sehr sich von dortigen Stimmen einschüchtern lassen. Trotz der Einrichtung „Stiftung, Flucht, Vertreibung“ sei keine wirkliche Gedenkstätte, wie sie für die deutschen Vertriebenen angemessen wäre, zustande gekommen. Buchholz gab zu verstehen, dass die Einführung eines Gedenktages „Nationaler Gedenktag für Opfer der Vertreibung“ von uns Vertriebenen erwartet werde. Bereits in seinem Grußwort im Heimatbrief 2011 habe er sich diesem Thema gewidmet. Die Ungarn seien uns einen Schritt voraus. Ein solcher Gedenktag wurde dort bereits eingeführt. Für Deutschland sollte dieser Gedenktag durch den Bundestag bis zum Jahre 2015, dem 70. Jahrestag von Flucht und Vertreibung, unbedingt eingerichtet werden. „Vorerst aber, liebe Heimatfreunde, setzen wir eigene Zeichen“, beteuerte der Initiator des Kirchspieltreffens, „Zeichen, die uns an die verloren gegangene Heimat erinnern. So etwa wie unser Landsmann Werner Albrecht mit seinem aus der Heimat mitgebrachten Stein, den er auf den Eingangsstufen des Hauses stehen hat, mit der Aufschrift: ‚Dieser Stein kann uns die Heimat nicht ersetzen, doch an sie erinnern‘. Selbst der ‚Sensburger Heimatbrief‘ bringt mit seinen Berichten die Heimat immer aufs Neue in Erinnerung und hilft dadurch, dass sie nicht vergessen wird. Ohne den Heimatbrief wäre unsere Erinnerung an jene Tage ärmer. Tragen wir dazu bei, dass er uns noch lange erhalten bleibt! So sind auch unsere Treffen, hier, in unserem Begegnungsort Bad Sassendorf, keine belanglosen Zusammenkünfte irgendeines Vereins. Sie sind Heimattreffen, durch die wir demonstrieren, was verlorene Heimat bedeutet und dass wir deshalb treu zu ihr stehen. Somit tragen unsere Kirchspieltreffen dazu bei, dass Ostpreußen, unsere Sensburger Heimat mit den Dörfern um Sorquitten und Warpuhnen herum nicht so schnell vergessen werden.“ Nach der Festansprache gedachten die Anwesenden der Opfer des Zweiten Weltkriegs und der verstorbenen Landsleute aus jüngster Zeit. Dann begrüßte der Warpuhner Kirchspielvertreter Alfred Thiel die Teilnehmer und erläuterte die besondere Situation seines Kirchspiels. Ehrengast Gerhard Terner, der die Funktion als Kirchspielvertreter für Sorquitten bis 2009 versah, erinnerte in seinem Grußwort an die Zeit seines Wirkens als Kirchspielvertreter und Beauftragter für die „Bärentatze“ und ermunterte die Landsleute eindringlich zur aktiven Mitgestaltung in den derzeitigen Reihen. Anhand der Fotos einer DVD informierte Buchholz über den neuesten Stand der Sensburger Deutschen Gesellschaft und weitere Veränderungen und Erneuerungen im heimatlichen Gebiet. Landsmann Albrecht zeigte mit seinem Videofilm kurze Ausschnitte der beiden letzten Kirchspieltreffen sowie der Kreistreffen. Während des Informationsteils wurde den Teilnehmern für die zweckgebundene Sammlung des Treffens 2012 gedankt, aus deren Ergebnis ein neuer Kühlschrank und ein Staubsauger für die Geschäftsräume in Sensburg beschafft werden konnten. Das Dankschreiben des Vorstandes der „Bärentatze“ sowie die Einladung an Besucher, die nach Sensburg reisen, wurden verlesen. Landsmann Siegfried Herrmann erläuterte die finanzielle Lage des Deutschen Vereins in Sensburg, rief zur erneuten Spendensammlung auf, die eine beachtliche Summe für die dortige Vereinigung erbrachte. Der Nachmittag stand gänzlich den

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 20



Erfreulich hoher Zuspruch: Mehr Teilnehmer als im Vorjahr beim Kirchspieltreffen Sorquitten

Bild: privat

Kreuzworträtsel

geometrische Linie; Stadt in den Niederlanden; Basis, Voraussetzung; Sammlung altnord. Dichtung; zulässig, gestattet; Einmannruderboot; Bottich, hölzernes Fass; unermesslich; norwegische Hauptstadt; ein Pariser Flughafen; Gebälkträger (Baukunst); begeisterter Anhänger (engl.); männlicher Nachkomme; blütenlose Wasserpflanze; gebogen, gebeugt; Freizeitanlage; den Geist betreffend; eine Zahl; österr. Bad im Salzkammergut; Fleck; Zeichen; durch suchendes Schauen entdecken; hochgewachsen, groß; Peddigrohr; sportlich in Form; griechischer Buchstabe; großes Transportschiff; Seebad in Kalifornien (USA); römischer Liebesgott; Pflanzenfaser; Aufruhr, Revolte; Tanzlokal, -veranstaltung; Heer; Heeresverband; deutsches Mittelgebirge; Entgegennahme, Empfang; Gebirge zwischen Europa u. Asien; Wärmegradeinheit; sportlicher Wettkämpfer; afrik.-indischer Storch; asiatischer Halbesel; Kletterpflanze, Waldrebe; großartig, hervorragend; englische Prinzessin; Wertloses (ugs.); Bohle, Planke; scherzh.: wilder kleiner Junge; auf etwas, jemanden zu; Empfindung; Gefühlsausdruck; Oper von Flotow; Nichtfachmann; Stadt in Pakistan; Gebirgs-, Heilpflanze; Spion, Spitzel; achten, anerkennen; Schließvorrichtung, Sperre; Berg im Himalaja (Mount ...); Überzug; Deckschicht; Zirkusarena; früher; lieber; Feldertrag; Angehöriger eines Reitervolkes; Bestie; Verpackungsgewicht; Kultbild der Ostkirche; Schmuckstein; seitliche Körperpartie; Park in Wien; Kosten anteilmäßig verteilen; dunkelblauer Farbstoff; schmal; begrenzt; lange, schmale Vertiefung; kleines hirschartiges Waldtier; Erdgeschoss; Wohlwollen; Staat in Nahost, Persien; kostspielig; blassroter Farbton; frühere niederländische Münze; Werk von Homer; die Gesichtshaut straffen; Hartschalenfrucht; ägyptische Göttin; zeitlos; immerzu; Zimmerwinkel; griechische Friedensgöttin; Gebirgsmulde; Irrtum; Abkürzung für Summa; Abk.: Informationstechnologie; Brauch, Sitte (lat.); süddeutsch für Brötchen; kegelförmiges Indianerzelt; Kfz-Zeichen Karlsruhe; auf der anderen Seite; Künstler in Zirkus und Varieté; Wassersportler

PAZ13_20

Sudoku

8	3			7			5	2
9			6		1			3
3	1		8		7		9	5
	5						7	
7	9		1		6		8	4
5			2		4			1
1	2			8			6	7

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

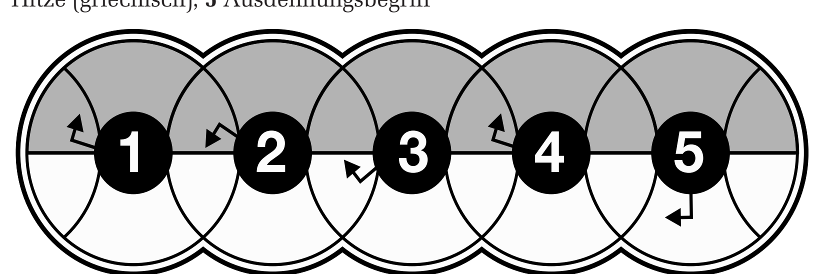
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gemüsepflanzen.

1 indische Hafenstadt
2 Patron der katholischen Kirche
3 Kalkstein, Schreibstift
4 Filmklassiker (2 Wörter)
5 Spottschrift
6 Wandpapier

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Fehlerlosigkeit.

1 Strahlenkranz, 2 Kinderfahrzeug, 3 Manuskriptprüfer, 4 Vorsilbe: Wärme, Hitze (griechisch), 5 Ausdehnungsbegriff



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Madras, 2. Joseph, 3. Kreide, 4. Ben Hur, 5. Satire, 6. Tapete – Moehre, Spinat

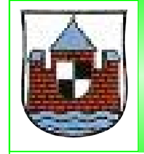
Kreiskette: 1. Korona, 2. Roller, 3. Lektor, 4. thermo-, 5. Breite – Korrektheit

Sudoku:

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 19

Begegnungen und dem unermüdlichen Erzählen zur Verfügung. Lange nach der Kaffeezeit, gegen 17 Uhr, endete das Treffen. Eine Teilnehmerin gab die Stimmung treffend wieder: „Es war einmalig schön, hier zu sein. Ich hätte es mir nicht verziehen, wenn ich heute zuhause geblieben wäre.“ So mancher Besucher verließ das Treffen mit dem heißen Wunsch, im nächsten Jahr wieder dabei zu sein. Fazit: Es war rundum ein gelungenes Kirchspieltreffen, auf das wir auch im kommenden Jahr nicht verzichten wollen.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Schulgemeinschaft SRT

Zum 70. Schultreffen der ehemaligen Schüler des Tilsiter Realgymnasiums konnten in Verden/Aller 31 Teilnehmer begrüßt werden. Gerhard Pfiel ging in seinem Vortrag auf die Geschichte der siebzig Schultreffen seit Gründung der SRT ein und stellte dar, wie die Schulkameraden über viele Jahrzehnte hinweg das Andenken an die Schule und ihre Vaterstadt bewahrt haben und den Zusammenhalt pflegten. Bei einer am Vortag stattfindenden Arbeitstagung war man übereingekommen, zur Weiterführung der Schulgemeinschaft ein arbeitsfähiges Team zu bilden. Unter zustimmendem Beifall der Anwesenden wurde der neue Vorstand vorgestellt: Klaus-Jürgen Rausch als Schulsprecher, Gerhard Pfiel als Stellvertreter und Schatzmeister, Dieter Wegerer und Klaus Bluhm als Revisoren. Der Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Tilsit, Hans Dzieran, der anschließend das Wort ergriff, dankte den gewählten Vorstandsmitgliedern für ihre Bereitschaft, sich in die ehrenamtliche Arbeit einzubringen und den Fortbestand der Schulgemeinschaft zu wahren. Er würdigte die Arbeit der Schulgemeinschaften als tragende Säulen der Tilsiter Stadtgemeinschaft und sicherte ihnen jedwede Unterstützung zu. Klaus-Jürgen Rausch dankte für das entgegengebrachte Vertrauen und gab bekannt, dass die Schulgemeinschaft trotz erheblicher altersbedingter Abgänge immer noch 169 Schulkameraden in ihren Reihen vereint. Er verwies auf das neue Spendenkonto 164110809, Pfiel SRT Schulgemeinschaft, bei der Postbank München, BLZ 700 100 80 und bat um Spenden zur Förderung der Gemeinschaftsarbeit. Nach einer Totenehrung und dem Gesang des Ostpreußenliedes, begleitet von Albrecht Dyck auf der Mundharmonika, rief Klaus Bluhm zu einem Erinnerungsfoto auf. Am nächsten Tag lernten die Teilnehmer bei einer Führung die Sehenswürdigkeiten von Verden kennen. Am Nachmittag ging es an Bord der „Flotten Weser“ zu einer zweistündigen Schiffsfahrt. Das Schultreffen war eine gelungene Veranstaltung, deren Vorbereitung noch in den Händen von dem kürzlich verstorbenen Gernot Grübler lag. Ihm galt ein besonderes stilles Gedenken.

Lehrgeld

Großvater war einziger Sohn eines Hufschmiedes; also sollte er das ebenfalls werden. Mein Großvater wollte das auf keinen Fall, sein Traum war Kunstschmied. Es gab viele Dispute mit dem Ergebnis: Der strengste Schmiedemeister im Umkreis wurde gefunden, wo mein Großvater seine Lehre antrat. Nur sonntags kam er nach Hause. Ostpreußen hatte sehr harte Winter und der Lehrjunge schlief in einer unbeheizten Mansarde. Am Morgen war die Bettdecke steifgefroren. Nach einiger Zeit beklagte sich mein Großvater bei seinem Vater. Die Antwort lautete: „Lehrjahre sind keine Herrenjahre“.

Mein Großvater hat dort auch seinen Schmiedemeister gemacht. Bei einem Wettbewerb ostpreußenweit wurde mein Großvater in Königsberg für seine eingesandte Schmiedearbeit mit dem gut dotierten 1. Preis ausgezeichnet. Mein Urgroßvater hat das nicht mehr erlebt, er hätte das teure „Lehrgeld“ doppelt und dreifach wieder rein bekommen. *Ria Lisk*

Ostpreußisches Landesmuseum

Veranstaltungen:

Dienstag, 4. Juni, 14.30 Uhr, Kosten: 5 Euro (inkl. Kaffee und Gebäck): **Walter von Sanden-Guja - Naturschriftsteller aus Ostpreußen**. Vortrag von Dr. Christoph Hinkelmann im Rahmen der Reihe „Museum erleben“ Walter von Sanden-Guja (1888-1972) war nach Hermann Löns der bedeutendste Naturschriftsteller des 20. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum. Er hatte eine hervorragende Beobachtungsgabe und vermochte es, das Gesehene einfühlsam und zugleich interessant zu beschreiben. Aus seinen Texten spricht eine tiefe Liebe zu den Tieren, die er trotz ihrer Andersartigkeit als Mitgeschöpfe respektierte. Der Vortrag stellt Walter von Sanden-Guja und seine Biographie ausführlich vor. Beispiele für sein schriftstellerisches Werk ergänzen die Bilder.

Donnerstag, 6. Juni, 19 Uhr, Kosten: 9/6 Euro: **Jubiläumskonzert... langer Atem...** Solowerke aus 40 Jahren für Flöten von und mit Helmut W. Erdmann. Konzert im Rahmen der Reihe „Neue Musik im Museum“. Helmut W. Erdmann wurde 1947 in Emden geboren und studierte in Braunschweig (Orchesterdiplom) und Hamburg. Seit 1975 ist er der künstlerische Leiter der Veranstaltungsreihe Neue Musik in Lüneburg, seit 1977 außerdem Leiter des Fortbildungszentrums für Neue Musik Lüneburg. Erdmann erhielt zahlreiche Auszeichnungen, wie den Kulturpreis des Landkreises Lüneburg. Seit 1998 ist er Präsident der Europäischen Konferenz der Veranstalter Neuer Musik (ECPNM).

Dienstag, 18. Juni, 14.30 Uhr, Kosten: 5 Euro (inklusive Kaffee und Gebäck): **Das Erleben des Elementaren. Der Expressionist Karl Eulenstein.** Führung durch die neue Sonderausstellung mit Dr. Jörn Barfod im Rahmen der Reihe „Museum erleben“

Mittwoch, 19. Juni, 19 Uhr, Kosten: 4 Euro: **Buchvorstellung: Das Memelland von Hermann Pölking.** Das Memelland war eine Region, in der Deutsche, Litauer, Kuren, Russen, Polen und viele andere aufeinander trafen. Es war immer preußisches Grenzland gewesen. Laut Versailler Vertrag 1919 stand es unter Verwaltung des Völkerbundes und wurde 1923 von Litauen besetzt und annektiert. Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kam es 1939 wieder zu Deutschland. Heute gehört das Memelland wieder zu Litauen. Hermann Pölking nimmt den Leser mit auf eine Reise durch die Geschichte dieser europäischen Landschaft. Von Nimmersatt, dem einst nördlichsten Dorf des Deutschen Reichs, über das Sommerhaus von Thomas Mann auf der Kurischen Nehrung bis hin zur Landschaft um das Dorf Willkischken, die Johannes Bobrowski zum Schriftsteller werden ließ. So entsteht eine lebendig erzählte Geschichte, die als Kulturführer in das Gepäck jedes Baltikum-Reisenden gehört. Hermann Pölking, geboren 1954 in Bremen, studierte Publizistik in Westberlin, wo er ab 1979 Gesellschafter beim Verlag Elefanten Press war. Seit 1983 ist er Lektor, Herausgeber und Buchautor. . *OL*

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0, E-Mail: presse@ol-lg.de

Polen unter der Lupe

Vortrag des Deutsch-Kanadiers Fröschle liegt als Broschüre vor



Die Landsmannschaft Ostpreußen in Nordrhein-Westfalen hat einen Vortrag des 1937 in Leipzig geborenen deutsch-kanadischen Germanisten Hartmut Fröschle unter dem nüchternen Titel „Die Deutschen in Polen 1918 bis 1939. Wiedergeburt des Staates Polen. Hauptdaten und Vorgeschichte“ als Broschüre herausgebracht. Völlig zu Recht bezeichnen es die Vorstandsmitglieder des Herausgebers Ulrich Penski und Jürgen Zauner in ihrem Vorwort als „notwendig, auch die Ereignisse und Handlungen des polnischen Staates, der katholischen Kirche und der polnischen Bevölkerung in den Blick zu nehmen, die zur Entwicklung und zum Ausmaß des politischen und kriegerischen Konflikts im Zweiten Weltkrieg beigetragen haben“.

Dem zweiseitigen Vorwort folgen leicht zu lesende 16 Seiten Text mit immerhin 55 Fußnoten. Und das ist gut so, denn die wenigen Seiten sind gespickt mit Zitaten, welche die polnische Politik kompromittieren und (wohl) deshalb in bundesdeutschen Schulbüchern kaum zu finden sind. Allerdings würde es die Recherche erleichtern und die Verwendung der Broschüre in (geschichts-)politischen Diskussionen erleichtern, wenn in den Fußnoten mehr auf Primärquellen verwiesen worden wäre. Interessant ist die Gegenüberstellung zwischen der naiven Polenbegeisterung nicht zuletzt der Deutschen auf der einen Seite und dem elitären polnischen Messianismus auf der anderen. Klar wird der Unterschied der Interessen herausgearbeitet, wenn Adam Mickiewicz mit den Worten zitiert wird: „Um einen allgemeinen Krieg bitten wir Dich, o Herr.“ Tatsächlich bringt der Erste Weltkrieg die Mittelmächte dazu, einen polnischen Staat herzustellen, aber gedankt wird ihnen dieses nach dem Krieg wenig. Auch darüber wird in der Broschüre detailliert berichtet. Das primär von den westeuropäischen Großmächten zu verantwortende Diktat von Versailles kann mit seinen Ungerechtigkeiten und Abweichungen vom postulierten Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht genug thematisiert werden. Doch selbst die Grenzen der Pariser Vorortverträge genügten der restaurierten Rzeczpospolita nicht. In dem Kapitel über den „Imperialismus des neuen Staates“ hätte ruhig noch mehr darauf eingegangen werden können, dass Zwischenkriegspolen mit allen seinen Nachbarn in Unfrieden lebte, um der Mär von der deutschen Alleinschuld an den schlechten deutsch-polnischen Beziehungen, die schließlich in den Zweiten Weltkrieg mündeten, entgegenzuwirken.

Informationen nicht überall zu lesen

Im Kapitel „Systematische Eindeutschung“ wird dann noch einmal verdeutlicht, dass die Zweite Republik nicht nur in ihrer Außen-, sondern auch in ihrer Innenpolitik einen entschiedenen antideutschen Kurs fuhr.

Der Text ist gegliedert in die Kapitel „Die Wiedergeburt des polnischen Staates Polen und Hauptdaten ihrer Vorgeschichte“, „Das europäische Polenbild im 19. Jahrhundert“, „Polnischer Messianismus“, „Die vierte polnische Teilung; Polen nach 1815“, „Der Erste Weltkrieg“, „Der neue polnische Staat und seine Gewaltmaßnahmen“, „Regelungen in Versailles“, Imperialismus des neuen Staates“, „Die Abstimmungen und ihre Folgen“, „Systematische Eindeutschung“, „Die Zuspitzung des Konflikts in den Jahren 1938 und 1939“ und „Fazit“. Bebildert ist der Text mit zwei Karten, welche das kleindeutsche Kaiserreich und die Dreiteilung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt. Ungleich spannender sind eine polnische Propagandakarte, welche die Gebietsforderungen gegenüber Deutschland offenbart, eine Karte der Landsmannschaft Ostpreußen welche die Bevölkerungsverteilung 1945 und die anschließende „Bevölkerungsverschiebung“ verdeutlicht, und die allegorische Darstellung des „Kampfes um das preußische Masowien“ aus einer polnischen Propagandaschrift.

Wer sein Wissen um die Geschichte Polens zwischen den polnischen Teilungen und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und 1918 und 1939 durch einige politisch unkorrekte Informationen erweitern will, die man nicht überall findet, der kann die Broschüre bei der LO-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, Buchenring 21, 59929 Brilon, zum Preis von 2 Euro, ab 5 Exemplaren 1,50 plus Versandkosten, bestellen. *M. Ruoff*



Durch die Blume gesprochen

Wenn es Rosen, Nelken, Tulpen regnet – Von Mai bis August überbieten sich österreichische Gemeinden mit ihren Blumenfesten

Landauf, landab ziehen in diesen Wochen echte Blumenkorsos durch die Straßen vieler Orte in Österreich. Was wie Karnevalszüge aussieht, sind bunt geschmückte Wagen, mit denen die Alpenbewohner das Blumenfest zelebrieren.

Wegen seiner feinen Trachten ist das Ausseerland im Salzkammergut seit Langem weltberühmt. Inzwischen hat sich jedoch auch die Kunde vom Brauchtum um Altaussee, Bad Aussee und Grundlsee bis ans andere Ende der Welt verbreitet. Denn beim Ausseer Narzissenfest 2011 war das chinesische Staatsfernsehen zu Gast. Dank Internet ist der Bericht jetzt auf dem ganzen Globus zu sehen.

Doch damit nicht genug. Ob es nun die Narzissen waren oder einfach nur die umwerfende Landschaft, die Chinesen haben sich derart in das Salzkammergut verliebt, dass sie im Reich der Mitte ein ganzes Dorf der Region nachgebaut haben. 2012 wurde in der subtropischen Provinz Guangdong nach nur einjähriger Bauzeit eine Kopie der Unesco-Welterbe-Gemeinde Hallstatt eingeweiht, samt Kirche und See. Auf das chinesische Blumenfest à l'autrichienne darf man gespannt sein. Es kommt bestimmt.

Micky Maus aus Blumen gebunden

In Österreich selber hat das Blütenfest längst zahlreiche Nachahmer gefunden. Während im Ausseer Land in diesem Jahr vom 29. Mai bis 2. Juni bereits das 54. Narzissenfest über die Bühne geht, schicken sich die Tiroler mit ihrem Blumenkorso in Seefeld (4. August), Kirchberg (15. August) und Ebbs (24. und 25. August) an, den Ausseern den Anspruch auf Österreichs größtes Blumenspektakel streitig zu machen.

Denn sie alle legen sich mächtig ins Zeug und kein Superlativ ist dabei übertrieben. Will jeder Teilnehmer mit seiner floralen Kreation doch nicht nur die Jury überzeugen und einen Preis mit nach Hause nehmen. Er will vor allem die Herzen erfreuen, die der Touristen, aber auch die seiner Landsleute. Und welches Herz geht nicht auf, wenn es Micky Maus, Snoopy, Tom und Jerry oder Lucky Luke, indische Elefanten, fliegende Pferde, Riesenschnecken, ja ganze Kirchenbauten aus Abertausenden von Blumen zusammengesteckt an sich vorüberziehen sieht?

Dass die Figuren vor allem Kinderherzen höher schlagen lassen, ist kein Zufall. Die Blumenschauen sind auch und besonders ein Fest des Nachwuchses. So steht das florale Defilée in Seefeld dieses Jahr gar unter dem Motto „Zauberhafte Märchenwelt“. Jedes Jahr tauchen im Blumenkorso neue Figuren auf. Wenn sie mit bis zu 50 bunt verzierten und reich bestückten Blumenautos und auf Hochglanz polierten Oldtimern, alten Traktoren und Feuerwehrautos durch die Orte gezogen werden, nehmen sie jedoch auch gerne einmal Bezug auf das traditionelle oder aktuelle Tagesgeschehen.

Bis zu eine halbe Million Blüten, darunter Dahlien, Nelken, Gerbera oder Sonnenblumen, werden auf jeder Veranstaltung in Tirol verbraucht. Mehr als das Doppelte, rund 1,2 Millionen Blüten, sind es im Ausseer Land. Denn von Mitte Mai bis Mitte Juni überzieht hier – je nach Höhenlage – die wild wachsende Sternblütige Narzisse (Narcissicus radiiflorus) die Wiesen mit weißen Tupfen. Man nennt sie auch Dichter-Narzisse (Narcissicus poeticus), was kein Zufall ist. Zieht das Ausseerland seit dem 19. Jahrhundert doch zahllose Dichter, Schriftsteller, Maler, Bildhauer, Musiker, Komponisten, aber auch Wissenschaftler, Gelehrte und Schauspieler wie magisch an.

Nicht nur aus Österreich: Johannes Brahms, Gustav Mahler und Richard Strauss haben das Herz des Salzkammergutes genauso besucht wie Sigmund Freud, Sinclair Lewis, Thomas Mann oder Carl Zuckmayer. Heute führen Künstlerwege auf ihren Spuren durch die schöpferische Landschaft, die zwölf Kilometer lange Via Artis Bad Aussee, die vier Kilometer lange Via Artis Altaussee, die bei dem von Alois Mayrhuber gegründeten Literaturmuseum beginnt, die zehn Kilometer lange Via Artis Grundlsee, die zwölf Kilometer lange Via Artis Grimming-Orte.



Froschkönig aus der Steiermark: Narzissenfestumzug im Ausseerland — Bild: Narzissenfestverein Ausseerland

Ein Großteil der insgesamt 3000 freiwilligen Helfer beim Pflücken der Blumen und Stecken der Figuren sind hier Jugendliche. „Diese Zahl an Helfern muss man erst einmal zusammenbringen“, sagt Ernst Kammerer vom Tourismusverband. Schließlich zählen alle drei Gemeinden zusammen gerade 8000 Seelen. Und er ergänzt: „Aber der Stolz auf Tradition und Heimat, diese Freude, gemeinsam etwas zu schaffen, ist überall spürbar. Und wenn diese teils aus mehr als 100 000 Einzelblüten bestehenden Figuren dann auf dem See schwimmen, berührt einen das noch tiefer als die beeindruckende Landschaft.“ Denn beim Narzissenfest – und nur hier – teilt sich der Blumenkorso in einen Autokorso, der durch Bad Aussee führt, und einen Bootskorso, der über den tiefgrünen Grundlsee gleitet. Ein Augenschmaus, den sich Jahr für Jahr 20 000 Zuschauer gönnen.

Vollkommen unmotorisiert bewegt sich der florale Umzug dagegen seit 25 Jahren durch Ramsau (8. bis 9. Juni). Ebenfalls vor spektakulärer Kulisse zu Füßen des Dachstein, der zum Unesco-Weltnaturerbe zählt.

Beim Frühlingsfest der Pferde ziehen Noriker, Haflinger, Lippizzaner und Vertreter anderer Rassen bis zu 20 Blumenfiguren durch den Ort. Rund 200 geschmückte Tiere und über 500 Personen wirken an dem zweistündigen Umzug mit. Historische Brauerei- und Feuerlöschwagen, Streitwagen oder Spiderkutschen sind dabei genauso mit von der Partie wie Reitergruppen auf blumengeschmückten Rössern oder Trachten-, Musik- und Schnalzergruppen. Noch Tage nach dem Fest zieren die meist aus Margeriten, rotem Klee und als grüne Beigabe Schwarzbeer-Laub – also den Blättern von den vielen Wald-Heidelbeer-Sträuchern, die es in Ramsau am Dachstein gibt – geschmückten Wagen die Ortseinfahrten und in die Höfe.

„Bei unserem Umzug gibt es nicht einmal ein Begleitfahrzeug. Man ist hautnah an den Figuren und Tieren dran und kann mit dem Kutscher gar ein Schnapserl trinken oder ein gemeinsames Foto schießen. Denn es wird immer wieder einmal stehen geblieben“, erklärt eine Ramsauerin voller Stolz auf die echten Pferdestärken.

In Österreich dürfte es kein anderes derartiges Fest geben. Schon gar nicht in dieser lebenden Pferdestärke. Doch der Kutschenkorso hat Schule gemacht, wenn auch in anderer Verbindung. Seit mittlerweile 13 Jahren lockt der Heufiguren-Umzug im Salzburger Land immer mehr Besucher nach Sankt Martin am Tennengebirge. Alljährlich am letzten Sonntag im August ziehen hier in der landestypischen Begleitung von Schnalzern und Trachtlern Noriker und Haflinger zusammen mit Oldtimer-Traktoren kunstvoll gestaltete Heuskulpturen durch den Ort.

Im Gegensatz zu den Blumenfiguren kann man sich bei den Kreationen aus Heu Zeit lassen. Und so arbeitet der eine oder andere Heuart-Künstler auch schon einmal mehrere Wochen an seinem Werk. Die Besten schaffen es auf den Heufigurenweg in Annaberg-Lungötz, um auch Jahre danach noch bestaunt werden zu können. Die Blumenpracht dagegen ist nur ein vorrübergehender großer Rausch. *Helga Schnehagen*

Spionageblick auf die Elbe

Von oben auf Straßen, Häuser und Menschen gespäht – Mit zwei Filmen kann man Pfingsten den Norden aus der Vogelperspektive sehen

Vielflieger fragen am Schalter nach Beinfreiheit. Wer mehr vom Flug haben will, bittet um einen Platz am Fenster. Fatal ist freilich, wenn man im Flugzeug auf der falschen Seite sitzt: rechts die interessante Küstenlinie, links nur Wasser. Die bessere Vogelperspektive hat man aus einem Helikopter: Rundumsicht und langsames, beschauliches Fliegen.

Dafür gibt es in diesen Tagen zwei sehenswerte Beispiele: Die „Elbe von oben“ wird im Fernsehen, die „Ostsee von oben“ in 400 deutschen Kinos intensiv erlebbar. Beide Filmteams arbeiteten mit Spezialkameras, die ursprünglich von Militär und Geheimdienst für gestochen scharfe Bilder genutzt wurden.

Pfingstensonntag und -montag zeigt das NDR-Fernsehen jeweils um 18 Uhr in zweimal 45 Minuten „Die Elbe von oben“. Genau genommen sind es nur die letzten 250 der rund 725 Kilometer von Deutschlands zweitlängstem Fluss, die ins Bild kommen – die Elbe, wie sie vom weitgehend noch naturbelassenen Lauf zum betriebsamen Strom wird. Dies sei vorweg schon denen gesagt, die Dresden oder Magdeburg, die Sächsische Schweiz oder gar die versteckte Quelle auf der böhmischen Seite des Riesengebirges vermissen und im Titel zu viel Versprochenes sehen.

Dokumentarfilmer Marcus Fischötter und Kameramann Michael Dreyer beginnen ihren vom NDR in Auftrag gegebenen Hubschrauber-Ausflug bei Schnackenburg, wo die Elbe sich noch durch Auwälder und Feuchtwiesen windet und seit 1997 ein Biosphärenreservat der Unesco ist. Die Festung Dömitz und die benachbarte Gemeinde Rüterberg kommen in Sicht. Hier beginnt für den Zuschauer oder vielmehr den „Mitflieger“ im Fernsehsessel schon der besondere Reiz des Ausflugs entlang der Elbe, sozusagen die intimere Sicht. Wie von einem Adlerauge erspäht, zoomt die Kamera Menschen heran, die bei einer imaginären Zwischenlandung von Leben und Arbeit am Fluß erzählen.

So ist es der Bürgermeister von Rüterberg, der daran erinnert, dass die Elbe bis 1989 zwischen Schnackenburg und Lauenburg streng bewachte innerdeutsche Grenze war. Seine Gemeinde, jahrelang von Stacheldraht eingeschlossen und Tag und Nacht von Grenztruppen kontrolliert, erklärte sich kurz vor der Wende zur „Dorf-Republik Rüterberg“, um so der Isolation zu trotzen.



Filmhauptrolle: Die Elbe bei Cuxhaven — Bild: NDR

Weiterflug, immer neue Sicht von Altbekanntem. Und Gespräche mit denen, die von der einst russischen Armeekamera herangezoomt werden: der Binnenschiffer auf dem Weg nach Magdeburg; der Wasserkundler, der Proben dem wieder sauber gewordenen Fluss entnimmt; die letzten Elbfischer, die Stint und Aal, aber auch eingewanderte Wollhandkrabben für China-Restaurants fangen; ein Gemüsebauer in den Vier- und Marschlanden und in Hamburg, schließlich eine 23-jährige Barkasenführerin der Hafenbehörde.

In Hamburg beginnt Teil zwei des Films. Am Elbufer in Blankenese, wo Autor Fischötter zuhause ist, trifft er einen Schiffs-„Spotter“, einen Mann, der Schiffe auf der verkehrsreichsten Wasserstraße der Welt“ fotografiert. 20 000 hat er schon in seinem Archiv.

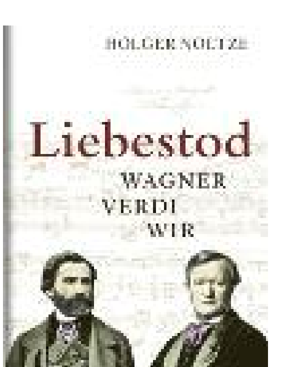
Auf der anderen Elbseite steht die alte Küsterin vor der Kirche von Altenwerder, dem einzigen Bau, der geblieben ist, nachdem ihr Dorf vor 40 Jahren dem Ausbau des Containerhafens weichen musste. Der Schäfer auf dem Deich, der Obstbauer im Alten Land, woher jeder dritte in Deutschland geerntete Apfel kommt, ein Holzschnitzer, der verrottete Duckdalben zu Knollennasenmännern werden lässt, der Protestler vom Atomkraftwerk Brockdorf und ein Krabbenfischer in der nun kilometerbreiten Flußmündung geben der Elbsicht von oben jetzt von unten Gesicht und Stimme.

CIA-Spionagekamera zum Einsatz gebracht

„Die Ostsee von oben“ kommt als abendfüllender Film ab 23. Mai in 400 deutsche Kinos, ausschließlich in Luftbildern. Und auf Großbildleinwand ist das noch faszinierender, als es der größte Flachbildschirm zuhause zu bieten vermag. Die Filmemacher Silke Schranz und Christian Wüstenberg knüpfen damit an den Erfolg von 2011 an, als ihr Film „Die Nordsee von oben“ unter den Naturdokumentationen Platz eins eroberte.

Diesmal fliegen sie entlang der Ostseeküste von Flensburg bis Usedom. Strände, die Boddenlandschaft, Rügens Kreidefelsen, aber auch die Städte Kiel, Lübeck, Rostock, Stralsund und Greifswald haben sie im Fokus der unter dem Helikopter montierten schwenkbaren Kamera aus CIA-Spionage-Diensten. Ohne Fördergelder hat das Duo Schranz-Wüstenberger das Projekt von der Recherche über Schnitt bis hin zu Vertonung und Verleih in zweijähriger Arbeit mit aller Leidenschaft allein gestemmt.

Silke Schranz weiß um den Reiz dieser Von-oben-Filme: „Unsere Heimat, die wir doch zu kennen glauben, ist aus der Luft nicht mehr dieselbe.“ Und von einigen Sequenzen ihres Ostsee-Filmes schwelgt sie geradezu: „Die Farben erinnern an Karibik und Südsee. Jedes Bild ist ein Gemälde.“ *Karlheinz Mose*



Opern-Duett

Lieber Wagner oder Verdi?

Kaum jährt sich der Geburtstag von Richard Wagner (am 22. Mai) und von Verdi (am 10. Oktober) zum 200. Mal, wird der Buchmarkt mit unzähligen Biografien, Monografien oder Bildbänden über die beiden Großmeister der Oper überschwemmt. Einer, der gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlägt, ist der Musikexperte Holger Noltze. In seinem Buch „Liebestod – Wagner, Verdi, Wir“ zieht er Parallelen zwischen den Leben und Werken beider Komponisten. Wenn es danach geht, könnte man unzählige Doppelbiografien verfassen, etwa weil zwei Geistesgrößen einmal zufällig durch denselben Ort gefahren sind oder dasselbe Sauerstoffatom eingeatmet haben.

Doch Noltzes Mixtur geht überraschend gut auf. Einmal abgesehen davon, dass Wagner und Verdi im selben Jahr geboren wurden und sich als Opernkomponisten betätigten, haben sie weitere biografische Ähnlichkeiten aufzuweisen, die sie in ihrem Werk thematisch verarbeitet haben.

Als motivische Klammer dient bei Noltze der „Liebestod“. Gewiss sind Liebe und Tod, wie der Autor anmerkt, „Themen der Oper von Anfang an“. Doch wie kommt es, dass beide Komponisten ihre schönste Musik schufen, wenn ihre Protagonisten tatsächlich wegen der Liebe sterben? Am ausgeprägtesten sicherlich bei Wagner in „Tristan und Isolde“. Aber auch im „Fliegenden Holländer“, im „Tannhäuser“ und im „Lohengrin“ sterben die Helden an gebrochenem Herzen.

Und bei Verdi? Da folgt Aida ihrem geliebten Radames freiwillig mit in den Tod. Aber auch „Rigoletto“ oder „Othello“ enden auf ähnlich fatale Weise.

Nun gut, der Liebestod ist eben ein typisch romantisches Motiv. Es wäre ja auch zu profan, wenn die vergreist und grauhaarig gewordenen Helden einfach am Schlaganfall oder am Herzinfarkt stürben. Wo bliebe da die Leidenschaft? Und hier setzt Noltze seine biografische Klammer an. Beide Komponisten waren vom Typ her extrem leidenschaftlich – in der Liebe wie in der Politik. Dass Wagner wie Verdi bei der musikalischen Gestaltung der amourösen Verwicklungen in ihren Opern aus eigenem Erleben geschöpft haben, ist offensichtlich.

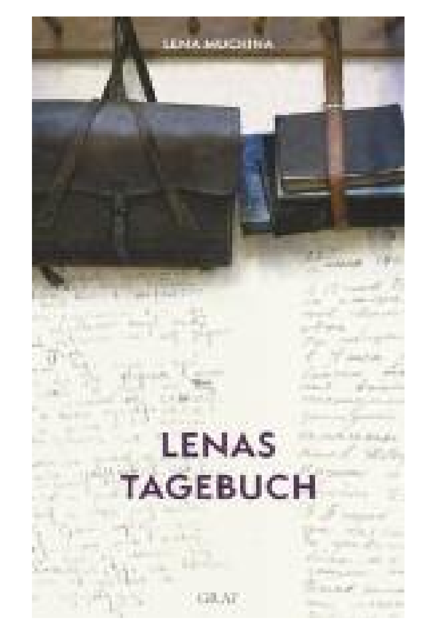
Doch ihre Liebe ging noch weiter, nämlich die für das Vaterland. Beide waren politisch extrem aktiv. Wenngleich sich trotz aller Parallelen deutliche Unterschiede aufzeigen, wie Noltze betont: Wagner als gescheiterter Revolutionär, der wie ein geprügelter Hund aus Sachsen fliehen musste, und Verdi als gefeierter Volkstribun, der sich erfolgreich für die Einheit Italiens eingesetzt hat und als Abgeordneter ins erste italienische Parlament gewählt wurde.

Dass Wagner wie auch Verdi eigene biografische Erfahrungen mit in das Werk eingeflochten haben, ist nicht gerade neu. Welcher Künstler tut das nicht? Doch Noltze frischt den Stand der musikwissenschaftlichen Erkenntnis spritzig und pointiert auf. Dabei kommt ihm zugute, dass er als Musikprofessor in Dortmund sachlich fundiert argumentiert und als Journalist sowie Moderator unter anderem beim WDR sein Publikum jederzeit bei der Stange halten kann.

Zwei Fliegen mit einer Klappe

Das gelingt ihm vor allem bei seinen Opernanalysen. Wer eine Einführung in „Nabucco“, „Der Fliegende Holländer“, „Lohengrin“, „La Traviata“, „Aida“ sowie „Tristan und Isolde“ braucht, der wird bei Noltze bestens bedient. Dass sich der Autor dabei eher als Verdianer denn als Wagnerianer outet, spielt keine Rolle. Eine zehnseitige Chronik mit den wichtigsten Daten beider Komponisten sowie parallel abgelaufenen historischen Ereignissen rundet das unterhaltsam geschriebene Werk ab, dem ein Namensverzeichnis zum leserfreundlichen Nachschlagen aber gut angestanden hätte. *Harald Tews*

***Holger Noltze: „Liebestod – Wagner, Verdi, Wir“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2013, gebunden, 450 Seiten, 24,99 Euro*



Tischlerleim statt Liebe

Tagebuch über die Blockade Leningrads im Zweiten Weltkrieg

Vom Verlag als „russische Anne Frank“ beworben, ist nun seit einigen Wochen das Tagebuch von Lena Muchina auch in deutscher Sprache erschienen. Wenn der Verlag auch ein wenig zu dick aufträgt, so ist „Lenas Tagebuch“ doch durchaus lesenswert, denn es zeigt, wie ein Krieg das Leben von Menschen innerhalb kürzester Zeit auf den Kopf stellen kann und wie aus einem lebenslustigen, pubertierenden Mädchen eine Tischlerleim essende Kreatur werden kann, die mit letzter Kraft ihre letzten Angehörigen zur Totensammelstelle transportiert.

Lena Muchina selbst kann zu den Umständen, unter denen sie ihr Tagebuch 1941 und 1942 in St. Petersburg/Leningrad schrieb, also während der Belagerung durch die deutsche Wehrmacht, im Nachhinein nichts mehr sagen. Sie verstarb bereits 1991 im Alter von 66 Jahren in Moskau, nicht ahnend, dass ihre verloren gedachten Aufzeichnungen noch existieren. Diese wurde zwar bereits 1962 einem Archiv übergeben, doch dort wusste man über mehrere Jahrzehnte nicht, wer die Verfasserin des Tagebuchs war und ob dieses authentisch ist. Erst bei der Durchsicht eines anderen Nachlasses fanden russische Archivare Hinweise auf Lena Muchinas Aufzeichnungen, und erst 2011 wurde das Tagebuch in Russland veröffentlicht. Ins Deutsche übersetzt wurde der Text dann von Lena Gorelik, die 1981 selbst in St. Petersburg/Leningrad geboren wurde und in einem Vorwort beschreibt, wie die Erlebnisse ihrer Großmutter während der deutschen Blockade noch zwei Generationen später ihre Kindheit geprägt haben. Goreliks Hinweis darauf, dass die Überlebenden der Belagerung von der sowjetischen Propaganda als Helden gefeiert wurden, helfen, Lena Muchinas Aufzeichnungen historisch einzuordnen.

Von Heldentum ist jedoch in dem Tagebuch nicht viel zu spüren. 632 253 Zivilisten starben offiziell während der 900 Tage andauernden Blockade an Hunger, Krankheit oder durch Bombardements, aber auch weil die Sowjets absolut überfordert waren. Lena Muchina überlebte zwar, aber, wenn auch nur wenig über ihr weiteres Leben bekannt ist, offenbar erfüllte sich keiner der Träume, für die Muchina hatte überleben wollen. Für die Liebe wollte sie leben, doch nichts deutete daraufhin, dass ihr das gelang, von Krankheiten geplagt, blieb sie kinderlos und unverheiratet. Doch die Sehnsucht nach Liebe ist es wohl, die die 1924 Geborene immer wieder motivierte.

Das erste Drittel ihres Tagebuchs dreht sich nur um ihre Liebe zu ihrem Mitschüler Wowka. Nebenbei schreibt sie über Prüfungen in der Schule, ärgert sich über Mitschülerinnen, plappert sowjetische Propaganda über die deutschen „Untiere mit menschlichem Antlitz“ nach und erwähnt nebenbei Luftangriffe, die sie sowie ihre Tante, bei der sie aufwächst, und die bei ihnen lebende 75-jährige Aka in den Keller treiben. Auch spielt sie mit dem Gedanken, Krankenschwester zu werden, denn so könnte sie ja junge Männer kennenlernen. „Mama“ nennt Lena ihre Tante. 1941 stirbt dann auch ihre leibliche, schwerkranke Mutter, was Lena in ihrem Tagebuch betrauert, ohne zu wissen, dass erst Aka und dann ihre „Mama“ sie auch bald verlassen werden.

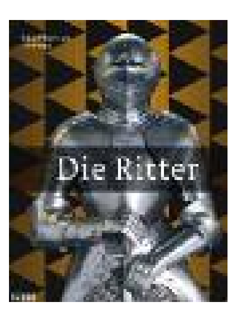
Aufzeichnungen einer 16-Jährigen wurden erstmals veröffentlicht

Stück für Stück wird die Versorgungslage der Bevölkerung schwieriger, in den Geschäften ist fast nichts zu bekommen, doch von 125 Gramm Brot am Tag kann man nicht überleben. Mehr und mehr schreibt Lena nur noch darüber, wo sie was zu essen ergattert hat. Freude über erfolgreiche „Beutezüge“ wechselt sich ab mit Frust über Tage des Hungers. Man spürt stets, dass hier eine 16-Jährige schreibt, die sich ausprobiert. Mal dichtet Lena, am Ende schreibt sie in dritter Person über ihr Leben.

Akas Tod am 1. Januar 1942 empfindet Lena erst als Segen, hofft sie doch, dass ihre „Mama“ und sie die Lebensmittelkarten der alten Frau für die nächsten Tage behalten können und sie sich endlich einmal satt essen können, doch Lenas Wunsch erfüllt sich nicht, sie muss weiter „Sülze“ aus Tischlerleim essen und freut sich sogar darüber, weil diese das Gefühl des Hungers vertreibt. Als jedoch ihre „Mama“ vor Entkräftung stirbt, weiß Lena nicht, was aus ihr werden soll und ist auf fremde Hilfe angewiesen. Dass diese in harten Zeiten nicht allzu leicht zu bekommen ist, erfährt der Leser, ist aber doch erstaunt, dass es trotz allem Überlebenskampf immer wieder Menschen gibt, die sich des Mädchens annehmen, das verzweifelt hofft, endlich aus der Stadt evakuiert zu werden.

Ob die erwachsene Lena Muchina es gewollt hätte, dass ihr Tagebuch veröffentlicht wird, ist zu bezweifeln, denn natürlich vertraut sie ihrem Tagebuch all ihre intimen Sorgen und Wünsche an. Das sorgt dafür, dass man sich als Leser manchmal wie ein Voyeur vorkommt. Allerdings ist „Lenas Tagebuch“ auch ein authentisches Zeitzeugnis von historischem Wert und für Historiker gehört die Verletzung der Privatsphäre von Toten zum Alltag. *R. Bellano*

***Lena Muchina: „Lenas Tagebuch“**, Graf, München 2013, gebunden, 374 Seiten, 18 Euro*



Mit offenem Visier

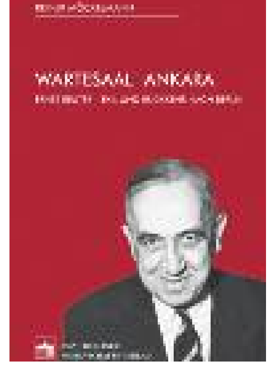
Vom Aufstieg bis zu ihrem Untergang: Eindrucksvolles Buch über die Ritter

Dass das Mittelalter gar nicht so fern ist, merken wir unterbewusst täglich. Etwas im Schilde führte doch jeder schon einmal. Auf hohem Ross sitzt man sicher auch hin und wieder. Man bricht eine Lanze für den Kollegen oder rüstet sich für die berufliche Herausforderung. Verweist man nicht auch im täglichen Umfeld die anderen häufig in die Schranken? Unsere Sprache ist voll von Begrifflichkeiten aus der Ritterzeit. Also sind wir doch noch ganz nah dran. Wer darüber hinaus etwas erfahren will, hat nun die Chance, sich den Rittern per Buch zu nähern.

Man bleibt schon am Einband hängen, muss einfach über die glänzende Ritterrüstung streichen. Rein optisch erliegt man bereits beim Betrachten des kostbaren Bandes „Die Ritter“ aus dem Theiss-Verlag Stuttgart dem Glanz dieser vergangenen Epoche. Die Autoren Sabine Buttinger, Historikerin an der Universität München, und Jan Keupp, Lehrer für die Geschichte des Mittelalters an der Universität Münster, verdienen sich also erste Sporen bereits durch das ansprechende Äußere ihres neuen Buches. Fast ist es, als ob man vom adligen Krieger im Harnisch auf dem Einband beobachtet wird. Gleich öffnet sich sicher das Visier, also schnell weiter geblättert.

Als Königssohn Parzival streift man durch das Werk und stellt wie er die Frage: „Du nennst dich Ritter, was ist das?“ So das Thema des ersten Buchteils. Über den Adel des Frühmittelalters, den höfischen Edelmann und den Ritter im Kampf wird detailliert berichtet. So ist zu erfahren, dass man sich den Krieger nicht als heroischen Einzelkämpfer vorstellen darf. Der Sieg in der Schlacht gehörte dem Teamspieler, der sich der Disziplin des Kampfverbandes unterzuordnen hatte. Im zweiten Teil betreten wir mit eisernen Fußstapfen die Wege dieser Adligen. Wie wurde man überhaupt Ritter? Wir schauen in ihre Burgen, lernen ihren Alltag, ihren Kampf, die höfischen Turniere kennen und werden schließlich über den Untergang des Rittertums informiert. Wer dieses Meisterwerk in Händen hält, legt es so schnell nicht wieder beiseite. Man geht auf Zeitreise und kann nicht mehr an Rückkehr denken. Zu faszinierend die Texte, zu fesselnd die Bilder. Wer jemals eine Frage zum Rittertum hatte, wird hier Antwort finden. Und darf danach mit offenem Visier mit anderen Wissbegierigen die Klingen kreuzen. *Silvia Friedrich*

***Sabine Buttinger, Jan Keupp: „Die Ritter“**, Konrad Theiss, Stuttgart 2013, 192 Seiten, 29,95 Euro*



Notheimat Türkei

Über Ernst Reuter und andere Deutsche, die während der NS-Zeit in Ankara Schutz suchten

Türkische Universitäten galten in der NS-Zeit als beste deutschsprachige Hochschulen im Ausland – wegen der zirka 100 deutschen Professoren, die dort Exil gefunden hatten. Zusammen mit Assistenten, Dozenten und Bibliothekaren dürften es rund 1000 Personen gewesen sein, die die Türkei, an sich kein klassisches Exilland, zu einem „Modellfall der Elitenemigration“ machten. Wie 1492 die iberischen Juden (Sephardim) Zuflucht im Osmanischen Imperium fanden und diesem eine Fülle neuer Techniken mitbrachten, so schützte ab 1933 die Türkei zahlreiche deutsche Wissenschaftler, zumeist „nichtarische“, woraus eine unschätzbare „Entwicklungshilfe“ für türkische Wissenschaft, Kultur, Verwaltung und Musik resultierte. Details bringt das faktenreiche, leserfreundliche Buch „Wartesaal Ankara. Ernst Reuter – Exil und Rückkehr nach Berlin“ von Reiner Möckelmann, einem früheren Diplomaten und noch aktiven Türkei-Kenner.

Zentralfigur der deutschen Kolonie in Ankara war der spätere Regierende Bürgermeister von West-Berliner, Ernst Reuter, laut US-Geheimdienstlern ein „entschiedener und intelligenter Gegner“ von Hitlers System. Reuter (1889–1963) wies damals schon eine ungewöhnliche Biografie auf: Als Kriegsgefangener in Russland wurde er 1918 von Lenin zum Volkskommissar der Wolgadeutschen bestimmt, 1926 war er Kommunalpolitiker in Berlin, 1931 Oberbürgermeister von Magdeburg, von den Nationalsozialisten 1933/1934 zweimal ins KZ geworfen, bis er 1935 über England in die Türkei gelangte, wo er mit seiner Familie bis 1946 blieb.

Reuter hat die Türkei mitunter „zweite Heimat“ genannt, dann wieder die „goldenen Ketten“ beklagt, die er durch die Ungewissheit kurzfristiger Verträge tragen musste. Ganz ernst dürfte das nicht gewesen sein, denn seine inzwischen guten Sprachkenntnisse und sein fachliches Renommee in Urbanisierung, Städteplanung und Kommunalverwaltung machten ihn unersetzbar. Mit der „Notgemeinschaft Deutscher Wissenschaftler im Ausland“ verschaffte er bedrängten Fachleuten Arbeit und Wohnung in der Türkei. Dabei kam ihm zugute, dass dieses von Atatürk reformerisch umgekrempelte Land einen enormen Bedarf an innovativem Geist hatte, den Reuter und sein Kreis befriedigten.

Über 100 Professoren wählten Ankara als Exil

Lange Passagen des Buchs füllen Porträts deutscher Wissenschaftler und Künstler, die damals in Ankara wirkten. Nur wenige dieser Mediziner, Juristen, Ökonomen und Dirigenten sind noch bekannt, womit auch viel Wissen um stilles Heldentum verloren ging, zum Beispiel von dem Ärztepaar Erna und Albert Eckstein, die, als Juden aus Deutschland vertrieben, in Ankara Helfer aller Diplomatenkinder, dabei so in Angst vor Hitlers Verfolgung, dass sich Albert Eckstein nur unter dem Schutz Atatürks zu einer Behandlung nach Wien wagte.

Kürzer und „bissiger“ sind Möckelmanns Aussagen über NS-Diplomaten in Ankara und ihre Umtriebe, beginnend bei Botschafter Franz von Papen, vormals Hitlers Vizekanzler, und dessen großmäuligen Adlatus Hans Kroll, 1958 erster westdeutscher Botschafter in Moskau. Ein besonderes Übel war der NS-Kulturfunktionär Herbert Scurla, der Reuter und andere laufend verfolgte und denunzierte, nach dem Krieg aber als Agitator in der DDR Karriere machte.

Reuter, der schon 1943 mit dem „Deutschen Freiheitsbund“ Überlegungen zur Nachkriegsentwicklung anstellte, kam spät nach Berlin zurück, wo ihn Vorbehalte bei Bevölkerung und Besatzern sowie kommunistische Hetze gegen ihn als „Türken“ und „Papens Schützling“ empfingen. Im Juni 1947 verhinderte ein Veto der Sowjets seinen Amtsantritt als Oberbürgermeister. Er revanchierte sich am 9. September 1948 mit seiner legendären Rede an „die Völker der Welt“, die das Ende von Stalins Berlin-Blockade einläutete. *W. Oschlies*

***Reiner Möckelmann: „Wartesaal Ankara. Ernst Reuter – Exil und Rückkehr nach Berlin“**, Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2013, gebunden, 368 Seiten, 29 Euro*

Musik von Friedrich II.

CD

Vol. I
Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 14,95


CD

Vol. II
Die Flötenkonzerte
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 14,95

CD

Vol. III
Die Sinfonien
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 14,95

Alfred M. de Zayas
Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts
Geb., 508 Seiten + 32 Seiten mit Fotos und Dokumenten, 8. erweiterte Neuauflage
Best.-Nr.: 2335, € 29,80



Gerhard Wisnewski
verheimlicht, vertuscht, vergessen
Was 2012 nicht in der Zeitung stand
Kart., 364 Seiten
Best.-Nr.: 7231, € 7,99



Gottfried Piefke
Gottfried Piefke, Preußische Armeemärsche
Es spielt das Stabsmusikkorps Berlin unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein
1. Preußens Gloria; 2. Der Alsenströmer; 3. Herwarth Marsch; 4. Erinnerung an Weimar; 5. Margarethen Marsch; 6. Gitana Marsch; 7. Düppeler Sturm Marsch; 8. Pochhammer Marsch; 9. Siegesmarsch von Metz; 10. Kaiser Wilhelm - Siegesmarsch; 11. Lymfjordströmer; 12. Der Königgrätzer Marsch; 13. Düppel - Schanzen - Sturm – Marsch. Großer Zapfenstreich nach D.S. Bortnjanskij; 14. Anmarsch mit Parademarsch. Marsch des York'schen Korps; 15. Locken zum Großen Zapfenstreich; 16. Zapfenstreichmarsch 17. 1. Post; 18. 2. Post; 19. 3. Post; 20. Zeichen zum Gebet; 21. Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet; 22. Nationalhymne 23. Abmarsch
Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894
€ 14,95

Preußen-Koppelschloss „GOTT MIT UNS“
Replik
2-Dorn-Koppelschloss
Maße: B: 63 mm, H: 48 mm
Best.-Nr.: 7215



€ 19,95



Ursula Pasut
1945: Die Schatten der Flucht
Traumatische Erlebnisse in Ostpreußen - und die Geschichte einer späten Heilung
Kart., 143 Seiten
Best.-Nr.: 7230, € 8,99

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95



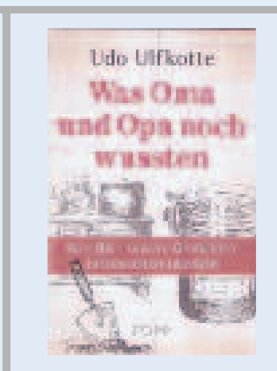
Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen – die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes.
Geb., 395 Seiten, 123 Abb.
Best.-Nr.: 7209, € 19,80



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



Asfa-Wossen Asserate
Deutsche Tugenden Von Anmut bis Weltschmerz
Gebunden, 239 Seiten
Best.-Nr.: 7222, € 17,95



Udo Ulfkotte
Was Oma und Opa noch wussten
So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.
Geb., 233 Seiten
Best.-Nr.: 7225, € 19,99



Wilhelm Hankel
Die Euro-Bombe wird entschärft
Geb., 176 Seiten
Best.-Nr.: 7229 , € 19,99

Thomas Wieczorek
Abgewirtschaftet
Warum unser Land verkommt und wer daran verdient.
Kart., 350 Seiten
Best.-Nr.: 7223, € 9,99



Joachim Starbatty
Tatort Euro
Bürger, schützt die Demokratie, das Recht und euer Vermögen
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7226, € 19,99

Elchschaufel-Schirmmütze




Elchschaufel-Schirmmütze
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Preußen-Schirmmütze




Preußen-Schirmmütze
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Königsberg-Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Märchen der Brüder Grimm
gelesen von Brigit Edenharter und Kristin Wolf
Brüderchen und Schwesterchen Vom Mäuschen, Vöglechen und der Bratwurst Die Geschenke des kleinen Volkes Das Wasser des Lebens Die drei Sprachen Der alte Großvater und der Enkel Der Teufel mit den drei goldenen Haaren



Spieldauer: 72:53 Min
Best.-Nr.: 7227
€ 14,95

Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen
Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfoniegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.
Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. Abends treten Elche aus den Dünen, 13. Laßt uns all nach Hause gehen, 14, Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. 0 käm das Morgenrot herauf, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, u.v.m.

CD

Hörproben finden Sie auf meiner Internetseite

Best.-Nr.: 6934
€ 12,95



Der Deutsche Orden - Auf den Spuren der Ritter
Laufzeit: ca. 145 min
Best.-Nr.: 7221, € 14,95



Der Deutsche Osten
in alten Bildern
Eine einzigartige filmische Reise
Laufzeit: ca. 65 min.
Best.-Nr.: 7207, € 9,95



Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95



Märsche des Soldatenkönigs 1688-1740
Fahnentruppenmärsche, Grenadiermärsche, Musketiermärsche, Trupp-Märsche, Vergatterung u. Zapfenstreiche
Gesamtspielzeit: 44:33
Best.-Nr.: 7112, € 17,95



Christel Wels
Wir hatten immer Angst
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90

CD
Mit dem Ostpreußenlied

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95




Musique pour Luise
Das „Ensemble Sans Souci Berlin“ unter der Leitung von Christoph Huntgeburth
Gesamte Spieldauer: 64:23 Min
Best.-Nr.: 6900, € 14,95




Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min,
29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr.: 7203, € 12,95

Schlüsselanhänger Belling'sche Husaren



Inschrift: VINCERE, AUT MORI, emaillierte Vorderseite
Best.-Nr.: 6959, € 5,95

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen




Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893
€ 14,95

Pro Patria, Märsche und Lieder

CD

1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

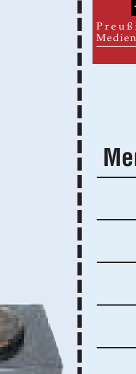
€ 17,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

Standbild Friedrich II.
Wunderschöne detailgetreue Darstellung, Metallguß bronziert auf Mamorsockel, Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

20/13

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

D-Mark-Umfrage unterschlagen

Berlin – Bei der ARD-Sendung „Hart aber fair“ mit Frank Plasberg wurde das Ergebnis einer Zuschauerbefragung offenbar wegen des Ausgangs nicht gezeigt. Die Frage „Wünschen Sie sich die D-Mark zurück?“ hatten 80,7 Prozent bejaht. Statt das Resultat in der Sendung zu bringen, wurde es nur auf der Internetseite publiziert. Auf Anfrage des Wirtschaftsportals „MMnews“ sagte Plasbergs Redaktion, die Umfrage sei nicht repräsentativ. *H.H.*

Schwarzes Schaf der Mao-Familie

Peking – Die chinesische Führung zeigt sich derzeit verärgert über das Gebaren der Mao-Enkelin Kong Dongmei. Die Gucci-tragende Millionärin, die ihr Geld mit einem Versicherungskonzern und einem Auktionshaus machte und zu den 250 reichsten Menschen Chinas zählt, stellt ihren Reichtum offen zur Schau. Zugleich verdient die überzeugte Kapitalistin nebenbei Geld mit einem Verlag, der die kommunistischen Schriften ihres Großvaters verlegt. *Bel*

ZUR PERSON

Umstrittener Kandidat

Es hat ihn selbst am meisten überrascht, dass Peer Steinbrück ihn für sein Kompetenzteam ausgewählt und ihm den Posten des Arbeitsministers bei einem Wahlsieg der SPD in Aussicht gestellt hat: Der 60-jährige IG-Bau-Vorsitzende **Klaus Wiesehügel** soll SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück in dessen Wahlkampf als Garant für die Traditionstreue der Partei unterstützen. Wiesehügel erfüllt alle Klischees der Volkspartei SPD: Als Arbeiterkind aus dem Ruhrgebiet erlernte er wie sein Vater den Beruf des Betonbauers in Mülheim/Ruhr und arbeitete ab 1974 beim Baukonzern Hochtief. Dort begann auch seine Karriere als Gewerkschaftsfunktionär. Bereits 1983 war er Sekretär der gewerkschaftlichen Bezirksverbände Mülheim/Oberhausen und Krefeld. 1995 wurde er zum Bundesvorsitzenden IG Bau gewählt. Wiesehügel kündigte nun an, beim Gewerkschaftstag der IG Bauen-Agrar-Umwelt im September nicht mehr zu kandidieren.



Innerhalb der Partei wird die Berufung des Gewerkschafters mit gemischten Gefühlen gesehen. In der 14. Wahlperiode von 1998 bis 2002 war Wiesehügel SPD-Bundestagsabgeordneter. Er mobilisierte gegen Gerhard Schröders Reformpolitik, Hartz IV und die Rente mit 67. Mit der Agenda 2010 wolle er „keinen Frieden machen“, so Wiesehügel damals. Auch jetzt sind die Themen „Mindestlohn“ und „Rente mit 67“ wichtige Projekte für den Gewerkschafter. Auch „Fehlsteuerungen“ in der Agenda 2010 will er überprüfen. Statt für Zuversicht sorgt Wiesehügel eher für Verwirrung über die Ausrichtung der SPD. Da auch Andrea Nahles bereits als Favoritin für das Arbeits- und Sozialministerium gehandelt wurde, dürfte eine Kandidatur Wiesehügels für Misstöne innerhalb der Partei sorgen, die einer Rettung Steinbrücks eher entgegenstehen. *MRK*



Zeichnung: Mohr

Langsam und hässlich

Warum eine Grüne keine Miss-Wahlen mehr will, warum jetzt Kommunismus angesagt ist, und wie Beate Zschäpe fast bei Assad war / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Der Kampf gegen Diskriminierung ist die Lebensaufgabe der Grünen, die Gleichstellung aller mit allen das unverhandelbare Ziel. Auf der Pirsch nach Benachteiligung und Ausgrenzung durchstreifen sie unermüdlich alle Lebensbereiche, jeder Winkel wird ausgeforscht.

Die familienpolitische Sprecherin des Landesverbandes Berlin, Marianne Burkert-Eulitz, hat einen Ort entdeckt, der den Gleichstellern und Antidiskriminierern bislang durch die Lappen gegangen war: „Bei Miss-Wahlen werden grundsätzlich Menschen unserer Gesellschaft ausgegrenzt“, klagt sie. Zum Beispiel solche, die nicht groß und schlank seien. Diese Ausgrenzung „entspricht doch nicht dem Menschenbild“, so Burkert-Eulitz voller Empörung.

Stimmt: Die äußerlich eher weniger gelungenen Resultate menschlicher Fortpflanzung haben bei der Kür zur Miss Sowieso kaum Chancen. Warum das der Frau Burkert-Eulitz erst jetzt aufgefallen ist? Wer im Netz nach Fotos von ihr sucht, findet das Porträt eines pummeligen Jungen unbestimmten Alters. Das vermeintliche Bürschchen ist die 40-jährige Marianne. Es ist davon auszugehen, dass sie Miss-Wahlen bislang gemieden hat und daher so spät auf den Skandal stieß.

Ja, Sie haben ja recht. Spott über Äußerliches ist gemein, tut man nicht, eigentlich. Aber seien Sie doch ehrlich: Wenn Sie lesen, dass jemand gegen Schönheitswettbewerbe zu Felde zieht, wollen Sie dann nicht auch sofort wissen, wie der aussieht? Eben.

Mal sehen, was als nächster Diskriminierungsherd ausgerottet wird. Denken wir nur an all die Sportwettkämpfe: Die Schwachen, Lahmen, Fetten und sogar die Faulen werden da brutal ausgegrenzt, kriegen nie was ab. Genauso in der Schule, im Beruf, ja sogar in der Partnerwahl: Wer sich für einen entscheidet, diskriminiert automatisch alle anderen. Man sollte die Partner künftig von einer Kommission zuteilen lassen, damit alles gerecht und ohne Ausgrenzung vonstattengeht.

Wir diskriminieren, ohne es uns einzugestehen, ständig vor uns hin. Jede freie Entscheidung, sei es die Wahl des Essens oder ob wir im Wald links oder rechts abbiegen, der Beschluss, wo wir den Urlaub verbringen oder, oder: Überall setzen wir die (oder das) zurück, wogegen wir uns entschieden haben. Entspricht das etwa „dem Menschenbild“?

Selbstverständlich nicht. Nun wissen wir auch, warum die Grünen ständig neue Vorschriften ersinnen: Was wir essen, wie wir heizen, wie wir uns fortbewegen und wie schnell, was wir von anderen Kulturen halten, wen wir einstellen und an wen wir vermieten (Allgemeines Gleichstellungsgesetz), wofür wir unser Geld ausgeben (Steuererhöhungen) und so weiter. Viele werfen den Grünen vor, sie wollten die Bürger „gängeln“. Wie ungerecht: In Wahrheit geschieht das alles nur, um uns und unsere Mitmenschen vor Diskriminierung und Ausgrenzung zu schützen.

> Wenn etwas schiefgeht, wechseln sie einfach das Thema – und keiner stellt dumme Fragen

Aber was ist eigentlich „Diskriminierung“? Das Wort kommt vom lateinischen „discriminare“, was „trennen, absondern, unterscheiden“ bedeutet. Anders gesagt: Das Recht auf Diskriminierung ist im Kern unser Recht, selbst zu entscheiden, was wir wünschen und was nicht. Daher ist es wohl kein Zufall, dass nahezu jede Maßnahme der Grünen damit einhergeht, dass wieder ein Stückchen Entscheidungsfreiheit flöten gegangen ist.

Der Schriftsteller Akif Pirinçci meint, die Partei kehre derzeit zu ihren Wurzeln zurück – zum Kommunismus. Scheint was dran zu sein. Warum auch nicht: Bei den anderen Sachen, welche die Grünen seit der Abkehr von den dunkelroten Frühzeiten der Trittins oder Fischers angefasst haben, lagen sie grundsätzlich daneben. Erst sollte der Wald sterben, tat er aber nicht. Gleichzeitig sollten wir alle vom Atomtod dahingerafft werden und leben noch. Nach der deutschen Vereinigung werde, so warnten viele Grüne, das „Vierte Reich“ um die Ecke biegen. Darauf wartet NPD-Chef Holger Apfel heute noch. Und dann kam die Öko-Wende mit dem Chaoskraftstoff „E 10“, Solarfiasko und Windkaftdesaster. Alles Mist, da kann es mit Kommunismus nur besser werden.

Verblüffend ist, wie fleckenlos die Grünen aus diesem Wust an Fehlschlägen hervorgegangen sind. Der Kniff: Wenn was schiefgelaufen ist oder sich wieder eine ihrer – stets mit donnernder Kassandrastimme vorgetragenen – Prophezeiungen als kalter Kaffee entpuppt hat, wechseln sie einfach das Thema. Und niemand erinnert sie an ihr bodenloses Geschwätz von gestern. Schon gut, wenn man so viel Rückhalt in den Medien hat. Das Modell „Themawechsel“ ist derart erfolgreich, dass es sogar international nachgeahmt wird. Erinnern Sie sich, wie begeistert wir alle von der „Arabellion“ waren und wie heftig Deutschland beschimpft wurde, weil wir uns nicht am Kampf gegen Ghaddafi beteiligen wollten?

Heute hört man aus der Region recht wenig. Die letzte dürre Nachricht war, dass London einen Teil seines Botschaftspersonals aus Tripolis abzieht, weil die Briten dort ihres Lebens nicht mehr sicher seien. In Tunis machen die Islamisten Tabula rasa mit den Bürger- und darunter vor allem den Frauenrechten und bestürmen die US-Botschaft.

Ist aber irgendwie alles kein großes Thema, merkwürdigerweise. Passt eben nicht ins geblümte Bild vom „arabischen Völkerfrühling“, das man uns allen in die Köpfe gemalt hat. Also reden wir nicht drüber. Stattdessen blikken wir gebannt auf die Neuaufführung des alten Dramas in Syrien und sammeln Material für den nächsten Krieg. Sogar der von Türken in der Türkei verübte Bombenanschlag mit Dutzenden Toten geht auf Assad zurück, weiß Ankaras Ministerpräsident Erdogan. Mannomann!

Wo so was geht, da geht noch mehr: Wie tief ist der syrische Diktator eigentlich in das nordkoreanische Atomprogramm verwikkelt? Null? Sagt gar nichts. War Beate Zschäpe mal in Damaskus? Nein? Aber sie wäre bestimmt gern. Das sagt über den „Charakter des Regimes“ doch wohl alles!

In Syrien tummeln sich bereits 150 tunesische Islamisten, um das Projekt Gottesstaat auf die andere Seite des Mittelmeers zu tragen. Leider kommt die Sache nicht recht voran, Assad weicht nicht. Daher wird die „Staatengemeinschaft“, geführt von den USA, langsam ungeduldig.

Wären da nicht die Russen, könnten wir mit der Befreiung schon viel weiter sein. Nichts ist so nervig wie eine steckengebliebene Kampagne. Obama leidet sichtlich. Darin weiß er sich einig mit Peer Steinbrück. Der benötigt allerdings keinen Assad, um sich mies zu fühlen. Er hat Gabriel. Kaum hat Steinbrück mal eine lumpige Woche ohne Tritt in den Fettnapf überstanden, da nimmt ihm der SPD-Chef die Arbeit ab. Was sollte das denn? 120 auf der Autobahn!

Großes Rätselraten: Wollte Gabriel dem Kanzlerkandidaten absichtlich schaden, damit der ordentlich gegen die Wand fährt im September und er dann beim nächsten Anlauf selbst als „letzter Hoffnungsträger“ ganz nach vorne kommt? Der „letzte“, und zwar allerletzte Träger der SPD-Hoffnungen müsste Gabriel schon sein, um Kanzlerkandidat zu werden. Denn wenn da irgendwo im Gebüsch noch einer lauern sollte, dann nehmen die Sozialdemokraten garantiert lieber den. Sind ja nicht bescheuert.

Oder ist es dem Gabriel einfach so rausgerutscht? Schwer vorstellbar bei dem, bei dem ist alles Berechnung. Bis auf die Frisur.

Warten wir doch einfach, bis Rot-Grün wieder an der Macht ist. Dann kann sich Sigmar Gabriel mit Marianne Burkert-Eulitz zusammentun und aufdecken, welch skandalöse Diskriminierung das Rasendürfen für jene Verkehrsteilnehmer darstellt, die mit ihren Nuckelpinnen gar nicht so schnell können. Dann wird das ein „Gerechtigkeitsproblem“ im Kampf um eine Gesellschaft, die nach den Wünschen der Anti-Diskriminierer offenbar genauso werden soll wie die ewig unvergesslichen Automobile aus sozialistischer Produktion: langsam und hässlich.

MEINUNGEN

***Udo Ulfkotte**, Publizist und 17 Jahre für die „Frankfurter Allgemeine“ tätig, wirft den **Großbanken** vor, die deutschen **Kleinkunden hinters Licht** geführt zu haben. Gegenüber den „Deutschen Wirtschaftsnachrichten“ (10. Mai) enthüllt er:*

„1995 hat die Deutsche Bank Werbebriefe verschickt und diskret für Investitionen in Schweizer Franken – und nicht in den künftigen Euro – geworben. Die großen Banken haben jedenfalls ein doppeltes Spiel gespielt. Und zwar mit den Politikern zusammen. Im Klartext: Jene Banken, die sich öffentlich als glühende Verfechter des Euro brüsteten und dessen angebliche Stabilität lobten, haben ganz genau gewusst oder geahnt, dass sie der Masse der Kunden nicht die ganze Wahrheit gesagt haben. Und diese Kunden müssen ihre Banken heute retten.“

***Matthias Thibaut**, London-Korrespondent des „Handelsblattes“, kommentiert in der Ausgabe vom 8. Mai den Aufruf des ehemaligen britischen **Finanzministers Nigel Lawson**, dass Großbritannien aus der **EU austreten** solle:*

„Lawson steht für einen stetigen Meinungswandel in Großbritannien. Die EU habe ihre historische Pflicht, den deutschen Militarismus in Europa zu brechen, erfüllt, argumentiert er. Das weiterführende Ziel, einen europäischen Superstaat zu schaffen, sei nicht unehrenhaft, aber nichts für die Briten. Die EU beschreibt er als ‚bürokratische Monstrosität‘, attackiert ihren ‚törichten‘ regulatorischen Aktivismus im Finanzsektor, der Großbritannien einseitig treffe ... Ob das europäische Projekt mit ‚mehr Europa‘ nach deutschen Muster die Flucht nach vorn ergreift oder nach britischen Vorschlägen mit einem pragmatischen Rückzug stabilisiert wird, ist noch nicht ausgemacht.“

*„Focus“-Online-Korrespondentin **Martina Fietz** kritisierte am 10. Mai **Tugend-Tyrannei**:*

„Ich finde es auch albern, den ‚Mohr‘ oder ‚Neger‘ aus Kinderbüchern zu vertreiben. Genauso wie ich es lächerlich finde, dass in jeder öffentlichen Äußerung die weibliche Form mitgesprochen werden muss und alle Redner ein ‚Bürgerinnen und Bürger‘, ‚Zuhörerinnen und Zuhörer‘ oder ‚Wählerinnen und Wähler‘ dahinnuscheln. Ich halte es auch nicht gleich für diskriminierend, wenn jemand das Unwort ‚Ausländer‘ ausspricht ... Politisch betrachtet sind es vor allem die Grünen und ihre Anhängerschaft, die sich die Deutungshoheit für Recht und Anstand in Deutschland anmaßen ... Nachdem sie es waren, die allein – zumindest in der eigenen Wahrnehmung – den Wald gerettet und den Atomkraftwerken den Stecker gezogen haben, kommt nun das Projekt ‚besserer Mensch‘ zum Tragen.“

***Akif Pirinçci** bezeichnet die Grünen auf „achgut.de“ schlicht als **„Lügenpartei“** und meint:*

„Die Grünen haben dieses Land seit Jahrzehnten mit ihren völlig frei erfundenen Schwachsinnigkeiten besamt wie Lachse auf dem Höhepunkt der Paarungszeit den Fluss. Nicht einmal eine Clownsarmee wie die Piraten, die mit noch schwachsinnigeren Parolen zu Felde zogen, konnten ihnen den Rang ablaufen, und mussten vor den Urvätern des Parasitentums kapitulieren.“